

Band 7:

Wachstum zu Lasten der Armen?



Armutsbekämpfung und
soziale Gerechtigkeit
im Zeitalter der Globalisierung

SÜDWIND Edition
Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen – Band 7:

WACHSTUM ZU LASTEN DER ARMEN?

Armutsbekämpfung und soziale Gerechtigkeit
im Zeitalter der Globalisierung

Impressum

Erscheinungsort und Datum: Siegburg, Oktober 2005

Herausgeber: SÜDWIND e.V., Lindenstr. 58–60, 53721 Siegburg

Redaktion: Friedel Hütz-Adams

AutorInnen: Kapitel 2–4: Friedel Hütz-Adams/Roland Hackenberg/Pedro Morazán; Kapitel 5.1–5.3: Ulrike Lohr; Kapitel 5.4: Harald Rohr; Tabellen und Glossar: Ulrike Lohr

Endkorrektur: Karl-Heinz Wiedemann

Gestaltung und Satz: Frank Zander, Berlin

Titelfoto:

Druck und Verarbeitung: Knotenpunkt, Beller Weg 6, 56290 Buch

ISBN: 3-929704-20-XXXX

Dank:

Für die finanzielle Unterstützung des vorliegenden Bandes danken wir der Evangelischen Kirche von Westfalen und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern.

Hinweis:

Alle im vorliegenden Band verwendeten Grafiken sowie einzelne Kapitel können mehrfarbig bei SÜDWIND bezogen oder unter www.suedwind-institut.de heruntergeladen werden.

INHALT

1. WACHSTUM ZU GUNSTEN DER ARMEN	5
2. GLOBALISIERUNG, ARMUT UND UNGLEICHHEIT	7
2.1 Globalisierung: Welt im Umbruch	7
2.1.1 Entwicklungen auf den Gütermärkten: Der moderne Konsum	7
2.1.2 Neue Technologien: Ungleicher Zugang für Nord und Süd	8
2.1.3 Finanzen, Banken und Renditen	10
2.1.4 Globalisierung und Arbeit	11
2.1.5 Globalisierung und Geschlechterverhältnisse	13
⊙ Fallbeispiel 1: Textil- und Bekleidungsexporte – Handelsregeln ohne Rücksicht auf die Armen	15
2.1.6 Auf dem Weg in eine globale Kultur?	16
2.1.7 Globalisierung gestalten	16
2.2 Armut in der globalisierten Welt	18
2.2.1 Wie viele arme Menschen gibt es auf der Welt?	18
2.2.2 Der Weltbankansatz in der Kritik	19
2.2.3 Neue Berechnungsmethoden von UNDP	19
2.2.4 Durchschnittswerte verzerren	21
2.2.5 Relative Armut in unseren Wohlstandsgesellschaften	22
2.2.6 Armut und der Zugang zu Land	22
2.3 Ungleichheit: Die Einkommensschere geht weit auseinander	23
2.3.1 Ungleichheit: Global	23
2.3.2 .. .und national	24
3. WACHSTUM ZU GUNSTEN DER ARMEN: ABKEHR VOM NEOLIBERALISMUS UND NEUE ANSÄTZE	27
3.1 Woran wird Wirtschaftswachstum gemessen?	27
3.2 Wachstumsdogma der neoliberalen Wirtschaftslehre gewann Oberhand .	28
3.2.1 Grundlagen des Neoliberalismus	28
3.2.2 Umsetzung neoliberaler Politik durch IWF, Weltbank und Welthandelsorganisation	30
⊙ Fallbeispiel 2: Soziale Gerechtigkeit und individuelle Freiheit – zwei Seiten derselben Medaille	31
3.2.3 Wachstumshoffnungen oft nicht erfüllt	33
3.3 Wachstum, Ungleichheit und Armut	34
3.3.1 Kuznets und Trickle-Down	34
3.3.2 Welche Wirkungen hat Wirtschaftswachstum?	34
3.3.3 Wachstum ist mehr als zusätzliches Geld	35

3.4 Wachstum zu Gunsten der Armen	36
3.4.1 »Auf der Suche nach dem heiligen Gral«: Was ist ein Wachstum zu Gunsten der Armen?	36
⊙ Fallbeispiel 3: Uganda – Wachstum ohne die Armen?	37
3.4.2 Unterschiedliches Wachstum in Uganda, Honduras, China, Indien, Südkorea	38
⊙ Fallbeispiel 4: Honduras – Landreform könnte Armut lindern	39
⊙ Fallbeispiel 5: Indien – Staatsinterventionen senken Armut	41
3.4.3 Neuer Ansatz der Weltbank im alten Denken verhaftet	42
3.5 Wachstum, soziale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung: Drei Pole einer Ökonomie im Dienste des Lebens	45
3.5.1 Umverteilung durch öffentliche Ausgaben und Steuerpolitik	45
3.5.2 Gerechtere Landverteilung	46
3.5.3 Ein größerer Marktzugang für die Armen	47
3.5.4 Veränderung von politischen Machtverhältnissen	48
⊙ Fallbeispiel 6: Argentinien – Schuldenfalle vergrößert Armut	49
3.5.5 Makroökonomische Politik zu Gunsten der Armen	50
3.5.6 Entwicklungsimpulse durch Handelspolitik	50
3.5.7 Internationale Herausforderungen	52
 4. FORDERUNGEN AN BUNDESREGIERUNG, VERBRAUCHERINNEN UND KIRCHEN	55
4.1 Erwartungen an die Bundesregierung	55
4.1.1 Entwicklungshilfe steigern und anders verteilen	55
4.1.2 Neue Finanzierungselemente unterstützen	56
4.1.3 Armutsbekämpfung als Leitlinie internationaler Politik	57
4.2 Der Bürger als Konsument	59
4.3 Aktivitäten von Gemeinden	60
⊙ Fallbeispiel 7: Gerechtigkeit jetzt – Die Welthandelskampagne	61
4.4 Kirchenleitungen müssen ihre Stimme erheben	62
4.5 Diskussionsprozess innerhalb der Kirchen fortführen	62
 5. WIE KANN ICH AKTIV WERDEN?	64
5.1 Materialien für die Bildungsarbeit	64
5.2 Aktionen, Kampagnen und Fairer Handel	65
5.3 Liturgische Bausteine: Wo finde ich was?	69
5.4 Liturgische Bausteine: Gebet, Fürbittengebet, Predigt	71
 6. ANHANG	78
Weiterführende Literatur	78
Glossar und Abkürzungsverzeichnis	81

1. WACHSTUM ZU GUNSTEN DER ARMEN

»Unser Fortschritt lässt sich nicht daran messen, ob wir zu dem Überfluss derjenigen, die bereits viel haben, noch mehr hinzufügen, sondern daran, ob wir diejenigen, die zu wenig haben, ausreichend versorgen.« Mit diesem Zitat des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt aus dem Jahr 1937 beginnt der »Bericht über die menschliche Entwicklung 2005« der Vereinten Nationen.

Das Vorhaben Roosevelts ist aktueller denn je: Zwar waren viele Regionen der Erde noch nie so reich, wie sie derzeit sind, doch andererseits leiden andere Regionen und auch ein Teil der Menschen in den wohlhabenden Gebieten unter zunehmender Armut und Hunger.

Anlass für SÜDWIND, diese globalen Themen und Probleme erneut in einer Studie aufzugreifen, ist eine Publikation der Evangelischen Kirche von Westfalen, die Ende 2004 unter dem Namen »Globalisierung – Wirtschaft im Dienste des Lebens« erschienen ist. Sie fragt nach den ideologischen Wurzeln der derzeitigen Wirtschaftspolitik und zeigt, gerade auch unter Berücksichtigung christlicher Gesichtspunkte, Handlungsalternativen für eine Weltwirtschaftsordnung zugunsten der Armen auf.

Globalisierung ohne Leitplanken

Bereits der Titel der Studie stellt indirekt eine zentrale Forderung: Die Wirtschaft soll „im Dienste des Lebens“ stehen. Wie weit wir derzeit davon entfernt sind, zeigt ein Rückblick: Vor 50 Jahren verzichtete George W. Merck, Chef eines Pharmakonzerns, auf seine Patentrechte für ein Antibiotika gegen Tuberkulose und gab das hochwirksame Medikament damit zum weltweiten Nachbau frei. Seine Begründung: »Medizin ist für die Menschen und nicht für den Profit« (VANDERMOORTELE 2004: 15).

Ein solcher Schritt wäre heutzutage undenkbar, denn in solch einem Fall würden die Aktienkurse des großzügigen Unternehmens sofort fallen – egal, wie viele Menschen so die Chance zum Überleben erhielten. Das Behalten des Patentes zieht dagegen höhere Einnahmen und höhere Gewinne nach sich, und damit ein Wachstum der Firma sowie der Wirt-

schaft des Landes, in dem sie beheimatet ist. Doch diese Art des Wachstums macht die Armen ärmer.

Wie die weltweite Produktion heutzutage vernetzt ist, zeigt ein im Frühjahr 2005 in der Wochenzeitung »Die Zeit« erschienenes Dossier mit dem Titel »Operation Lohndrücken.« Es ging dabei Braun-Trockenrasierer, ein in den Augen vieler KäuferInnen noch immer typisch deutsches Markenprodukt. Doch dessen Einzelteile werden mittlerweile von Zulieferern rund um den Globus hergestellt und dann irgendwo zu einem Markengerät zusammengefügt werden. Die fertigen Rasierer wandern erneut um die Welt und füllen die Verkaufsregale, vor allem in Staaten, deren Menschen über relativ hohe Einkommen verfügen – auch globalisierte Markengeräte haben ihren Preis.

Nur der Preis zählt?

Dies zeigt, wie die globale Produktionskette funktioniert. Die Entwicklungsabteilungen und der Vertrieb befinden sich in den Industrieländern, wo auch der größte Teil der Gewinne verbleibt, die Fertigung der einzelnen Komponenten kann dagegen überall erfolgen.

Gefertigt wird dort, wo am billigsten produziert werden kann. Zuliefererbetriebe für die globalen Markenfirmen befinden sich in der Regel in den Entwicklungsländern und oft sind es Frauen, die unter schwersten Bedingungen billig für den globalen Markt produzieren. In vielen Fällen wohnen die Arbeiterinnen neben den Fabriken auf engstem Raum: »Rein in die Hallen, schweigen, raus aus den Hallen, waschen, schlafen. Schweigen, waschen, schlafen, in einem fort. Die Globalisierung ist weiblich, sie formt eine neue, ergebene Arbeiterklasse. Hin und wieder kommt ein Manager aus Deutschland angereist, blickt auf flinke Finger und sagt: ‚Toll, alle Achtung!‘ Manager aus dem Westen behaupten, sie bewunderten diese reduzierten Leben, die sie selbst niemals geführt haben und niemals führen wollen. Diese Art von Leben interessiert sie nicht einmal. Sie belügen sich selbst, sie bewundern keine Leben, sie bewundern die damit verbundenen Preise« (SUßBACH/WILLEKE 2005).

Rasierer sollen billiger werden, und Lebensmittel-discounter verkaufen Milch billiger als Coca-Cola – ohne Rücksicht auf ArbeiterInnen oder auch hiesige Bauern. Die KonsumentInnen wiederum freuen sich oftmals über die »billigen« Produkte.

Neu an dieser globalen Wirtschaft unserer Tage ist neben der Arbeitsteilung über nationale und kulturelle Grenzen hinweg auch die beherrschende Macht der Kapitalströme. Diese bestimmen nicht nur über den Aktienwert von Unternehmen, sondern auch über die Preise von Währungen, Pensions-, Versicherungsfonds und Rohstoffen. Finanzdienstleister investieren dort, wo sie die größten Gewinne für ihre Anleger erwarten. Hoch im (Aktien-)Kurs stehen die Unternehmen nur so lange, wie sie billiger als die Konkurrenten liefern können.

Inhalt der Studie – Ein Überblick

Eben diese Fixierung auf das Wirtschaftswachstum stand jedoch in den letzten 30 Jahren im Mittelpunkt einer Politik, die die Industrienationen und die von ihnen dominierten Internationalen Finanzinstitute – vor allem der Internationale Währungsfonds und die Weltbank – den Entwicklungsländern vorgeschrieben haben und die in vielen Gebieten der Welt auch rigoros durchgesetzt wurde.

In der vorliegenden Studie wird daher zuerst hinterfragt, wie sich die Globalisierung entwickelt hat und wie sich Globalisierung konkret auf unser Leben und auf das der Menschen im Süden auswirkt. Es folgt der Beleg, dass die Zahl der Armen in vielen Regionen der Welt gestiegen ist und dass der Abstand zwischen Arm und Reich immer größer wird: Menschen in Afrika verfügen beispielsweise im Schnitt nur über 1,9 Prozent des Einkommens, über dass die Menschen in den reichen Industriestaaten verfügen. Auch innerhalb Deutschlands wächst der Abstand zwischen Reich und Arm.

Im nächsten Kapitel der Studie werden die Wurzeln und unterschiedlichen Ideologien des gegenwärtigen Weltwirtschaftssystems dargestellt. Diese bildeten in den letzten Jahren das Fundament für den Kurs der Globalisierung und waren die Entscheidungsgrundlage der globalen Akteure. Eine differenzierte Beantwortung der Frage »Was bedeutet Wachstum?« soll ebenso gegeben werden, wie eine Erläuterung des viel zitierten Begriffes »Neoliberalismus«.

Ein Wachstum zu Gunsten der Armen

Seit einigen Jahren zeichnet sich in der entwicklungs politischen Diskussion eine Veränderung ab. Eine stetig steigende Zahl von Studien belegt, dass das Warten auf ein Wirtschaftswachstum, mit dem automatisch die Armut beseitigt wird, für viele Entwicklungsländer ein vergebliches Warten ist. Diesen Diskussionsprozess fasst die Studie zusammen und weist Wege auf, wie Wachstum, soziale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung so zusammengeführt werden können, dass sie den Armen zu Gute kommen.

Letztendlich geht es dabei um den Versuch, der globalisierten Wirtschaft ein Regelwerk zu geben, bei dem die Menschen und nicht mehr die Preise im Mittelpunkt stehen: Die »Wirtschaft im Dienst des Lebens«. Mit einem solchen Ansatz steht die Evangelische Kirche und SÜDWIND nicht allein. Weltweit beschäftigen sich Forschungsinstitute, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen mit der Frage, wie eine andere, bessere Globalisierung aussehen sollte.

Abzuwarten bleibt, ob die neuen Erkenntnisse tatsächlich zu einer Änderung der Wirtschaftspolitik führen, deren Leitlinien weltweit von einige wenigen mächtigen Industrienationen bestimmt werden. Um dieser Änderung Schwung zu verleihen schließt die vorliegende Studie mit vielen Hinweisen ab, wie Menschen aktiv werden können, um für eine alternative Politik und für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung einzutreten.

Uganda, Lebensmittelshop (Foto: Wupp Elsholz)



2. GLOBALISIERUNG, ARMUT UND UNGLEICHHEIT

2.1 Globalisierung: Welt im Umbruch

Der Begriff »Globalisierung« erscheint heute vielen Menschen als bedrohlich. Nicht wenige fühlen sich den Veränderungen und den Umbrüchen, die die globalen Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten mit sich gebracht haben, machtlos ausgeliefert. Lokales Handeln wird immer stärker von räumlich entfernten Einflüssen bestimmt und geprägt:

- regionale Wirtschaftskrisen, wie z.B. 1997 in Asien, übertragen sich plötzlich auf andere Weltregionen,
- ökologische Schäden wirken sich weltweit aus und nicht nur dort, wo sie verursacht worden sind,
- Entscheidungen anonymer Fondsbesitzer, deren Firmen auf karibischen Inseln ihren Sitz haben, ziehen Massenentlassungen in Deutschland nach sich.

Seit Anfang der 90er Jahre ist das Schlagwort »Globalisierung« in aller Munde, und mittlerweile gibt es eine Vielzahl von Definitionen, die sich dem Phänomen annähern. Aus wirtschaftlicher Sicht meint Globalisierung in erster Linie das Entstehen weltweiter Märkte für Finanzkapital, Produkte, Dienstleistungen und Arbeitsangebote. In diesem Sinne bezeichnet Globalisierung einen Prozess, der bis in die Anfänge der Industrialisierung zurückreicht, sich in den letzten Jahrzehnten jedoch stark beschleunigt hat.

Ursachen für diese rapide Entwicklung der globalen Vernetzung sind zum einen vielfältige technologische Neuerungen, vor allem im Bereich der Kommunikation und des Verkehrs. Diese ermöglichen eine weltweite Vernetzung der Handelsströme von Waren, Dienstleistungen und Finanzen, fördern die globale Mobilität und ermöglichen ein sekunden schnelles Austauschen von Informationen über alle Grenzen hinweg. Zum anderen haben der Zusammenbruch des Sozialismus ab 1989 und die damit verbundenen Grenzöffnungen der globalen Wirtschaft nie gekannte Möglichkeiten eröffnet und einen starken Wettbewerb zwischen den Staaten um Direktinvestitionen und das Ansiedeln internationaler Konzerne gefördert.

Kontrovers wird in der Wissenschaft die Rolle der Nationalstaaten in der globalisierten Welt diskutiert. Pessimistische Stimmen sprechen gar vom »Ende des Nationalstaates« (BUSCH 2003: 11). Tatsache ist, dass im Zuge der globalen Vernetzung immer weniger Entscheidungen auf nationaler Ebene getroffen werden können, wodurch die Handlungsmöglichkeiten einzelner nationaler Regierungen eingeschränkt werden; diese sind zur Kooperation auf internationaler Ebene gezwungen.

Trotz allem dürfen wir jedoch nicht vergessen, dass Globalisierung, und vor allem die globale wirtschaftliche Verflechtung, ein fortlaufender Prozess ist, der durch bewusste Entscheidungen in Politik und Wirtschaft angestoßen, gestaltet und weiter gefördert wird. Es sind die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft, die den gegenwärtigen Kurs der Globalisierung bestimmen. Ernst Ulrich v. Weizsäcker, Vorsitzender der Enquete-Kommission »Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten« des deutschen Bundestages, stellte dazu fest:

→ »Die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung ist nicht einfach urwüchsig über die Welt gekommen. Sie ist politisch aktiv herbei geführt worden.« (WEISZÄCKER 2002)

2.1.1. Entwicklungen auf den Gütermärkten: Der moderne Konsum

Unser Leben hat sich in den letzten Jahren durch die Globalisierung stark verändert. Vor allem die Revolution auf den Gütermärkten betrifft uns wie fast keine andere Auswirkung der globalen Vernetzung: Erdbeeren aus Israel, Kaffee aus Kenia, Schnittblumen aus Kolumbien oder Textilien aus Indonesien – ein Großteil der Güter unseres täglichen Bedarfs wird heute, anders als noch vor 30 Jahren, weltweit produziert, vermarktet und verkauft.

Dabei ist zu beobachten, dass wir in unseren Supermärkten heute zwar mehr Waren aus allen Teilen

der Welt kaufen können, die Vielfalt an lokalen Gütern jedoch drastisch abgenommen hat. Während im Supermarkt unter anderem Äpfel vom Bodensee, aus Tirol, Chile und Südafrika angeboten werden, sind andererseits von den vor 50 Jahren in Hessen vermarkteten 600 Apfelsorten nur noch 40 übrig geblieben.

Nicht nur die fertigen Produkte, sondern auch die in ihnen verarbeiteten einzelnen Bestandteile werden global gefertigt und zusammengesetzt. Weltweit haben sich die Produktionsstrukturen stark verändert. Eine Jeans kann bei ihrer Herstellung beispielsweise 56.000 Kilometer zurücklegen; Menschen in sieben Ländern haben auf dieser Strecke an ihr gearbeitet (*SÜDWIND 2003: 28-29/Abbildung 1*).

Doch nicht nur in den reichen Ländern der Nordhalbkugel sind die Auswirkungen der Globalisierung deutlich spürbar. Gerade für die Menschen in den armen Ländern des Südens, also in Asien, Afrika und Lateinamerika, bringt die Globalisierung der Gütermärkte radikale Einschnitte in ihr bisheriges Leben mit sich. Dies bedeutet leider viel zu oft eine Verschlechterung ihrer Situation. Zwar stehen den Menschen in den Ländern des Südens heute ebenfalls billige, global produzierte Güter zu Verfügung. Doch durch die starke internationale Konkurrenz von Billigimporten gehen Arbeitsplätze in traditionellen Handwerksbetrieben und in der Landwirtschaft verloren. In vielen Ländern haben sich im Zuge der Öffnung der Märkte Probleme wie Arbeitslosigkeit, ökologische Schäden und mangelnder Zugang zu Wasser und Medikamenten verschärft¹.

2.1.2. Neue Technologien: Ungleicher Zugang für Nord und Süd

Einen wichtigen Faktor der Globalisierung stellen die Telekommunikation und die damit verbundenen neuen Technologien dar. Die Ausbreitung von Internet, Handys, billigen internationalen Telefonanbietern, Satellitenfernsehen und elektronischer Presse zeigt, wie weit heutzutage neue Technologien die Grenzen zwischen den Ländern aufheben.

Die technologische Revolution der letzten 30 Jahre hatte ihren Ursprung in den Industrieländern.

Mit ihr einhergehend veränderte sich auch die globale Wirtschaft. Neben den traditionellen Produktionsfaktoren »Arbeit«, »Boden« und »Kapital« sind heute zwei weitere Faktoren für internationale Unternehmen von zentraler Bedeutung: »Wissen« und »Technologie«.

Wissensintensive und hochtechnologische Unternehmen gehören im 21. Jahrhundert zu den am schnellsten wachsenden Sektoren der globalen Wirtschaft. Dabei sind es jedoch vor allem multinationale Unternehmen aus dem Norden, die auf dem Gebiet der neuen Technologien Forschung und Entwicklung fast vollständig dominieren. Mit Ausnahme einiger großen Schwellenländer wie Indien und China fallen die Länder des Südens hingegen immer weiter zurück. Gerade den ärmsten Staaten fehlen nicht nur das Kapital, sondern auch das nötige Know-How und qualifizierte Fachkräfte zur Bedienung und Weiterentwicklung der neuen Technologien (**Abbildung 2**).

Es ist ein »Digital gap«, eine »digitale Kluft« zwischen den Ländern des Nordens und des Südens entstanden, die dazu führt, dass multinationale Unternehmen aus dem Norden sowohl eine dominierende Stellung auf den globalen Märkten als auch eine starke Verhandlungsposition gegenüber den Entwicklungsländern haben (ILO 2004: 33).

Das Internet, das ursprünglich vom US-Verteidigungsministerium in den 60er Jahren als dezentrales Kommunikationsnetz für den Fall eines Atomkrieges entwickelt wurde, hat sich durch die Computerisierung der Haushalte in den letzten Jahrzehnten in den reichen Ländern rapide entwickelt. »Während das Radio noch 38 Jahre benötigte, um weltweit 50 Millionen Nutzer zu erreichen, lauten die Vergleichszahlen für das Fernsehen 13 Jahre, für das Internet dagegen nur noch 3 Jahre und für die im Internet angebotene Software nur noch 3 Monate.« (*ZEPPERNICK 2003: 11*)

E-Mails, E-Shopping, E-Books oder E-Konferenzen – kaum ein Bereich unseres täglichen Lebens, der heute ohne das Internet auskommt. Die Zahl der Internetnutzer nimmt jährlich deutlich zu und wird im Jahr 2005 die Eine-Milliarde-Grenze überschreiten. Dabei besteht ein erheblicher Unterschied zwischen Industrie- und Entwicklungsländern:

- »In ganz Afrika hat es weniger Telefonanschlüsse, als in New York City.« (*GERSTER 2005: 32*)

¹ Details dazu finden Sie in *SÜDWIND 2003: 25-65*

Abbildung 1:
Weltreise einer JEANS

- 1** Km 0 **Nord-Indien:** Anbau der Baumwolle, pflücken in Handarbeit oder unter Einsatz von Entlaubungschemikalien und Maschinen
- 2** Km 4.800 **Türkei:** Verspinnen der Baumwolle zu Garn
- 3** Km 15.000 **Taiwan:** Färben des Garns mit chemischer Indigofarbe aus Deutschland
- 4** Km 27.000 **Polen:** Weben des Garns zu Stoff
- 5** Km 42.300 **Philippinen:** der Stoff, Innenfutter und Schildchen mit Wasch- und Bügelhinweisen aus **Frankreich** sowie Knöpfe und Niete aus **Italien** werden zusammengenäht
- 6** Km 54.000 **Griechenland:** Endverarbeitung mit Bimsstein
- 7** Km 56.000 **Deutschland:** Lieferung über den Großhandel an Bekleidungsgeschäfte geliefert und Verkauf an EndkundInnen

(Quelle: <http://www.globalisierung-online.de/>)

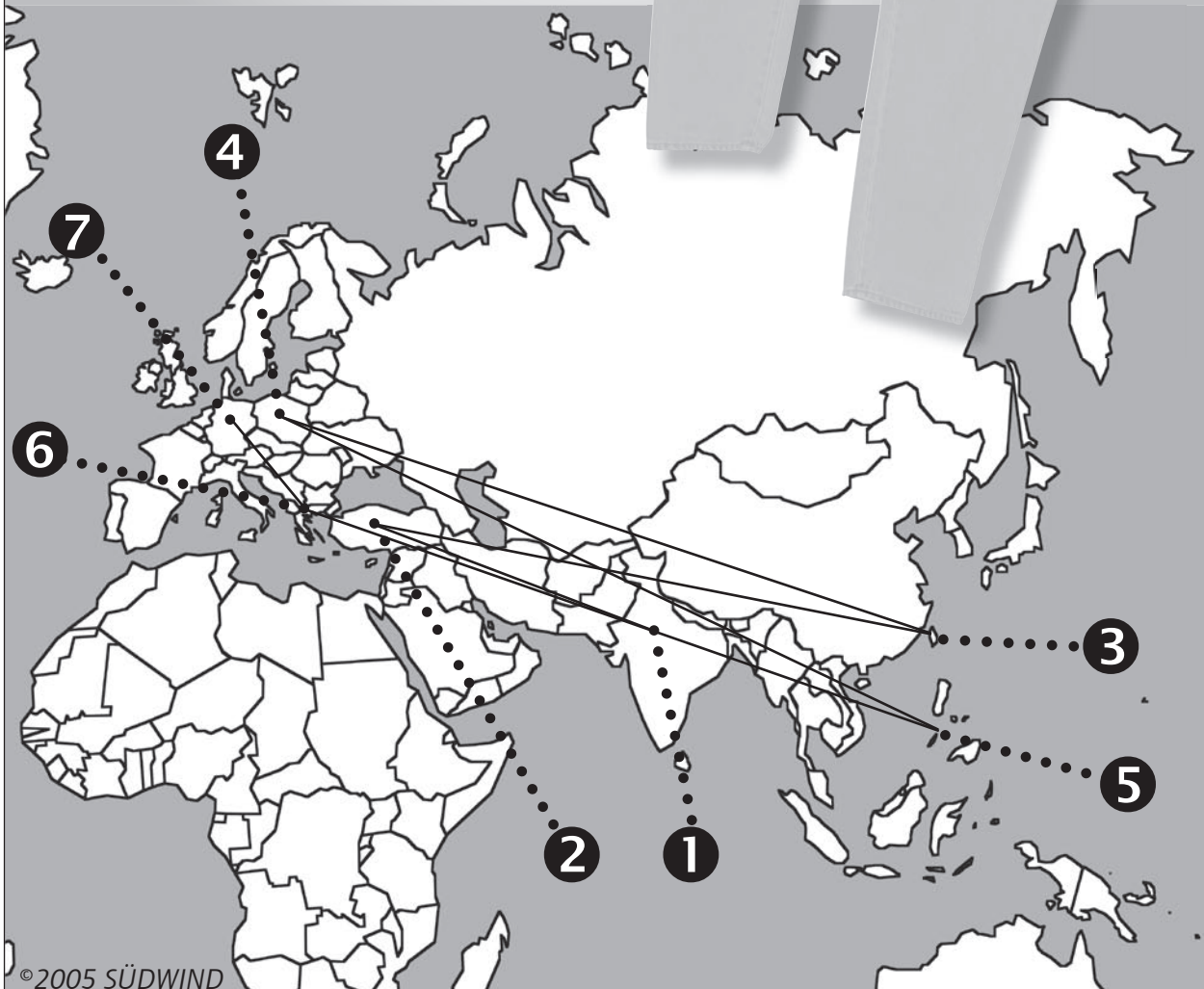
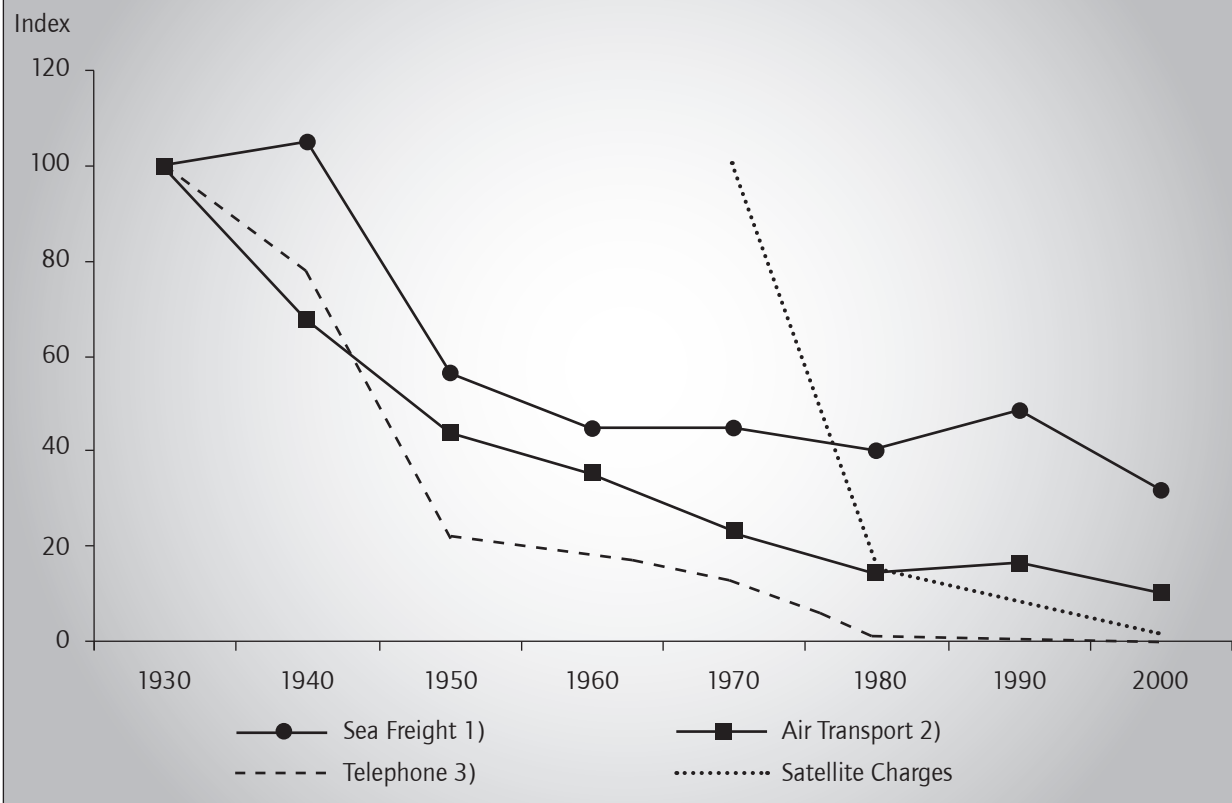


Abb.2:
Transports and Communication Costs, 1930–2000 (in 1990 US-\$)

©2005 SÜDWIND



- Während in den Industrieländern ca. 30 Prozent der Bevölkerung Zugang zum »World Wide Web« haben, sind es in den Entwicklungsländern gerade einmal zwei Prozent. (ZEPPERLICK 2003: 15).
- Von tausend Internetnutzern leben heute ca. 780 in den 30 reichen OECD-Ländern, aber nur zwei in den 50 ärmsten Ländern der Welt.
- Während ein typischer Internetnutzer in den USA etwa 1 Prozent eines durchschnittlichen Monatseinkommens für das Internet aufwendet, liegen diese Kosten bei einem Internetnutzer aus Bangladesh bei zweihundert und bei einem aus Madagaskar bei sechshundert Prozent des dortigen Monatseinkommens.
- Drei von vier Websites sind in englischer Sprache verfasst. Ganz davon abgesehen, dass viele Menschen in den Entwicklungsländern Analphabeten sind, gibt es kaum Websites in lokalen Sprachen. »Der Zugang zum Internet erfordert Schulbildung, Geld und Infrastruktur, an denen es in ärmeren Schichten und Regionen gerade mangelt.« (GERSTER 2005: 32)

2.1.3. Finanzen, Banken und Renditen

Bis 1973 galt weltweit ein Finanzsystem, das als »Bretton-Woods-System« bekannt war. Auf der Konferenz im kleinen amerikanischen Städtchen Bretton Woods 1944 wurde von den 44 Gründerstaaten neben der Gründung des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und eines internationalen Handelsabkommens (GATT) auch ein globales Währungssystem beschlossen. Dieses sah an den Dollar gebundene Wechselkurse und abgeschottete Finanzmärkte vor. Erst mit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems 1973 kam es zu einer Liberalisierung der Finanzmärkte. Diese Entwicklung, zusammen mit der Revolution in der Informations- und Kommunikationstechnologie, führte dazu, dass Geld und Kapital seit den achtziger Jahren immer schneller und reibungsloser nationale Grenzen passieren konnten. Finanzgeschäfte werden heute rund um die Welt und rund um die Uhr getätigt und umfassen z.B. Investitionen von Investmentfonds in ausländische Aktienmärkte, kurzfristige spekulative Transaktionen, vor allem am Währungsmarkt und

die globale Vergabe von Krediten (*SÜDWIND 2003: 48-57*).

Vor 30 Jahren legten die Deutschen ihr Geld noch fast ausschließlich in Sparbüchern und Lebensversicherungen an. Heute sind neue Anlageformen hinzugekommen, welche die globale Veränderung auf den Finanzmärkten widerspiegeln: Aktien und Aktienfonds aus allen Teilen der Welt, festverzinsliche Wertpapiere oder Staatsanleihen bilden ein breites und vor allem globales Portfolio. Deutsche Anleger verdienen indirekt mit am Boom in Asien – oder verlieren Milliarden durch die Zahlungsunfähigkeit Argentiniers.

2.1.4. Globalisierung und Arbeit

Immer mehr Menschen finden keine Arbeit. Weltweit waren nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation ILO im Jahr 2004 184,7 Millionen Männer und Frauen offiziell arbeitslos – und damit über 30 Prozent mehr als noch zehn Jahre zuvor. Dies ist die höchste jemals von der ILO registrierte Arbeitslosenzahl.

Doch die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen weltweit liegt deutlich über den offiziellen Zahlen. Gerade in den Entwicklungsländern arbeitet ein Großteil der Bevölkerung im sogenannten »informellen Sektor«. Oft unter dem schönfärberischen Begriff »selbstständige Beschäftigte« gehen diese Menschen Arbeiten nach, die nicht gesetzlich reguliert oder überwacht werden und ihnen nur ein Leben am Rande des Existenzminimums ermöglichen. In Indien haben beispielsweise von 400 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter mehr als 90 Prozent keine feste, vertraglich geregelte Arbeitsstelle: Nur rund 30 Millionen arbeiten im formellen Sektor, davon rund zwei Drittel im Staatsdienst (*ICFTU 2002: 4*). Darüber hinaus arbeiten weltweit circa 250 Millionen Kinder im Alter zwischen 5 und 14 Jahren. »Erwachsene und auch Kinder bieten alles an, was sich irgendwie verkaufen lässt: einfache Tätigkeiten, wie Schirme reparieren, Schuhe flicken, Getränke und Essen verkaufen usw. Der Phantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt, alles wird auf die eine oder andere Weise wiederverwertet« (*GRUPP 1992: 26*).

Zählt man diese Menschen zur offiziellen Arbeitslosenstatistik hinzu, so gehen Schätzungen sogar

von einer Milliarde Arbeitslosen weltweit aus. In den nächsten 20 Jahren werden nochmals 750 Mio. Frauen und Männer das arbeitsfähige Alter erreichen (*GERSTER 2005: 72*).

Neben materiellen Ressourcen und Kapital ist im Zuge der Globalisierung auch der Produktionsfaktor Arbeit immer mehr zu einer internationalen gehandelten »Ware« geworden. Computerexperten, Finanzanalytiker und Buchhalter, aber auch billige Erntehelfer, Prostituierte oder Arbeiter aus der Baubranche bewegen sich zunehmend in einem globalen Arbeitsmarkt der keine nationalen Grenzen mehr kennt. Auch der technische Fortschritt beschleunigt diesen globalen Wettbewerb um den »Rohstoff Mensch«.

Die Extremform der Betrachtung der Arbeitskraft als Ware ist der heute immer noch existierende Sklavenhandel: »An der Elfenbeinküste, wo der Großteil unseres Rohkakaos herkommt, setzt die Mehrheit der Plantagenbesitzer Sklaven ein, sagt der britische Soziologieprofessor Kevin Bales. Das entspringe der Logik einer simplen Kosten-Nutzen-Rechnung: ‚Die neue Sklaverei löst sich wie die Weltwirtschaft von Besitzständen und konzentriert sich stattdessen auf die Nutzung und Kontrolle von Ressourcen.‘ Sobald der menschliche Rohstoff verbraucht ist, wird er weggeworfen und durch einen neuen ersetzt: Ein achtjähriges Kind kostet an der Elfenbeinküste nicht einmal 30 Euro. Kaputt ist es oft schon ein paar Jahre später.« (*WEISS/WERNER 2007: 34*)

Multinationale Konzerne gestalten die Globalisierung

Ein besonderes Gewicht bei der Schaffung eines globalen Arbeitsmarktes kommt den multinationalen Konzernen zu. »Etwa 65.000 multinationale Unternehmen mit rund 850.000 ausländischen Tochterfirmen sind die Hauptakteure im Bereich dieser globalen Produktionssysteme. Sie koordinieren globale Lieferketten, die Firmen über Ländergrenzen hinweg miteinander verbinden, darunter sogar lokale Subunternehmen, die außerhalb der formellen Betriebssysteme tätig sind und Heimarbeiter beschäftigen.« (*ILO 2004: 37*)

In ihnen arbeiten insgesamt 86 Mio. Männer und Frauen, was nur etwa 5 Prozent der weltweiten Arbeitnehmerschaft entspricht. In den Entwicklungs-

ländern arbeiten lediglich 19 Mio. Menschen direkt für multinationale Unternehmen (Gerster 2005: 48). Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass durch vor- und nachgelagerte Betriebe rund 125 Millionen weitere Arbeitsplätze in den Entwicklungsländern entstanden sind (UNCTAD 2002: 134-141).

»Man schätzt, dass inzwischen zwei Drittel des Welthandels auf multinationale Unternehmen entfallen und dass der konzerninterne Handel zwischen multinationalen Unternehmen und ihren Tochterfirmen rund ein Drittel der weltweiten Exporte ausmacht. Gleichzeitig hat der Handel mit Komponenten und Zwischenerzeugnissen zugenommen. Die qualitativen Veränderungen der Struktur des Welthandels – vor allem der zunehmende Handel mit Komponenten und Zwischenerzeugnissen – sind dabei möglicherweise ebenso bedeutsam wie die Zunahme des Handelsvolumens« (ILO 2004: 34/**Abbildung 3**).

Am stärksten ins Gewicht fallen die rund 200 größten multinationalen Wirtschaftskonzerne. Diese haben durch ihre herausragende Marktstellung, durch ihr weltumspannendes Firmennetzwerk und

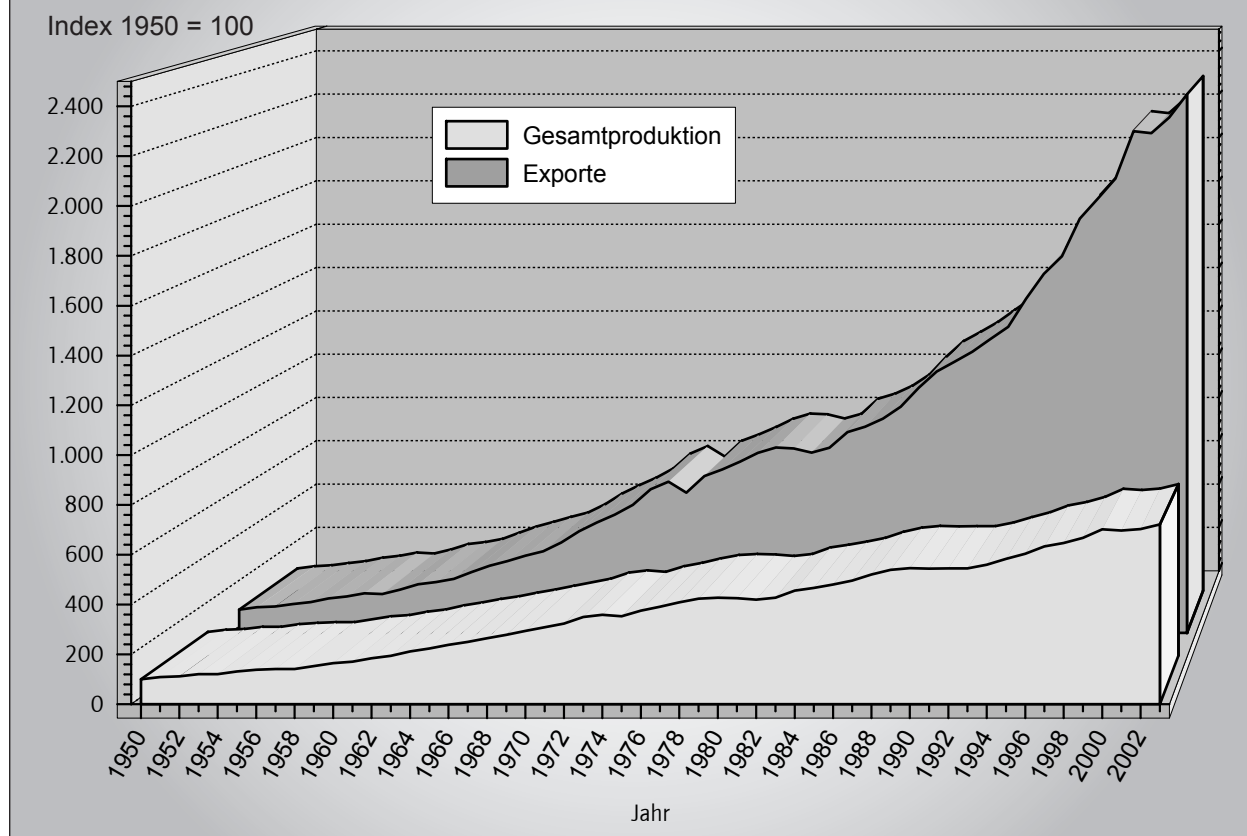
aufgrund der Tatsache, dass es keine weltweit verbindlichen Regeln gibt, die ihre globalen Aktivitäten einschränken würden, ein großes Einfluss- und Druckpotenzial gegenüber den Nationalstaaten, in denen sie vertreten sind.

Zu den 100 größten Wirtschaftsmächten der Welt gehören nicht nur Staaten, sondern auch internationale Konzerne. Vergleicht man das Bruttoinlandsprodukt der Staaten mit dem Umsatz der Unternehmen, dann befanden sich im Jahr 2000 in der Liste der 100 größten Wirtschaftsmächte der Erde schon 29 internationale Unternehmen (UNCTAD 2002: 90). Die Umsätze von Konzernen wie General Motors oder DaimlerChrysler sind höher als der Wert aller in einem Jahr in Polen, Südafrika, Griechenland oder Portugal produzierten Güter.

Allein der Hinweis von Unternehmen, Produktionsstätten und damit Arbeitsplätze in Billiglohnländern verlagern zu können, lässt vielen Politikern im

Abbildung 3:
Entwicklung Produktion und Exporte 1950–2003

©2005 SÜDWIND



Norden den kalten Schweiß auf die Stirn treten. In den Ländern des Südens werden multinationale Konzerne aufgrund der Tatsache, dass es kein internationales Kartellrecht und keine internationale Kontrolle dieser Unternehmen gibt, oft mit restriktiven Geschäftspraktiken gegenüber Konkurrenten und Zulieferern in Verbindung gebracht. Der ständige Druck, Kosten einzusparen, führt immer wieder zu Missständen. Ab und zu dringt ein Skandal an die Presse:

- Kinder pflücken in Indien Baumwollsaamen, der auch von hiesigen Konzernen vermarktet wird und aus denen der Rohstoff für unsere Kleidung wächst.
- Rohstoffe aus Bürgerkriegsgebieten wie der Demokratischen Republik Kongo gelangen über mehrere Stufen in deutsche Mobiltelefone und Juwelierläden.
- Näherinnen, die auch für den deutschen Markt arbeiten, verbrennen in ihren Fabriken, da während der Arbeitszeit alle Türen verriegelt waren und niemand vor dem Brand fliehen konnte.
- Westafrikanische Bauern können kein Hühnerfleisch mehr verkaufen, da subventioniertes Restfleisch – wir essen nur noch Hühnerbrust – ihren Markt überschwemmt.

Viele KonzernkritikerInnen fordern aus diesem Grund eine verstärkte demokratische Kontrolle der Wirtschaft durch international verbindliche Verträge. Es ist symptomatisch für die derzeitigen Machtverhältnisse, dass solche Verträge noch nicht existieren: Ein Verstoß gegen Subventionsregeln kann beispielweise im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) zu einem Verfahren mit für alle Parteien verbindlichen Vorgaben und Strafzahlungen führen. Der Streit zwischen den Flugzeugherstellern Airbus und Boeing ist hier nur einer unter vielen. Für den gesamten sozialen und arbeitsrechtlichen Bereich gibt es dagegen keine verbindlichen internationalen Standards, deren Einhaltung eingeklagt werden kann.

2.1.5. Globalisierung und Geschlechterverhältnisse

Globalisierung hat unterschiedliche Auswirkungen auf Männer und Frauen. Die Auswirkungen betreffen nicht nur die Arbeitsverhältnisse (z.B. bezahlte oder unbezahlte Arbeit, formelle oder informelle Ar-

Abbildung 4: ©2005 SÜDWIND
Vergleich des Einkommens Frauen-Männer 2002 in US-Dollar (Kaufkraftparitäten) (1)

	Pro-Kopf-Einkommen	
	Frauen	Männer
USA	27.338	43.797
Schweden	23.781	28.700
Deutschland	18.763	35.885
Brasilien	4.594	10.879
Bolivien	1.559	3.463
Honduras	1.402	3.792
China	3.571	5.435
Indonesien	2.138	4.161
Vietnam	1.888	2.723
Indien	1.442	3.820
Südafrika	6.317	14.202
Uganda	1.088	1.651
Sambia	571	1.041

(1) Die Statistiken beruhen auf Schätzungen des Arbeitseinkommens von Frauen und Männern unter Ausschluss des Agrar- und des informellen Sektors. Auch Hausarbeit wurde nicht berücksichtigt, da dazu keine verlässlichen Daten erhältlich sind.

(Quelle: UNDP 2004: 217–220)

beit) –, sondern auch die Art der Produktionstätigkeit (Subsistenzwirtschaft oder Selbständigkeit). Dabei ist nicht immer eindeutig, welche Veränderungen in der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung infolge der Globalisierung stattfinden und welche mit den herkömmlichen Machtstrukturen zwischen den Geschlechtern zu tun haben.

Viele Ökonomen sind der Meinung, dass Handelsliberalisierung und die Flexibilisierung von Arbeitsmärkten die Lage der Frauen insbesondere in den Ländern des Südens in den letzten 20 Jahren verbessert hätten. Dagegen argumentieren andere Ökonomen sowie auch einige internationale Institutionen, dass die empirischen Daten das genaue Gegenteil belegen. Auch im Jahr 2010 werden Prognosen zufolge nur rund 40 von 100 Frauen eine bezahlte Arbeit haben, wobei zwischen Industrie- und Entwicklungsländern kaum ein Unterschied besteht. Im Vergleich dazu werden im selben Jahr 58 von 100 Männern einer Beschäftigung nachgehen (ILO 1996).



Durban, Russell Street, Verkäuferinnen
(Foto: Dorothe Mennicken)

Frauenarbeit oft schlecht oder gar nicht bezahlt

Zudem ist trotz einiger Verbesserungen der Situation der Frauen bei der Arbeitsplatzbeschaffung, im Berufsleben und bei der Ausbildung die Mehrheit von ihnen von der wachsenden weltweiten Polarisierung der Einkommensverteilung stark betroffen: Zwei Drittel der Armen der Welt sind Frauen. Eine Hauptursache dieser überproportionalen Armut ist die gesellschaftliche Arbeitsteilung, nach der Männer vor allem im bezahlten Arbeitssektor beschäftigt sind, während Frauen die Doppelbelastung von unbezahlter Arbeit im Haushalt bzw. der Familie sowie zusätzlicher Erwerbsarbeit zu tragen haben. Darüber hinaus verdienen Frauen im Weltdurchschnitt für gleiche Arbeit etwa 25 Prozent weniger Lohn als Männer, was ein wichtiger Grund für deren wesentlich geringere Einkommen ist (WICK 2005: 9/Abbildung 4)

Innerhalb der Grenzen nationaler Staaten findet eine Polarisierung von Erwerbchancen statt, die insbesondere die weniger qualifizierten Arbeitskräfte benachteiligt. Immer noch wird weltweit praktisch

die gesamte Haus- und Familienarbeit von Frauen erbracht. Diese früher unentgeltlich erbrachte Arbeit erfährt in den letzten Jahren eine Umverteilung von hoch qualifizierten, gut verdienenden Frauen zu gering qualifizierten. Gerade Frauen aus Entwicklungs- und Schwellenländern, die in unseren Wohlstandsgesellschaften wohnen, erledigen heute die ehemals unbezahlte Arbeit in ungeschützten und schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnissen (LEITNER/OSTNER 2000).

Es gibt einen Trend zur steigenden Beteiligung von Frauen an den Arbeitsmärkten der reichen Länder. Dieser Prozess geht aber nur zu einem kleinen Teil mit einer Verbesserung der Einkommenssituation erwerbstätiger Frauen einher. Einige wenige Frauen haben eine Beschäftigung in führenden Positionen erreicht; doch im Zuge der mit der Globalisierung einhergehenden zunehmenden Flexibilisierung der Arbeitsmärkte landet eine immer größere werdende Anzahl von Frauen in immer unsicher werdenden Beschäftigungsverhältnissen, wie z.B. den sogenannten »Minijobs«.

In den Entwicklungsländern hat die Globalisierung zwar in manchen Branchen mehr Beschäftigung für Frauen, aber keine grundlegende Verbesserung der Situation von Frauen im Vergleich zu Männern gebracht. Weibliche Beschäftigte in den Entwicklungsländern gelten als zuverlässiger und leichter zu kontrollieren, und sie erhalten in der Regel, wie auch in den Industrieländern, niedrigere Löhne als ihre männlichen Kollegen bei gleicher Arbeit. Auf Grund dessen steigt mit der Globalisierung die Nachfrage nach Frauenarbeit in den Entwicklungsländern. Für Frauen gelten oft nicht die Sozialstandards, die in vielen internationalen Konventionen von den meisten Ländern beschlossen wurden. Nichtsdestotrotz machen Frauen bei international operierenden Unternehmen lediglich ein Prozent der Spitzenpositionen unter den Beschäftigten aus (LEITNER/OSTNER 2000). Die Mehrzahl der Frauen arbeitet in den Zulieferfirmen für die internationalen Marken. Vor allem in der Textilindustrie liegt der Anteil der arbeitenden Frauen häufig zwischen 80 und 90 Prozent. Gerade hier fehlt es in vielen Betrieben an Sozialstandards und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen (WICK 2005: 9ff).

Auch das gegenwärtige Welthandelssystem, das immer noch die Volkswirtschaften des Südens benachteiligt, bleibt ein Hindernis für die Ausweitung von bezahlter Frauenarbeit unter Einhaltung sozialer Standards. Die Agrarsubventionen in den Industrieländern schaden der Wettbewerbsfähigkeit der Frau-

Fallbeispiel 1: Textil- und Bekleidungsexporte – Handelsregeln ohne Rücksicht auf die Armen

Den Entwicklungsländern wird seit Jahrzehnten der Ratschlag gegeben, sie sollen ihre Exporte ausbauen und dabei auch auf neue Produkte setzen. So könne die Abhängigkeit von traditionellen – einst von den Kolonialmächten geförderten – Rohstoffen und Agrarprodukten verringert werden. Sehr erfolgversprechend sei insbesondere der Einstieg in die Produktion von Gütern, die relativ viel Arbeitskraft erfordern und für deren Herstellung kein hoher Ausbildungsgrad erforderlich sei.

Abkommen zum Schutz der Reichen

Als die ersten Entwicklungs- und Schwellenländer, und hierzu zählten in den 1950er Jahren Japan und später Südkorea, diesen Ratschlag beherzigten, stießen sie umgehend auf Widerstand. Sie wollten Bekleidung, deren Produktion viele Arbeitskräfte erfordert, in die Industrieländer liefern, und die neu geschaffenen Arbeitsplätze sollten die weit verbreitete Armut abbauen.

Doch auch in den Industrieländern arbeiteten noch viele NäherInnen. Sie zwangen die neuen Konkurrenten, »freiwillig« auf Exporte zu verzichten. Aufbauen auf ältere Verträge (Baumwollwaren-Abkommen 1962) schrieb das Welttextilabkommen ab 1974 Mengenbeschränkungen für den Import von Textilwaren aus Entwicklungs- und Schwellenländern in die Industriestaaten vor, um die dortige Industrie zu schützen. Jedes Land, dessen Hersteller neu auf den internationalen Markt kamen, musste dem Abkommen beitreten.

Über Jahrzehnte gingen den Entwicklungs- und Schwellenländern so jährlich Milliarden einnahmen verloren. Zudem wurden die Verhandlungen über die Abschaffung von Quoten dazu missbraucht, im Gegenzug von den Lieferländern Marktöffnungen zu verlangen.

Da es für einige Staaten keine Quoten gab, kam es dort zu einem »Beschäftigungswunder«. Dieses wurde allerdings teuer erkaufte. Die Fabriken entstanden in der Regel in sogenannten »freien Exportzonen«: Die Gastländer befreiten in vielen dieser Zonen ausländische Firmen ganz oder teilweise von Steuern sowie Sozial- und Umweltgesetzen und bauten ihnen Straßen und Hafenanlagen. Damit leisteten sie direkt oder indirekt große Subventionen, um internationale Investoren anzulocken. Gewerkschaften wurden vielfach verboten oder unterdrückt, gesetzlich garantierte Mindestlöhne mussten nicht gezahlt werden, exzessive

und gesetzwidrige Überstunden, sexuelle Belästigung von Frauen, die Entlassung von Schwangeren und Kinderarbeit wurden häufig stillschweigend geduldet.

WTO: Quoten fallen weg

Im Zuge der Verhandlungen über die Gründung der Welthandelsorganisation wurde im Jahre 1995 beschlossen, die Quoten für die Textil- und Bekleidungsimporte der Industrieländer bis 2005 abzuschaffen. Zwar war offensichtlich, dass die Entwicklungsländer sehr unterschiedlich von der Abschaffung der Quoten betroffen sein würden: Alle ExpertInnen sagten voraus, China und Indien würden ihre Exporte deutlich ausbauen und damit die Hersteller anderen Staaten in den Ruin treiben.

Dennoch unternahmen weder die Industrieländer noch die großen Bekleidungsfirmen in den Industriestaaten den Versuch, Maßnahmen zu entwickeln, die die negativen Auswirkungen auf die Armen hätten abfedern können. Unmittelbar nach dem Auslaufen der Regelungen am 1.1.2005 stiegen die - zum Teil subventionierten - Exporte Chinas in die EU und die USA massiv an. Bereits nach wenigen Monaten schlossen in:

- Lesotho: 6 Fabriken mit 7000 Beschäftigten,
- Kambodscha: 20 Firmen mit 26.000 Beschäftigten,
- Sri Lanka 46: Firmen mit 26.000 Beschäftigten,
- Guatemala: 19 Firmen.

In eiligen Verhandlungen wurden neue Quoten für einen Übergangszeitraum eingeführt. Bei diesen Verhandlungen spielten allerdings die Interessen der kleinen Produzentenländer und der Beschäftigten erneut keine Rolle: Es sollte lediglich der Verlust weiterer Arbeitsplätze in der EU und den USA verhindert werden.

Handelsliberalisierung auf Kosten der Armen

Bei der Abschaffung der Quoten wurde die Chance vertan, neue Handelsregeln mit Sozialstandards für die arbeitenden Menschen zu verknüpfen. Die Welthandelsorganisation WTO und auch die Regierungen der Industriestaaten weisen die Verantwortung für die sozialen Folgen ihrer Beschlüsse von sich. Und die Einkäufer der hiesigen Modefirmen werden weiterhin in aller Regel dort einkaufen, wo am billigsten produziert wird.

(QUELLEN: WICK/FERENSCHILD 2004 / WICK 2005)

enarbeit, insbesondere in Afrika südlich der Sahara. Das Auslaufen des internationalen Abkommens, das zehn Jahre den Textil- und Bekleidungshandel regulierte (Welttextilabkommen), hat darüber hinaus seit Anfang 2005 die Lage vieler Arbeiterinnen in den sogenannten »freien Exportzonen« Afrikas, Mittelamerikas und Südostasiens weiter verschlechtert (siehe **Fallbeispiel 1**).

Tourismus, Migration und sexuelle Ausbeutung

Mit dem Tourismus verstärkt sich auch die globalisierten Nachfrage nach »weiblichen« Dienstleistungen nicht nur im Haushalts- und Betreuungsbereich, sondern auch im Bereich der Prostitution. Auch hier sind Frauen die Hauptopfer einer steigenden Nachfrage, die durch die Verbilligung von Flügen und Urlaubsangeboten und die neuen Kommunikationstechnologien in den letzten Jahren stark zugenommen hat.

Zudem verlassen vielen Frauen ihre Heimatländer aufgrund der dortigen schlechten wirtschaftlichen und sozialen Situation. Viele von ihnen werden auch in der Fremde weiter ausgebeutet:

→ »Auf der einen Seite steht die verstärkte Migrationsbereitschaft von Frauen aufgrund fehlender ökonomischer Perspektiven, auf der anderen die Nachfrage nach ausländischen Frauen als Reproduktionskraft im sexuellen und emotionalen sowie hauswirtschaftlichen Bereich. Es handelt sich um einen Markt mit Angebot und Nachfrage, wobei jedoch die Ware Frau einem enormen Machtgefälle gegenüber Handelssyndikaten, Schleppern und Heiratsinstituten unterliegt. Rahmenbedingung sind restriktive Einreisebestimmungen und Ausländergesetze.« (LACHENMANN, ZITIERT IN LEITNER/OSTNER 2000)

2.1.6. Auf dem Weg in eine globale Kultur?

Wenn wir von Globalisierung sprechen, meinen wir meist deren wirtschaftliche und technische Auswirkungen. Der Begriff Globalisierung umschließt aber viele weitere Aspekte, die uns auf den ersten Blick vielleicht gar nicht so bewusst sind. So erfasst und verändert die Globalisierung vielfältige ökologische, kulturelle, soziale und gesellschaftliche Bereiche unseres täglichen Lebens.

»Nicht umsonst spricht man heute auch von einer Globalisierung der Kulturen, einer Globalisierung der Religionen, einer Globalisierung der moralischen Werte, einer Globalisierung des Lebensstils, einer Globalisierung der Mode, aber auch einer Globalisierung des Terrors, der Kriminalität, der weltweiten Asyl- und Zuwanderungsprobleme.« (ZEPPELNICK 2003: 14)

MacDonalds, MTV, Ethnomusik aus allen Teilen der Welt und Marken wie Nike, Adidas und Microsoft verbreiten sich durch den technischen Fortschritt und die weltweite Vernetzung über den ganzen Globus. Elemente aus allen Kulturen scheinen für jeden und für jede von uns weltweit verfügbar zu sein: deutsche Biergärten in Peking, indische, thailändische oder argentinische Restaurants in fast allen größeren europäischen Städten, afrikanische und lateinamerikanische Musik in den deutschen Charts. Der globale Markt bringt uns die Kulturen der Welt sozusagen vor die Haustür.

Es mehren sich jedoch auch die Stimmen der Skeptiker, die in dieser Ausbreitung von Wertvorstellungen und Lebensstilen eine klare Dominanz des »Westens«, also der traditionellen Industriestaaten des Nordens, sehen. Vor allem über Fernsehen, Kino und Internet, aber auch über Mode und Musik wird der »westliche« Lebensstil in alle Kulturen der Welt getragen und führt nach Meinung der Kritiker zu einer Vernichtung traditioneller Lebensstile und kultureller Eigenheiten. Gerade die Menschen in den Entwicklungsländern orientieren sich stark an der Kultur des vermeintlich fortschrittlichen und wirtschaftlich erfolgreichen Nordens und versuchen diese oft zu Lasten ihrer eigenen Kultur zu kopieren.

2.1.7. Globalisierung gestalten

Die Globalisierung hat in den letzten Jahren in fast allen Bereichen unseres täglichen Lebens Veränderungen mit sich gebracht. Die Früchte dieses Zusammenwachsens der Weltwirtschaft sind jedoch sehr unterschiedlich verteilt. Die großen Gewinner der Globalisierung sind in erster Linie die reichen Industrieländer. Deutschland profitiert als Exportweltmeister mit Ausfuhren im Wert von über 730 Milliarden US-Dollar im Jahr 2004 an vorderster Front von den gegenwärtigen Strukturen der Globalisierung.

Einige wenige, vor allem südostasiatische Länder, aus denen immer mehr Produkte des täglichen Lebens nach Deutschland kommen, haben in den letzten Jahrzehnten ebenfalls große Fortschritte gemacht. Zu ihnen gehören Südkorea, Taiwan und Singapur und in letzter Zeit verstärkt China und Indien. Zu den Verlierern gehört der Großteil der Länder des Südens: die afrikanischen Staaten südlich der Sahara, einige asiatische Länder und auch Lateinamerika, das in den letzten Jahren von Wirtschafts- und Finanzkrisen schwer getroffen wurde.

Die Armut des Südens und der mangelnde Zugang zum Weltmarkt verstärken sich noch durch oft unüberwindbare Handelsschranken und Exportsubventionen des Nordens. Dies zeigt sich besonders in Agrarbereich. Während die Regierungen ihre Zusagen, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für die Entwicklungshilfe auszugeben, nicht einhalten, gab allein die EU im Jahre 2002 1,3 Prozent des BIP für Subventionen im Agrarbereich aus (*UNDP 2004: 197*). Diese Subventionen haben in vielen Bereichen erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklungsländer. Die dortigen Bauern

- müssen gegen subventionierte Produkte aus den Industrieländern konkurrieren,
- können ihre Exportmöglichkeiten auf die Märkte der Industrieländer nicht ausnützen, da sie gegen künstlich verbilligte Produkte antreten, die zudem in vielen Bereichen zusätzlich durch Zölle und Einfuhrbeschränkungen gegen Konkurrenz geschützt sind.

Die so entstehenden Verluste summieren sich auf ein Mehrfaches der Entwicklungshilfefzahlungen. Auch in vielen anderen Bereichen (Textil, Bekleidung, Kohle, Stahl) konkurrieren die Entwicklungsländer gegen subventionierte oder durch Einfuhrbeschränkungen und Zölle geschützte Produkte des Nordens. Umgekehrt mussten sie in vielen Fällen unter dem Druck der Welthandelsorganisation und des Internationalen Währungsfonds ihrerseits Importbeschränkungen weitestgehend abbauen (*SÜDWIND 2003: 32-47*).

Die Art und Weise, wie die Globalisierung derzeit erfolgt, dient den ganz konkreten Machtinteressen internationaler Akteure, die sich über die Interessen schwächerer Gruppen hinwegsetzen. Dazu gehören neben den internationalen Konzernen wirtschaftlich starke Staatengemeinschaften und ihre Politiker sowie multilaterale Institutionen wie Internationaler Währungsfonds, Weltbank oder die Welthandelsorganisation.

Gegenmacht organisiert sich

Gleichzeitig bilden sich aufgrund der neuen Kommunikationstechnologien immer stärkere internationale Netzwerke von Gruppen und Nichtregierungsorganisationen, die ihrerseits versuchen, als internationale Akteure den Kurs der Globalisierung mit alternativen Konzepten und Vorschlägen zu beeinflussen. Auch die Verbindungen der Kirchen mit ihren Partnern in anderen Ländern der Welt sind in den letzten Jahren vielschichtiger geworden. Gegenseitige Besuche und der kontinuierliche Austausch von Informationen sind heute eine Selbstverständlichkeit.

Der Ungleichheit schaffenden Kurs der Globalisierung ist kein unabwendbares Schicksal. Globalisierung kann und muss als gestaltbarer Prozess begriffen werden. Nicht nur internationale Wirtschaftsunternehmen, sondern vor allem auch staatliche Akteure und die Zivilgesellschaft spielen eine herausragende Rolle. Gerade dem Staat, der idealerweise die Werte und Zukunftskonzepte seiner Bürger vertritt, kommt, auch in Kooperation mit anderen Nationalstaaten und innerhalb internationaler Organisationen, bei der Gestaltung der Globalisierung ein besonderes Gewicht zu.

»Es gibt [...] keine Alternative zum Staat als letztendliche Instanz zur Formulierung und Durchsetzung des ordnungspolitischen Rahmens, innerhalb dessen der private Sektor seine wirtschaftliche Dynamik entfalten muss« (*TAAKE 2001*).

Durban, Beachfront, Straßenhändlerin, Mitglied der SEWU (Foto: Dorothe Mennicken)



2.2. Armut in der globalisierten Welt

»Die Zahl der absolut Armen in der Welt ist in den letzten Jahren gesunken.« »Asien gibt den Weg bei der Reduzierung der Armut vor: Die extreme Armut hat sich hier seit 1991 drastisch verringert.« So die Einschätzungen der Weltbank und des neuesten Berichtes der Vereinten Nationen über den Stand der »Millenniums-Entwicklungsziele« (UN 2005: 6 / DETAILS SIEHE SEITE XX). Obwohl die Zahlen beruhigend wirken (sollen): Haben wir einen Grund, uns entspannt zurückzulehnen? Nein! Die Realität sieht bei differenzierter Betrachtung ganz anders aus:

- Nach dieser Berechnung lebten im Jahr 2001 weltweit rund 2,8 Mrd. Menschen, die mit weniger als 2 US-Dollar pro Tag auskommen mussten – fast die Hälfte der Weltbevölkerung.
- Von diesen verfügten 1,1 Mrd. Menschen und somit etwa 21 Prozent der Weltbevölkerung über weniger als 1 US-Dollar und lebten damit in absoluter Armut.

Die größte Zahl dieser von der Weltbank definierten Armen wohnt nach wie vor in Asien, trotz der starken wirtschaftlichen Entwicklung, die einige Länder Ostasiens in den letzten Jahren durchlaufen haben. Dramatisch zugenommen hat die Armut seit 1990 in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara: Hier lebt heute fast die Hälfte der Bevölkerung von weniger als einem Dollar am Tag! (UN 2005A: 29/Abbildung 5)

Ein Blick auf den Anteil der Armen an der Bevölkerung zeigt, dass es Staaten gibt, in denen 80 Prozent der Menschen arm und zwei Drittel absolut arm sind (Abbildung 6)

Doch Menschen in den reichen Industrieländern können selbst mit einem Einkommen arm sein, das weit über der 1-Dollar-Grenze liegt und sie in armen Staaten zu Wohlhabenden machen würde. Daher wurden in weiteren Schritten aufbauend auf dem Weltbankansatz nationale bzw. regionale Schwellenwerte festgelegt, die zwischen 2 Dollar für Lateina-

2.2.1. Wie viele arme Menschen gibt es auf der Welt?

Obwohl in vielen wissenschaftlichen Aufsätzen lange Zeit diskutiert wurde, was eigentlich Armut ist und wie die genaue Zahl der Armen gemessen werden kann, hat die Weltbank seit 1990 einen inzwischen allgemein gebräuchlichen Ansatz festgelegt: Die Zwei- bzw. Ein-Dollar-Grenze. Dieser Ansatz definiert diejenigen Menschen als arm, die mit weniger als zwei Dollar am Tag leben. Extrem oder absolut arm ist dann der Teil davon, der sogar mit weniger als einem Dollar am Tag auskommen muss. Das ist der Betrag, der zur Deckung des Mindestbedarfs an Ernährung ausreichen soll.

Abbildung 5:
Zahl der Menschen, die von weniger als 2 oder 1 US-Dollar (1) pro Tag leben

© 2005 SÜDWIND

Regionen	2 US-Dollar pro Tag		1 US-Dollar pro Tag	
	1981	2001	1981	2001
Afrika südlich der Sahara	289,9	516,0	163,6	315,8
Ostasien und Pazifikraum	1169,8	864,3	795,6	271,3
davon China	875,8	593,6	633,7	211,6
Südasien	821,1	1063,7	474,8	431,1
davon Indien	630,0	826,0	382,4	358,6
Lateinamerika und Karibik	98,9	128,2	35,6	49,8
Osteuropa und Zentralasien	20,2	93,5	3,1	17,6
Naher Osten und Nordafrika	51,9	69,8	9,1	7,1
Insgesamt	2450,0	2735,6	1481,8	1092,7

(1) Diejenigen, die von 1 US-Dollar am Tag leben, sind in der Zahl derer enthalten, die von weniger als 2 US-Dollar leben.

(Quelle: Chen/Ravallion 2004: 29)

amerika und der Karibik über 4 Dollar für Länder in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetrepubliken bis hin zu 14,40 Dollar für die Industrieländer schwanken (UNDP 1997: 39).

2.2.2. Der Weltbankansatz in der Kritik

In der Armutdefinition der Weltbank wird Armut ausschließlich anhand des Einkommens der Menschen definiert. Die jährlichen Berechnungen der Bank dienen in der Fachliteratur und in den Nachrichten auch heute noch als Maßstab für die Bewertung, ob die Zahl der Armen weltweit steigt oder sinkt. Doch immer mehr Wissenschaftler und NGOs kritisieren diesen Ansatz. Ein gewichtiger Vorwurf lautet:

- Bei der Berechnung dessen, was in verschiedenen Ländern ein US-Dollar wert ist, wurden falsche Umrechnungskurse verwendet² (REDDY/POGGE 2003).

Was sich nach einer rein statistischen Spitzfindigkeit anhört, hat große Auswirkungen. So schreiben Weltbankökonominnen, dass in China die Zahl der Armen seit 1981 um rund 400 Millionen Menschen gesunken sei (Chen/Ravallion 2004: 1). Wird ein anderer Berechnungskurs für die Kaufkraft angewendet, gibt es allein in China 200 Millionen Arme mehr, als derzeit in den Statistiken verzeichnet sind (GRINSPUN 2005).

Die Kritik geht noch weiter:

- Werden tatsächlich alle Armen in den Statistiken erfasst?

Auch hier wieder das Beispiel China:

- Laut Weltbank-Statistik gibt es in den Städten Chinas nahezu keine Armen (GRINSPUN 2005). Schon ein Gang durch die chinesischen Innenstädte zeigt, dass es in der Realität Millionen sein müssen.

2 Die Statistiker nehmen nicht den Wechselkurs einer Währung, wie ihn die Banken berechnen, zum Maßstab, sondern berücksichtigen, wie viel in einem Land für 1 US-Dollar zu kaufen ist (»Kaufkraftparität«).

Abbildung 6: Anteil der Bevölkerung, die von Tag mit weniger als 2 oder 1 US-Dollar leben (Durchschnittswert 1990-2002) in Prozent (1)

©2005 SÜDWIND

	weniger als 2 US-Dollar	weniger als 1 US-Dollar
Brasilien	22,4	8,2
Bolivien	34,3	14,4
Honduras	44,4	23,8
China	46,7	16,6
Indonesien	52,4	7,5
Vietnam	63,7	17,7
Indien	79,9	34,7
Südafrika	23,8	7,1
Sambia	87,4	63,7
Mali	90,6	72,8

(1) Diejenigen, die von 1 US-Dollar am Tag leben, sind in der Zahl derer enthalten, die von weniger als 2 US-Dollar leben.

(Quelle: UNDP 2004: 185–187)

2.2.3. Neue Berechnungsmethoden von UNDP

Sich allein am Pro-Kopf-Einkommen zu orientieren ist demnach wenig sinnvoll. UNDP, die Entwicklungshilfeorganisation der Vereinten Nationen, spricht seit 1997 statt von Einkommensarmut von der »menschlichen Armut«:

»Armut manifestiert sich in den Entbehrungen, die das Leben der Menschen bestimmen. Armut bedeutet häufig nicht nur das Fehlen notwendiger Voraussetzungen für materielles Wohlbefinden, sondern auch die Vorenthaltung von Chancen auf ein erträgliches Leben. [...] Entscheidend sind die Möglichkeiten, ein langes und gesundes Leben zu führen, Bildung zu erwerben und einen angemessenen Lebensstandard zu genießen. Sie werden ergänzt durch politische Freiheiten, garantierte Menschenrechte und verschiedene Elemente der Selbstachtung.« (UNDP 1997:17)

Die UNDP nimmt in ihre Armutdefinition neben Einkommen unter anderem folgende weiteren Aspekte auf:

- Möglichkeit der Selbstbestimmung
- Gesundheit und Lebenserwartung
- Bildungschancen
- Politische Freiheiten

- Menschenrechte
- Menschliche Würde und Selbstachtung

»Armut, das ist die Mutter in einem Elendsviertel, deren Hütte von der Regierung abgerissen wurde – aus Gründen, die sie nicht versteht.« (Eine Slumbewohnerin aus den Philippinen)

»Armut ist die fehlende Möglichkeit, in einem eigenen Heim zu leben. Sie bedeutet Leben in einem Flüchtlingslager und fehlende Chancen für meine Kinder.« (Ein Flüchtling aus Aserbeidschan) (UNDP 1997: 20ff)

Armatya Sen und die »Ökonomie für den Menschen«

Die gesellschaftspolitischen Wahrnehmungen von Armut finden sich auch in den Werken des indischen Wirtschaftsnobelpreisträgers Armatya Sen. Dieser definiert Armut als Mangel an Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung. Nicht nur Einkommen und die Ausstattung mit bestimmten Gütern sind für eine Überwindung der Armut entscheidend, sondern die Möglichkeit der Menschen, einen Zugang zu den vorhandenen Ressourcen zu erhalten. Diese »Zu-

gangsrechte« bekommen die Menschen nicht nur durch eine gestärkte Kaufkraft, sondern auch durch die Befähigung zur Eigenproduktion oder durch Tausch. Die Aufgabe des Staates ist es, für absolute Chancengleichheit zu sorgen, damit jeder und jede seine Fähigkeiten nach freiem Willen in die Gesellschaft einbringen kann. Dies erfordert z.B. auch den gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Gesundheit, angemessener Wohnung, Elektrizität und Trinkwasser. (SEN 2002)

Der Index der menschlichen Entwicklung

Um die vielen Dimensionen der Armut einigermaßen erfassen zu können, hat das UNDP einen »Index der menschlichen Armut« (auf englisch »Human Development Index«, kurz: HDI) erstellt, der die verschiedenen Dimensionen der menschlichen Armut in drei Schlüsselbereichen untersucht und zusammenfasst: Lebenserwartung, Bildungsniveau und angemessener Lebensstandard.

Der HDI wird der Tatsache teilweise gerecht, dass Armut ein vieldimensionales Problem ist und nicht allein mit Einkommensarmut gleichgesetzt werden kann. Der höchste erreichbare Wert des Indexes ist 1; der niedrigste 0. Die UNDP unterteilt die Länder

Durban, Russell Street, Straßenverkäuferinnen im Regen, suchen Schutz unter Planen, unter denen sie auch übernachten (Foto: Dorothe Mennicken)



Abbildung 7: ©2005 SÜDWIND
Index der menschlichen Armut und Index 2004 und Einkommen pro Kopf

	HDI-Rang 2004 (1) Weltweiter Rang	HDI-Index	Einkommen (2) in US-Dollar
Norwegen	1	0,956	36,660
USA	8	0,939	35,750
Deutschland	19	0,925	27,100
Brasilien	72	0,775	7,110
Bolivien	114	0,681	2,460
Honduras	115	0,672	2,600
China	94	0,745	4,580
Indonesien	111	0,692	3,230
Vietnam	112	0,691	2,300
Indien	127	0,595	2,670
Bundesstaat Bihar		0,37	
Bundesstaat Kerala		0,64	
Südafrika	119	0,666	10,070
Uganda	146	0,493	1,390
Sambia	164	0,389	840
Sierra Leone	177	0,273	520

(1) Der HDI (Human Development Index – Menschlicher Entwicklungsindex) wurde vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen entwickelt und errechnet sich aus einer Reihe von Sozialdaten, darunter Lebenserwartung, Wissen, Lebensstandard.
(2) Das Pro-Kopf-Einkommen wurde errechnet aus dem Bruttoinlandsprodukt (Waren und Dienstleistungen, die eine Nation in einem Jahr produziert) und umgerechnet in Kaufkraftparitäten.

(Quelle: UNDP 2004: 139-142)

nach dem HDI-Wert in drei Entwicklungskategorien:

- Länder mit hoher menschlicher Entwicklung:
größer 0,8
- Länder mit mittlerer menschlicher Entwicklung:
0,8 bis 0,5
- Länder mit geringer menschlicher Entwicklung:
kleiner 0,5

Dabei zeigt, sich wie gewaltig die Unterschiede zwischen den Staaten sind.

Allerdings gilt auch für den HDI, dass viele wichtige Aspekte, wie z.B. politische Freiheiten oder das Vorhandensein von persönlicher Sicherheit, unberücksichtigt bleiben. Auch die UNDP räumt ein, dass »menschliche Armut [...] viele Aspekte [umfasst], die sich nicht messen lassen oder nicht gemessen werden« (UNDP 1997: 19).

2.2.4. Durchschnittswerte verzerren

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt ist die Tatsache, dass sowohl bei der Messung der Einkommensarmut als auch bei der Bestimmung des HDI nationale Durchschnittswerte herangezogen werden. Innerhalb der Länder gibt es zum Teil sehr große regionale Unterschiede. So lag der HDI 2000 im Süden Brasiliens mit 0.814 weit über dem nationalen Durchschnitt (0.766). Im armen Nordosten des Landes erreichte der HDI nur 0.636 (UNDP 2001).

Auf dem indischen Subkontinent stellen sich die regionalen Unterschiede sogar noch drastischer dar: Während im ärmsten Bundesstaat Bihar im Jahr 2001 ein HDI von 0,37 gemessen wurde, erreicht Kerala einen Wert von 0,64 und gehört damit schon

in die von der UNDP definierte Kategorie der »Länder mit mittlerer menschlicher Entwicklung«. (Abbildung 7).

2.2.5. Relative Armut in unseren Wohlstandsgesellschaften

Ein Mensch, der mit seinem Einkommen bei uns in Deutschland unter die Kategorie »arm« oder sogar »sehr arm« fällt, würde in einem Entwicklungsland oft noch als wohlhabend gelten. Dies hängt damit zusammen, dass die Kaufkraft dieses Menschen (also die Menge an Waren, die er für einen bestimmten Geldbetrag in einem Land kaufen kann) in den Ländern des Südens in der Regel sehr viel höher ist als in Deutschland. Vor allem die Preise für Güter des täglichen Bedarfs liegen in den Entwicklungsländern in der Regel weit unter unseren deutschen Preisen. Oder anders betrachtet: Ein in seiner Heimat relativ wohlhabender Bolivianer, der den nationalen Durchschnittslohn von 220 Euro im Monat verdient, könnte sich mit diesem Geld in Deutschland keine zwei Wochen über Wasser halten!

Aus diesem Grund muss Armut in den Wohlstandsgesellschaften des Nordens auf andere Weise definiert werden, nämlich als relative Armut. Relativ deshalb, weil die Betrachtung der Gesellschaft, in der jemand lebt, für die Ermittlung der Armut entscheidend ist.

→ »Als verarmt sind jene Einzelpersonen, Familien und Personengruppen anzusehen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.« (Ratsbeschluss der Europäischen Union vom 19. Dezember 1984)

Dem Warenkorb an lebensnotwendigen Gütern werden in dieser Definition auch Faktoren wie Bildungs- und Gesundheitsausgaben oder adäquate Wohnverhältnisse hinzugefügt, die für ein Leben jenseits der Armut nötig sind.

Gemessen wird die relative Armut in Europa mit Hilfe des sogenannten »Äquivalenzeinkommens«. Dies ist das Einkommen einer Person, das je nach Haushaltsgröße mit Hilfe einer »Äquivalenzkala« unterschiedlich gewichtet wird. Grund dafür ist, dass die Einkommen von Personen, die in unterschiedlich großen Haushalten leben, nicht miteinander vergleichbar sind. In größeren Haushalten treten z.B.

Einspareffekte auf (durch gemeinsame Nutzung von Wohnraum oder Haushaltsgeräten), die eine allein-stehende Person nicht hat.

→ Vereinfacht dargestellt gelten in der EU seit 2001 diejenigen Bürger als arm, die mit weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens pro Monat auskommen müssen. Dies waren nach einem Bericht der Europäischen Kommission im Jahr 2004 ca. 15 Prozent oder 60 Mio. der EU-Bürger (ohne die neuen Mitgliedsstaaten) (EUROPÄISCHE KOMMISSION 2004: 11).

Der »Bericht über Entwicklung von Armut und Reichtum in Deutschland«, den die Bundesregierung jedes Jahr veröffentlicht, zeigt dieses Jahr, dass die Armut in unserem Land seit 2002 wieder zunimmt. Während der Reichtum in Deutschland im Jahr 2005 größer denn je ist – das Privatvermögen der deutschen Haushalte ist in den letzten Jahren stark angewachsen, auf mittlerweile 8 Billionen Euro, – hat sich der Anteil der Deutschen, die unter der EU-Armuts-grenze liegen, von 12,1 Prozent im Jahr 1998 auf 13,5 Prozent im Jahr 2003 erhöht (NEUBER 2005).

2.2.6. Armut und der Zugang zu Land

Alle 3,6 Sekunden stirbt weltweit ein Mensch an Hunger, und die überwiegende Mehrheit davon sind Kinder unter 5 Jahren (UN-Millennium Project 2005). Mehr als 815 Millionen Menschen litten nach einem Bericht der Vereinten Nationen im Jahr 2002 an chronischer Unterernährung; dies sind nur 9 Millionen weniger als zwölf Jahre zuvor (UN 2005: 8). Dabei hatte die Staatengemeinschaft schon 1996 auf dem »Welternährungsgipfel« in Rom beschlossen, ein Aktionsprogramm auszuarbeiten, das die Zahl der Hungernden bis 2015 von über 800 auf rund 400 Millionen senken sollte.

Paradoxerweise leben über 70 Prozent der Hungernden auf dem Land, also dort, wo Nahrung produziert wird. Diese Menschen verfügen zwar zu einem großen Teil über die notwendigen Kenntnisse, ihre eigene Nahrung mit kleinbäuerlichen Anbaumethoden und Mischkulturen selbst herzustellen, aber es mangelt ihnen an der einen zentralen Res-

source: Land! Der Landbesitz ist in vielen Ländern des Südens in der Hand einer kleinen Gruppe von Großgrundbesitzern, für welche die landlosen und landarmen Bauern oft unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten:

→ »Zum Beispiel in Brasilien: Während sich dort 56,7 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den Händen von 2,8 Prozent der Landei-

gentümer konzentrieren, fristen 4,8 Millionen landlose Bauernfamilien ein Dasein in Hunger und Elend. [...] Dabei liegt ein Viertel der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche brach und dient seinen Besitzern ausschließlich als Statussymbol.« (FIAN, 2005)

Der Ursprung dieser ungleichen Landverteilung liegt oftmals in der kolonialen Geschichte der Länder Lateinamerikas, Afrikas und Asiens.

2.3. Ungleichheit: Die Einkommensschere geht weit auseinander

Die sozialen, politischen und materiellen Ungleichheiten haben sich weltweit vergrößert. Sowohl innerhalb der meisten Länder als auch, mit wenigen Ausnahmen, zwischen Nord und Süd wächst die Kluft zwischen Armen und Reichen kontinuierlich.

2.3.1. Ungleichheit: Global...

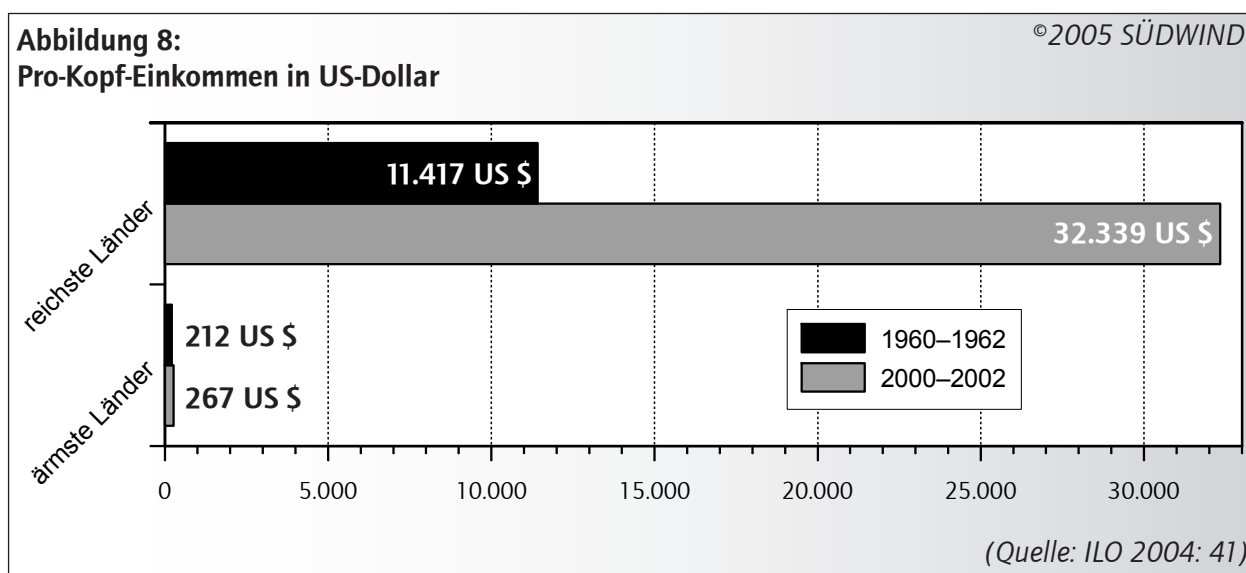
Die Menschen, die in den reichen G7-Industriestaaten leben, machen zwar gerade einmal 12 Prozent der Weltbevölkerung aus, verfügen jedoch über 70 Prozent des weltweiten Einkommens verfügen (ZEP-*PERNICK 2003: 23*).

Die Antwort auf die Frage, ob die Ungleichheit zwischen den reichen und armen Staaten gestiegen oder gesunken ist, hängt davon ab, welche Daten in den Statistiken verglichen werden. Maßstab ist meist der »Gini-Index«. Diese Berechnung – benannt nach

dem italienischen Statistiker Corrado Gini – misst die Einkommensungleichheit in einer Gesellschaft oder auch zwischen Staaten. Werden allein die Staaten verglichen, ist seit 1980 der Abstand zwischen den reichen und armen Staaten deutlich gestiegen (*WUPPERTAL-INSTITUT 2005: 22*).

Betrachtet man die Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen in den zwanzig reichsten Staaten, kommt man ebenfalls zu dem Ergebnis, dass die seit jeher existierenden Unterschiede in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen sind: Während sich in den zwanzig reichsten Staaten das Pro-Kopf-Einkommen zwischen 1960 und 2002 von 11.417 auf 32.339 US-Dollar³ fast verdreifachte, wuchs das Einkommen im gleichen Zeitraum in den zwanzig ärmsten Ländern lediglich von 212 auf 267 US-Dollar (*ILO 2004: 41/Abbildung 8*).

³ Zahlen sind Kaufkraftbereinigt



Wird dagegen nicht nur die Zahl der Staaten verglichen, sondern die Entwicklung der Einkommen der Menschen weltweit, kommt man zu widersprüchlichen Ergebnissen:

- Seit 1980 ist der Index der weltweiten Ungleichheit leicht gesunken. Ursache dafür sind die steigenden Einkommen in China und Indien, den bevölkerungsreichsten Staaten.
- Lässt man die Menschen in China und Indien unberücksichtigt, ist der Abstand zwischen den reichsten und ärmsten Staaten dagegen deutlich gewachsen (UN 2005: 45).

Die ist erneut ein Hinweis darauf, wie unterschiedlich die Entwicklung je nach Staat und Region verlaufen ist.

Starke regionale Unterschiede

Die Vereinten Nationen haben in ihrem Bericht über die soziale Situation im Jahre 2005 die Einkommen der reichen, in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zusammengeschlossenen Staaten mit der anderer Ländergruppen verglichen:

- Die Einkommen der Menschen in Sub-Sahara-Afrika lagen 1980 bei 3,3 Prozent derjenigen der Menschen in den OECD-Ländern mit hohem Einkommen. Bis 2001 sank der Prozentsatz auf 1,9 Prozent.
- Lateinamerikas Bevölkerung verdiente statt 18,0 Prozent (1980) nur noch 12,8 Prozent dessen, was die Menschen in den reichen Staaten erhalten.

Selbst das starke Wirtschaftswachstum in einigen Regionen führte nur zu geringen Veränderungen der Ungleichheit, da diese Regionen zum einen von seinem sehr niedrigen Niveau aus starteten und zum andern auch die OECD-Länder weitere Einkommenszuwächse verzeichneten:

- Südasien verbesserte die Relation von 1,2 Prozent auf 1,6 Prozent,
- Ostasien von 1,5 Prozent auf 3,3 Prozent. (UN 2005: 46/**Abbildung 9**).

Vor dem Hintergrund dieser großen Diskrepanz zwischen den reichsten Staaten und dem Rest der Welt wirkt die Diskussion darüber, ob die Ungleichheit nun leicht gestiegen oder gesunken sei, zynisch: Selbst wenn die Ungleichheit gesunken ist, haben Menschen in weiten Teilen der Welt keine Möglichkeit, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen.

Während das Wirtschaftsmagazin »Forbes« in seiner jährlichen Liste der Superreichen vor zwei Jahren noch 476 Milliardäre weltweit verzeichnete, waren es 2004 schon 587 und 2005 bereits 691. Dies ist ein Anstieg von 45 Prozent in nur 2 Jahren! Zusammen verfügen diese knapp 700 Menschen über ein Vermögen von 2.200 Milliarden Dollar. Die Vermögenswerte der drei reichsten Milliardäre der Welt sind sogar höher als das zusammengefasste Sozialprodukt der 49 am wenigsten entwickelten Länder und ihrer 600 Millionen Menschen (ZEPPERNICK 2003: 23).

Abbildung 9: Regionales Pro-Kopf-Einkommen als Anteil am Pro-Kopf-Einkommen der Hoheinkommensländer der OECD-Staaten (1) in Prozent ©2005 SÜDWIND

Region	1980	1991–1995	2001
Sub-Sahara Afrika	3,3	2,1	1,9
Südasien	1,2	1,4	1,6
Naher Osten und Nordafrika	9,7	7,1	6,7
Lateinamerika und Karibik	18,0	13,5	12,8
Ostasien und Pazifikregion	1,5	2,5	3,3
Hoheinkommens-OECD-Staaten	100	100	100

(1) Zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gehören 30 Staaten. Diejenigen, deren Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 2000 über 9.266 US-Dollar lag, werden Hoheinkommensländer genannt.

(Quelle: UN 2005: 46)

Abbildung 10: Anteil am Bruttoinlandsprodukt der reichsten und ärmsten 10% der Bevölkerung sowie Gini-Index ©2005 SÜDWIND

	Anteil BIP (1)		Gini-Index (2)
	ärmste 10%	reichste 10%	
Schweden	3,6	22,2	25,0
Deutschland	3,2	22,1	28,3
USA	1,9	29,9	40,8
Brasilien	0,5	46,7	59,1
Bolivien	1,3	32,0	44,7
Honduras	0,9	42,2	55,0
China	1,8	33,1	44,7
Indonesien	3,6	28,5	34,3
Vietnam	3,6	29,9	36,1
Indien	3,9	27,4	32,5
Südafrika	0,7	46,9	59,3
Uganda	2,3	34,9	43,0
Sambia	1,1	41,0	52,6
Namibia	0,5	64,5	70,7

(1) Das BIP (Bruttoinlandsprodukt) gibt an, wie viele Waren und Dienstleistungen eine Nation in einem Jahr produziert.

(2) Der Gini-Index misst die Einkommensungleichheit in einer Gesellschaft. Die Ungleichheit ist umso größer, desto näher der Gini-Wert an Eins heranreicht.

Quelle:

2.3.2. ...und national

Auch innerhalb der Länder sind Einkommen und Vermögen ungleich verteilt, wobei die Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen von Land zu Land variieren. In Deutschland verdienen beispielsweise die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung rund sieben mal so viel wie die ärmsten 10 Prozent. Ähnlich ist der Wert in Indien und kaum höher der in Vietnam.

In Südafrika dagegen verfügen die reichsten 10 Prozent über mehr als das 65fache Einkommen der Armen. Es verwundert daher wenig, dass Vietnam und Südafrika zwar beim Vergleich der menschlichen Entwicklung (HDI-Index) nahezu gleich abschneiden, Vietnam diesen Wert jedoch mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als einem Viertel des südafrikanischen erreicht: Das vorhandene Einkommen wird wesentlich besser verteilt (**Abbildung 10**).

Steigende Ungleichheit

Im Rahmen einer Studie wurden 73 Staaten erfasst, in denen 80 Prozent der Weltbevölkerung leben. Dabei wurde festgestellt, dass seit den fünfziger Jahren in nur neun dieser Staaten – mit gerade einmal vier Prozent der Weltbevölkerung – eine Verringerung der Ungleichheit zu beobachten ist. In 16 kam es zu keiner Veränderung. 48 Länder verzeichneten dagegen eine Zunahme der Ungleichheit und in ihnen lebte nahezu die Hälfte der Weltbevölkerung (*UN 2005: 48/Abbildung 11*).

Ungleichheit in Deutschland

Auch die Ungleichheit in Deutschland folgt dem weltweiten Trend und hat in den letzten Jahren zwar langsam, aber doch kontinuierlich zugenommen:

- Rein rechnerisch verfügt jeder deutsche Haushalt über ein Durchschnittsvermögen von 133.000 Euro. Doch die reichsten 10 Prozent der deutschen Haushalte besitzen 47 Prozent des Ge-

Abbildung 11: ©2005 SÜDWIND
Entwicklung der ungleichen Besitzverteilung (»Gini-Koeffizient«) innerhalb von 73 Staaten in der zwischen den 1950er und 1990er Jahren

Entwicklung der Ungleichheit	Zahl der Länder in der Gruppe	Anteil dieser Staaten an der Weltbevölkerung
gestiegen	48	47%
gefallen	9	4%
gleich geblieben	16	29%

(QUELLE: UNDP 2005: 48)

samtvermögens, die ärmsten 10 Prozent verfügen über gerade einmal 4 Prozent (DIE ZEIT 12.08.2004):

- Die Zahl der Bundesbürger, die über ein Geldvermögen von mehr als einer Million Euro verfügen, ist seit 1997 von 510.000 auf 756.000 gestiegen (DIE ZEIT 25.08.2004).
- Die Zahl der Sozialhilfeempfänger hat sich in den letzten 40 Jahren verfünffacht (EVANGELISCHE KIRCHE VON WESTFALEN 2005: 12).

Bedrohliche Entwicklungen gibt es, trotz stark gesteigener Transferleistungen, im Bereich von Famili-

en, und zwar bis weit in die Mittelschicht hinein. Unter den Heranwachsenden leben 17 Prozent in finanziell unsicheren Verhältnissen. Was Deutschland zudem von vergleichbaren Ländern deutlich unterscheidet, ist die Bildungsungleichheit und der Einfluss sozialer Faktoren auf den Werdegang: Von einhundert Kindern aus armen Familien erreichen in Deutschland gerade einmal elf einen akademischen Abschluss (Neuber 2005). Sie wachsen somit nicht nur in finanziell schlechteren Verhältnissen auf, sondern sie haben auch eine relativ geringe Chance auf eine Verbesserung ihrer Situation.

Maputo, Straßenkind (Foto: Ferhat Momade/AIM/95)



3. WACHSTUM ZU GUNSTEN DER ARMEN: ABKEHR VOM NEOLIBERALISMUS UND NEUE ANSÄTZE

Jahrzehntelang wurde die Höhe des Wirtschaftswachstums als entscheidender Maßstab für den ökonomischen Erfolg eines Landes gesehen. Die Diskussion um die Frage, ob ein Land ökonomisch erfolgreich ist. Dies galt insbesondere für die Argumentation der Befürworter von Wirtschaftsmodellen, die im deutschen Sprachraum als »neoliberal« bezeichnet werden. In den letzten Jahren zeichnet sich ab, dass

die Voraussetzungen und Folgen des Wachstums der Wirtschaft neu diskutiert werden müssen. Im entwicklungspolitischen Bereich steht dabei die Frage im Vordergrund, ob Wirtschaftswachstum überhaupt den Armen zu Gute kommt. Neue Konzepte wurden entworfen, doch ein wirkliches Umlenken in der internationalen Politik steht noch aus.

3.1 Woran wird Wirtschaftswachstum gemessen?

In den Nachrichten begegnet uns ständig der Begriff »Wirtschaftswachstum«. Wirtschaftsexperten und Politiker sind sich darüber einig, dass dieses »Allheilmittel« Arbeitsplätze schafft, die Armut in einer Gesellschaft überwindet, Bildung, Gesundheit sowie sonstige soziale Dienstleistungen ermöglicht und damit Wohlstand für alle absichert. In der Bundesrepublik ist das Wirtschaftswachstum aufgrund seiner angenommenen Wichtigkeit als eine Grundbedingung im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (StWG) rechtlich verankert. Alle paar Wochen erscheinen in den Medien neue Aussagen, wie sich »das« Wachstum der Wirtschaft in Deutschland und weltweit entwickelt hat oder entwickeln wird. Dabei widersprechen oft die jeweiligen Wachstumswahlen und Prognosen den erst kurz zuvor noch als »sicher« dargestellten Angaben.

Dieses ständige Korrigieren und Neu-Interpretieren zeigt, wie komplex Aussagen über das Wachstum einer Wirtschaft sind. Schon allein die Fragen:

- »Was ist Wirtschaftswachstum?«
- »Wie wird es gemessen?« und
- »Welches sind die Bestimmungsfaktoren, die eine Volkswirtschaft auf den Wachstumspfad bringen?«

werden von Experten in Ministerien, in Wirtschaftsinstituten, Universitäten, Rating-Agenturen oder in internationalen Entwicklungsorganisationen wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds kontrovers diskutiert.

Ist in der öffentlichen Diskussion von Wirtschaftswachstum die Rede, so bedeutet dies meist eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Gemessen wird in der Regel das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Dieses gibt an, welchen Wert die Waren und Dienstleistungen haben, die eine Nation innerhalb eines Jahres produziert hat. Wirtschaftswachstum ist dann das Wachstum des BIP innerhalb eines Jahres. Wurden beispielsweise in einer Volkswirtschaft im Jahr 2004 Güter im Wert von 100 Euro produziert und im Jahr 2005 Güter im Wert von 103 Euro, so ist diese Volkswirtschaft innerhalb eines Jahres um 3 Prozent gewachsen. Im Fall Deutschlands betrug das reale Wirtschaftswachstum im Jahr 2004 1,6 Prozent.

Auswirkungen auf Gesellschaft und Politik

Die Höhe des Wirtschaftswachstums hat über den Wirtschaftsbereich hinaus Auswirkungen auf die Entwicklung der Gesellschaft und des Staates. Wächst die Wirtschaft, so wachsen bei unveränderten Gesetzen auch die Steuereinnahmen sowie – falls vorhanden – die Einnahmen der Sozialkassen (Rente, Krankenkassen, Arbeitslosenversicherung). Steigt durch das Wirtschaftswachstum die Beschäftigung, so verstärkt sich dieser Effekt. Zusätzliche Einnahmen des Staates können wiederum, sinnvoll angelegt, weiteres Wirtschaftswachstum fördern.

In viele Ausgabenplanungen des Staates werden Schätzungen über die zukünftige Höhe des Wirtschaftswachstums mit einbezogen. Aufgrund dieser Schätzungen treffen Politiker in der Arbeitsmarkt-, Renten-, Finanz- oder auch der Entwicklungspolitik Entscheidungen für ihre zukünftigen Handlungen.

Ein Abweichen des tatsächlichen Wachstums von diesen Prognosen um nur wenige Zehntel Prozent kann daher bedeuten, dass Milliardensummen falsch verplant wurden und Tausende Arbeitsplätze verloren gehen.

3.2 Wachstumsdogma der neoliberalen Wirtschaftslehre gewann Oberhand

Gegenwärtig herrscht in der Wirtschaftstheorie und der Wirtschaftspolitik eine Wachstumsstrategie vor, die man als »neoliberal« bezeichnet. Wie bei vielen wirtschaftspolitischen Theorien gibt es für den Begriff Neoliberalismus keine einheitliche Definition. Darüber hinaus bezeichnen sich die wichtigsten europäischen Vertreter dieser Richtung in vielen Fällen nicht als Neoliberale, sondern lediglich als Liberale, was auch mit der massiven Kritik zusammenhängt, mit der sich die Anhänger einer neoliberalen Wirtschaftstheorie in den letzten Jahren konfrontiert sahen. Trotz der Schwierigkeit, den Neoliberalismus verbindlich zu definieren, veränderten die Ideen, die hinter dieser Wirtschaftstheorie stehen, in den letzten 30 Jahren das Zusammenleben der Menschen weltweit.

3.2.1 Grundlagen des Neoliberalismus

Der Begriff Neoliberalismus wurde ursprünglich 1938 auf einer Konferenz in Paris geprägt. Einer der prominentesten Teilnehmer dieser Konferenz war der österreichische Ökonom Friedrich August von Hayek. Nach dem Zweiten Weltkrieg propagierte Hayek mit der Gründung der »Mont Pèlerin Society« 1947 am Genfer See die neoliberale Doktrin. Hayeks Gedanken gelten heute noch als theoretischer Kern des Neoliberalismus, auf dessen Basis sich die verschiedenen Schulen zu eigenen Richtungen entwickelten.

Allgemein kann gesagt werden, dass der Begriff Neoliberalismus für eine Philosophie und eine Politik steht, die den Einfluss des Staates auf das Wirtschaftsgeschehen auf ein Minimum reduzieren will.

Zwar kann nicht jede einzelne wirtschaftspolitische Maßnahme, die dem Privatsektor Vorrang gegenüber dem Staatssektor gibt, als neoliberal angesehen werden, doch auf der gesamtwirtschaftlichen (»makroökonomischen«) Ebene lässt sich der Neoliberalismus von anderen Ansätzen dadurch unterscheiden, dass er alleine den Markt als Entstehungsort für Effizienz und Produktivitätssteigerung betrachtet. Wenn beispielsweise

- Lohnsubventionen und Sozialhilfe wegfallen,
- Finanz- und Kapitalmärkte dereguliert werden,
- die staatliche Altersvorsorge durch eine private ersetzt wird,
- Bildungs- und Gesundheitsversorgung an private Firmen vergeben wird,
- die Wasserversorgung und die Müllentsorgung privatisiert werden und
- die Steuern für multinationale Unternehmen und Vermögensbesitzer gesenkt werden,

dann entsprechen diese Maßnahmen dem Geist des Neoliberalismus: Staatliche Wirtschaftsaktivitäten werden zurückgedrängt mit dem Ziel, eine effiziente Bereitstellung von Gemeinschaftsgütern und sozialen Dienstleistungen über den Markt zu erreichen.

Der grundlegende Neuanfang des Neoliberalismus liegt somit in der Rolle des Staates, genauer gesagt in dessen rein ordnungspolitischer Funktion. Der Staat soll keine aktive Rolle einnehmen, sondern sich auf die Vorgabe von günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das Angebot (Arbeitgeber) beschränken: Infrastruktur, Bekämpfung der Kriminalität und vor allem der Schutz des Privateigentums sind zentrale Aufgaben der Staatsmacht.

Die Bilanzskandale und Pleiten großer Unternehmen, Korruptionsskandale in namhaften Firmen (VW, DaimlerChrysler, Ikea, Siemens, Infineon etc.), hohe Verluste bei Investitionen am Markt vorbei (VW Phaeton, UMTS, Immobilien etc.): Auch private Unternehmen haben viele der Probleme, die staatlichen Stellen nachgesagt werden. Private Anbieter sind zudem nicht immer billiger. Studien in Ungarn haben beispielsweise festgestellt, dass die Verwaltungskosten der privaten Rentenversicherer mit 8 Prozent der Beiträge viermal so hoch sind wie die der staatlichen Versicherung – und das bei geringen Renditen.

Zudem sehen die Neoliberalen in einer radikalen Liberalisierung des Außenhandels (Abbau von Zöllen und Handelsschranken) und in einer Deregulierung der Finanz- und Kapitalmärkte eine wichtige Quelle des Wohlstandszuwachses.

Gegen Keynes

Dieser Wirtschaftsansatz widersprach den weit verbreiteten Theorien des britischen Ökonomen John Maynard Keynes, der seinen als »Keynesianismus« bezeichneten Ansatz als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933 entwickelte. Keynes war ein vehementer Befürworter staatlicher Interventionen in das Wirtschaftsgeschehen. Laut Keynes soll der Staat steuerpolitische und geldwirtschaftliche Maßnahmen anwenden, um durch Reallohnsteigerungen die Gesamtnachfrage zu stimulieren und die Auswirkungen von wirtschaftlichen Krisen und Aufschwüngen abzuschwächen. In schlechten Zeiten, so forderte Keynes, müsse die Wirtschaft durch eine expansive Fiskalpolitik gestützt werden, um auf diesem Wege die wachsende Arbeitslosigkeit zu verringern. In guten Zeiten könnten die angehäuften Defizite durch verstärkte Sparanstrengungen wieder abgebaut werden. Die zyklischen Schwankungen der Wirtschaft sollen durch diese aktive staatliche Wirtschaftspolitik abgemildert werden.

Menschenbild

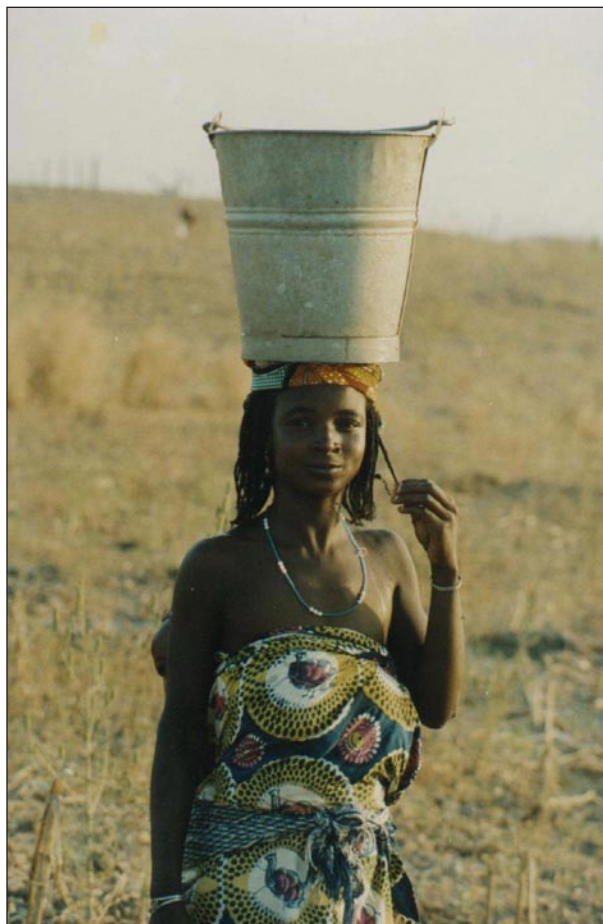
Die Betonung des Marktes weist auch auf das Menschenbild des Neoliberalismus hin. Dadurch wird der Neoliberalismus über die Wirtschaftstheorie hinaus zu einer Sozialphilosophie. In deren Mittelpunkt steht das Individuum, das sein Schicksal selbst in die

Hand nimmt und rational entscheidet (»Maximierung seines Nutzens«), was ihm in seiner Situation den größtmöglichen Vorteil bringt.

Eigennutz und Egoismus erhalten eine zentrale Rolle, was nach Auffassung des Neoliberalismus jedoch nicht nur den Individuen, sondern auch der gesamten Gesellschaft zugute kommt: Nur wenn die Gesellschaft die Freiheit für die Leistungsfähigsten zulässt, gibt es wirtschaftlichen Erfolg und wird Gemeinwohl erreicht. Diejenigen, die mit Tatendrang und starkem Willen, Fleiß und unternehmerischem Geist kämpfen, werden am Ende Erfolg und Reichtum erlangen (SCHLOTZHAUER 2002).

Anders ausgedrückt: Das Versprechen auf Lebensglück und Zufriedenheit, welches für die Akzeptanz einer Ideologie bei den Menschen notwendig ist, wird von der gemeinschaftlichen Ebene auf eine individuelle Ebene gelenkt. Es wird suggeriert, der Mensch müsse sich nur mit allen Kräften bemühen, um schließlich als Sieger hervorzugehen. Das Glücksversprechen bleibt erhalten; es gilt jedoch nicht mehr für die Gesellschaft als Ganzes, sondern wird jedem Einzelnen gegeben, sofern er bereit ist, mit Einsatz und Tatkraft dafür zu kämpfen.

Garoua Fulbe Frau beim Wasserholen
Foto: Matthias Elsermann)



Damit wird der Anschein erweckt, dass jeder Mensch sein eigenes Schicksal in der Hand habe. Ausgeblendet wird hierbei, dass es wie bei jeder Form von Wettkampf nur wenige Sieger, aber umso mehr Verlierer geben kann. Je nach Verlauf des Wettkampfes kann den wenigen jungen, dynamischen und erfolgreichen »Machern« eine großes »Heer der Ausgegrenzten« in Form von Arbeitslosen, schlecht Ausgebildeten, alten, kranken und behinderten Menschen etc. gegenüberstehen, die selbst bei noch so großer Anstrengung de facto keinerlei Chance haben, aus dem Wettkampf als Sieger hervorzugehen. Für Hayek ist dieser Ausgrenzungsprozess unabdingbar (**Fallbeispiel 2**).

3.2.2 Umsetzung neoliberaler Politik durch IWF, Weltbank und Welthandelsorganisation

Seit Anfang der 1980er erlangte die neoliberale Wirtschaftstheorie globale Bedeutung. In den USA und Großbritannien nahmen Ronald Reagan und Margaret Thatcher für sich in Anspruch, in ihren Wirtschaftstreformen die Vorgaben des Neoliberalismus umzusetzen. Binnen weniger Jahre setzten sie zusammen mit den Regierungschefs der führenden Industriestaaten durch, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank ihre wirtschaftspolitische Ausrichtung ebenfalls an neoliberale Wirtschaftstheorien anpassten.

Sie nutzten ihre Dominanz in den Leitungsgremien beider Institutionen, um ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen – die sie zu Hause vielfach nur zu einem Teil konsequent umsetzen konnten – zum weltweiten Maßstab für »gutes« Wirtschaften zu machen. Auch die handelspolitischen Vorgaben für die Mitgliedsländer der 1995 gegründeten Welthandelsorganisation (WTO) bauen auf neoliberalen Vorstellungen auf.⁴

Die Gelegenheit zur weltweiten Durchsetzung der neoliberalen Wirtschaftsdoktrin bot die Schuldenkrise vieler Entwicklungsländer in den 80er Jahren: Hat eine Regierung so hohe Schulden, dass sie ihre Kredite nicht mehr bedienen kann, so ist der IWF der »lender of last resort«, also der letzte mögliche

Kreditgeber, der dieser Regierung noch Geld verleiht. Die Schuldner benötigen die IWF-Kreditprogramme zudem als »Gütesiegel«, ohne das weitere Kredite z.B. bei der Weltbank oder an den internationalen Finanzmärkten nicht aufgenommen werden können.

Diese Kredite werden jedoch erst dann bewilligt, wenn sich die Regierung ihrerseits verpflichtet, eine Reihe wirtschaftspolitischer Maßnahmen in Sinne der neoliberalen Wirtschaftsdoktrin einzuleiten. Erklärtes Ziel des IWF ist, die Länder durch diese Maßnahmen aus der Krise heraus und wieder auf einen Wachstumspfad zu führen.

Joseph Stiglitz, kurz zuvor noch Chefökonom der Weltbank, warf dem IWF vor, durch seine Vorschriften Krisen verschärft zu haben: »Entscheidungen wurden auf der Grundlage einer sonderbaren Mixtur aus Ideologie und schlechter Ökonomie gefasst, eines Dogmas, das manchmal nur hauchdünn eigene Interessen zu verschleiern schien. Wenn Krisen auftraten, verordnete der IWF überholte, ungeeignete »Standardlösungen«, ohne sich um die Auswirkungen auf die Menschen in den Ländern zu scheren, die diese Vorgaben umsetzen sollten. Nirgends sah ich Prognosen darüber, wie sich die IWF-Programme auf die Armut auswirken würden.« (STIGLITZ 2002: 12).

Offiziell wird der Maßnahmenkatalog in Abstimmung mit den jeweiligen Ländern ausgearbeitet. De facto diktiert der Fonds den Ländern jedoch im Rahmen dieser »Absprachen« die durchzuführenden Wirtschaftspolitiken und setzt seine neoliberalen Konzepte durch (HACKENBERG 2004: 89f).

Neoliberale Wirtschaftsreformen aus einem Guss

Nahezu alle armen Länder haben in den letzten 20 Jahren unter Anleitung des IWF tiefgreifende Reformen in weiten Teilen ihrer Finanz-, Währungs- und Wirtschaftspolitik durchführen müssen, die sich negativ auf die Sozialpolitik in den Schuldnerländern auswirkten. Bekannt wurden die Vorgaben des IWF, die diesen Reformen zugrunde lagen, unter dem Namen »Strukturanpassungsprogramme« (SAP). Die einzelnen wirtschaftspolitischen Forderungen der SAPs waren in der Regel immer dieselben. Kulturelle, institutionelle sowie politische Besonderheiten

4 Zur Aufgaben- und Machtverteilung innerhalb der Welthandelsorganisation, des IWF sowie der Weltbank siehe SÜDWIND 2003: 50–58. Details zur Entwicklung der Macht von IWF und Weltbank siehe: Hütz-Adams 2004 und Hackenberg 2004.

Fallbeispiel 2: Soziale Gerechtigkeit und individuelle Freiheit – zwei Seiten derselben Medaille

Der Versuch, über gezielte politische Maßnahmen, d. h. über staatliche Intervention gesamtgesellschaftliche und globale Gerechtigkeit schaffen zu wollen, stößt bei vielen neoliberalen Ökonomen auf Ablehnung. Im rein individuellen Glücksversprechen des Neoliberalismus scheint dieser Weg keine primäre Rolle zu spielen. Nicht »Gemeinwohl«, Verteilungsgerechtigkeit oder der Schutz des Einzelnen vor dem sozialen Ausschluss, sondern vielmehr die Sicherung der Freiheitsrechte des Einzelnen stehen im Vordergrund. Ausschließlich über diese Freiheitsrechte kann nach neoliberaler Vorstellung gesellschaftliches Gemeinwohl erreicht werden. Die Verfolgung sozialer Gerechtigkeitsziele durch Umverteilung lehnen viele Verfechter neoliberaler Theorie als eine Beschneidung individueller Freiheitsrechte ab.

Rawls: Gerechtigkeit als Tugend

Dagegen fordert der liberale amerikanische Philosoph John Rawls seit 1971 in seinem Buch »A Theory of Justice«, dass Gerechtigkeit »erste Tugend sozialer Institutionen« sein soll. Seine bahnbrechenden Erkenntnisse zu Gerechtigkeitsprinzipien sind noch heute Fundament vieler Wirtschaftstheorien: Das Vorhandensein sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit wird in seinen Studien nicht abgestritten, sondern es werden Schranken entworfen, die diese Ungleichheit begrenzen sollen. Durch ein Gedankenexperiment erkennt Rawls, dass die Menschen ein Interesse haben, eine Gesellschaftsordnung zu konstruieren, die sich an den Grundsätzen der »Gerechtigkeit als Fairness« orientiert.

Diese Grundsätze bestimmen,

1. dass soziale und wirtschaftliche Ungleichheit so gestaltet werden muss, dass a) die am wenigsten Begünstigten die bestmöglichen Aussichten haben, sich innerhalb der Gesellschaft zu verbessern und dass b) die Ungleichheit mit Ämtern und Positionen verbunden ist, die jedermann offen stehen.
2. dass jedem Mitglied der Gesellschaft die gleichen Grundfreiheiten zugestanden und garantiert werden müssen. Die Gesellschaftsordnung ist nach Rawls folglich durchlässig und garan-

tiert jedem Mitglied Chancengleichheit. Nur auf diese Weise könnten unmenschliche Ungerechtigkeiten verhindert und eine faire Gesellschaft aufgebaut werden.

In Zeiten der Globalisierung scheinen aber die klassischen Gerechtigkeitstheorien nur unzureichende Antworten auf Fragen die gesellschaftlichen Ausschluss und Ausgrenzung und damit das »Überflüssig-Machen« ganzer Bevölkerungsgruppen und Regionen betreffen, zu geben. Globale Strukturen setzen eine erweiterte Definition von Gerechtigkeit voraus, da sich durch die Globalisierung auch der nationale Rahmen ändert, auf den sich die klassischen Gerechtigkeitstheorien beziehen.

Armatya Sen: Entwicklung als Freiheit

Der indische Nobelpreisträger Armatya Sen entwickelte die Theorien von Rawls in seinem Buch »Development as Freedom« konsequent weiter (SEN 2002). Er versucht, den unterschiedlichen globalen Ausgangsbedingungen Rechnung zu tragen. Seine Schlussfolgerungen stehen dabei ebenfalls im Gegensatz zur neoliberalen Annahme: Die Herstellung sozialer Gerechtigkeit bedeutet laut Sen gerade nicht die Einschränkung individueller Freiheiten. Vielmehr werden die Benachteiligten und Ausgeschlossenen einer Gesellschaft in ihren individuellen Freiheiten gestärkt, ja ist diese überhaupt erst möglich, wenn soziale Gerechtigkeit angestrebt wird. Erreicht werden kann die Gerechtigkeit über die Sicherung der Zugangsrechte (entitlements) zu den vorhandenen Ressourcen (siehe Seite XX). Zudem ist nicht nur der Zugang zu bestimmten Gütern entscheidend. Die Gesellschaft muss allen Mitgliedern außerdem die Möglichkeiten und Befähigung (capability) bieten, mit diesen Gütern tatsächlich etwas erreichen zu können. Zugangsrechte und Befähigung führen dazu, dass jeder die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung erhält und so die Freiheit erlangt, sich selbst weiterzuentwickeln. Soziale Gerechtigkeit und Freiheit sind damit zwei Seiten derselben Medaille, ohne die keine menschliche Entwicklung stattfinden kann.

der betroffenen Staaten wurden und werden konsequent ausgeblendet.

1989 prägte der US-Ökonom John Williamson für diese Politik den Begriff »Washingtoner Konsens«, da sowohl die in Washington beheimateten multilateralen Finanzinstitutionen Internationaler Währungsfonds und Weltbank als auch die US-Regierung und die international operierenden Finanzinstitute diesen konsequent durchsetzten.

Zur den Forderungen des »Washington Consensus« gehören unter anderem:

- Senkung der Staatsausgaben (Haushaltsdisziplin),
- Verlagerung des Schwerpunktes der Ausgaben öffentlicher Haushalte auf die Bereiche Bildung, Gesundheit und Infrastruktur, wohingegen Subventionen gestrichen werden müssen,
- Steuerreformen mit dem Ziel der Erweiterung der Steuerbasis und der Senkung der Steuersätze,
- Erhöhung der Zinsen zur Verhinderung der Kapitalflucht und als Anreiz für Investitionen aus dem Ausland,
- Einführung marktbestimmter freier Wechselkurse, um die einheimische Währung tendenziell abzuwerten und den Export zu fördern,
- Förderung von Auslandsinvestitionen, wodurch der Kapitalzugang und die technologische Entwicklung verbessert werden sollen,
- Deregulierung einheimischer Banken und Finanzmärkte, um einen positiven Kapitalzufluss zu erzielen,
- Liberalisierung des Handels durch die Senkung von Zöllen und die Abschaffung von Importbeschränkungen,
- weitgehende Privatisierung staatlicher Unternehmen und Einrichtungen,
- Stärkung der Eigentumsrechte.

Ende der 1990er reagierte der Internationale Währungsfonds auf die zunehmende weltweite Kritik und veränderte die Vorgaben. Nun sollte auch die Bekämpfung der Armut eine Rolle spielen. Die verordneten Maßnahmen werden seit einigen Jahren »Kredite zur Armutsreduzierung und für Wachstum« (»**P**overty **R**eduction and **G**rowth **F**acility« – PRGF) genannt. Doch im Wesentlichen sind die Vorgaben die gleichen geblieben. Sie werden weiterhin allen Schuldnerländern empfohlen, ohne auf die Besonderheiten der jeweiligen Volkswirtschaften einzugehen.

Ecuador, Friseurladen (Foto: Ulrike Lohr)



3.2.3 Wachstumshoffnungen oft nicht erfüllt

Nach 30 Jahren Strukturanpassungsprogrammen macht sich Ernüchterung breit. Zwar wurde im Rahmen dieser Programme der weltweite Güteraus-tausch vorangetrieben, und vor allem viele Entwick-lungsländer öffneten sich (teils zwangsweise) den globalisierten Märkten. Doch es bleibt umstritten, ob die gesteckten Ziele auch nur annähernd erreicht wurden:

- Außer in Asien wuchs die Wirtschaft in den Ent-wicklungsländern zwischen 1960 und 1980 we-sentlich schneller als in der Folgezeit. In Asien wie-derum wuchs sie dort am schnellsten (Indien, Chi-na), wo keine Strukturanpassungsprogramme um-gesetzt werden mussten (*WEISBROT ET AL 2001*).
- Bis auf wenige Ausnahmen war das Wirtschaftswachstum in den Staaten, in denen Strukturan-passungsprogramme umgesetzt wurden, enttäuschend (*KLASEN 2004: 72*).
- Das weltweite Pro-Kopf-Einkommen stieg zwi-schen 1990 und 2000 langsamer als in den drei vorangegangenen Jahrzehnten (*ILO 2004: 39*).
- Finanzmarktkrisen und die daraus folgenden Wirtschaftskrisen waren in einigen Staaten ein direktes Ergebnis der Vorgabe des IWF, die Finan-zmärkte zu deregulieren (*STIGLITZ 2002*).
- In den meisten Staaten wurden in den 1970er und 1980er Jahren wesentlich schneller soziale Verbesserungen (Lebenserwartung, Gesundheits- und Schulwesen eetc.) erzielt als nach 1990. 21 Staaten verzeichneten seit 1990 sogar Ver-schlechterungen (*VANDEMOORTELE 2004: 5*).
- Die Zahl der Armen ist nur in den Staaten nen-nenswert gesunken (Indien, China), die sich ganz oder zumindest weitestgehend nicht dem neoli-beralen Wirtschaftsdogma beugten. In den ande-ren Regionen stieg sie sogar an (siehe Kapitel 2.2.1.).
- Die sozialen wie ökonomischen Langzeitfolgen etwa der vom IWF in vielen Staaten verordneten Einführung von Gebühren im Schul- und Gesund-heitswesen waren für die Armen verheerend.

Der letzte Punkt zeigt exemplarisch, dass die kurz-fristigen Maßnahmen zur Stabilisierung einer krisen-geschüttelten Wirtschaft langfristig auf die anderen Punkte zurückwirken. Obwohl mittlerweile in vielen Studien nachgewiesen wurde, dass Schulbildung eine wichtige Voraussetzung für Wirtschaftswachstum

ist sowie die Chance, der Armut zu entkommen, deutlich verbessert (*MATZ 2002, DATT/RAVALLION 2002*), verhindert die Strukturanpassungspolitik in vielen Staaten den Schulbesuch armer Kinder, weil dort Schulgebühren eingeführt werden mussten.

Welche Auswirkungen dies hat, zeigt sich am Bei-spiel Sambia: Nach der Abschaffung des Schulgel-des im Jahr 2002 drängten hunderttausende Kinder zusätzlich in die überfüllten Grundschulen. Schät-zungen zufolge sind 9000 Lehrerstellen unbesetzt und das vorhandene Lehrpersonal unterbezahlt. Da-her werden in vielen Regionen Klassen von mehr als 100 Kindern in Schichten unterrichtet, und die Un-terrichtsqualität sinkt.

Dennoch durfte die sambische Regierung weder Löhne erhöhen noch neue Lehrer einstellen, da sie sonst die Vorgaben des IWF durch ein zu hohes Haushaltsdefizit verletzt hätte – und damit die Qua-lifikation für einen Schuldenerlass nicht schaffen könnte: »Der Internationale Währungsfond IWF hat Länder wie Sambia vor eine verrückte Wahl gestellt. Entweder sie qualifizieren sich für einen Schuldener-las oder sie stellen dringend benötigtes Personal in Schulen und Krankenhäusern ein. Beides geht nicht.« (*FRY/JELLEMMA/LAWSON 2005: 28*).

»In seinem Bericht vom Juli 2004 gratuliert der IWF der sambischen Regierung für ihre Standfestigkeit in der Lohnfrage, ‚wodurch mehr Raum für prioritäre Ausgaben geschaf-fen‘ worden sei. Er stellt fest: ‚Die ersten Ergeb-nisse der fiskalpolitischen Umsetzung waren positiv.‘ Es ist ein Aberwitz: Die Entlohnung von Primarschullehrern gehört nicht zu den ‚prioritären Ausgaben‘, und dass 9.000 Leh-rinnen und Lehrer auf der Straße sitzen, wird als ‚positives Ergebnis‘ der Fiskalpolitik gewer-tet.« (*FRY/JELLEMMA/LAWSON 2005: 28–29*).

Ähnliche Entwicklungen gab es auch in anderen Staaten. Vor diesem Hintergrund mutet es zynisch an, wie der Internationale Währungsfonds Mitte 2005 die Bedeutung der Bildung für die Entwick-lung und das Wachstum armer Staaten zum Schwer-punkt einer seiner Publikationen macht: Auf der Ti-telseite sät ein Bauer Bücher in einen sprießenden Acker, in der Unterzeile des Titels heißt es: »Wie In-vestitionen in Bildung Entwicklung vorantreiben« – und kein einziger Artikel des Heftes geht auf die ver-heerenden Folgen der Strukturanpassungsprogram-me für das Bildungswesen der betroffenen Staaten ein (*INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS 2005*).

3.3 Wachstum, Ungleichheit und Armut

In der Entwicklungstheorie wurde über Jahrzehnte kontrovers diskutiert, welcher Zusammenhang zwischen der Ungleichheit von Einkommen und Besitz sowie Wirtschaftswachstum besteht. Lange Zeit galt der Grundsatz, steigende Ungleichheit sei bei wachsender Wirtschaft unvermeidbar oder sogar positiv. Mittlerweile ist dieser Ansatz widerlegt. Die komplexen Zusammenhänge werden wesentlich differenzierter betrachtet.

3.3.1 Kuznets und Trickle-Down

Großen Einfluss auf die Diskussionen hatten die Forschungen von Simon Kuznets. Dieser stellte bereits in den 1950er Jahren einen Zusammenhang zwischen Einkommensverteilung und Wirtschaftswachstum her: Die Einkommensverteilung unterliegt nach Kuznets im Entwicklungsprozess einem Wandel. So steige zu Beginn des Entwicklungsprozesses notwendigerweise die Ungleichheit in der Bevölkerung an, nehme aber im weiteren Verlauf wieder ab.

Kritiker von Kuznets Theorie führen an, dass die empirischen Daten, die seiner Analyse zugrunde lagen, vor allem aus den Entwicklungsprozessen reicher Nationen wie den USA, Großbritannien und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert stammen und damit der heutigen Entwicklung ärmerer Länder mit ihren hohen Kolonialhypotheken und weitgehend anderen sozialen wie auch wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht gerecht werden (MORAZÁN 2005).

Dennoch bauten die Befürworter neoliberaler Wirtschaftsvorgaben auf den Ansatz auf. Dabei und ist ihnen bewusst, dass oftmals ein Teil der Bevölkerung stärker vom erhofften Wirtschaftswachstum profitiert als andere Gruppen. Die steigende Ungleichheit wird jedoch nicht als negativ angesehen: Der zunehmende Wohlstand eines Teils der Bevölkerung soll dazu führen, dass die reicher werdenden Menschen Investitionen tätigen und ihren Konsum steigern. Auf diese Weise, so die Annahme, wird ein Teil des neuen Reichtums zu den Armen »durchsickern«. Dieser »Durchsickereffekt« wird als »Trickle-Down-Theorie« bezeichnet.

5 Deininger/Lyn 1996. Eine Zusammenfassung des Forschungsstandes findet sich in Kakwani/Khandker/Son 2004: 1–3, Lopez 2004, Klasen 2004: 66–67 sowie Ravallion 2005. Dort werden die Ergebnisse dutzender Studien miteinander verglichen.

Studien widerlegen Ansätze

In der Entwicklungspolitik kam es seit dem Aufkommen der Trickle-Down-Theorie zu kontroversen Diskussionen über die Frage, ob zunehmender Reichtum einzelner Gruppen tatsächlich die Armen erreicht. Mittlerweile belegt eine ganze Reihe empirischer Studien, dass es keinen zwangsläufigen Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wirtschaftswachstum gibt.⁵ Im Gegenteil: Hohe Ungleichheit kann dazu führen, dass erst gar kein Wachstum zustande kommt (KLASEN 2004: 67). Dies zeigt, dass Wirtschaftswachstum allein noch nicht zu einer Reduzierung der Armut führen muss.

3.3.2 Welche Wirkungen hat Wirtschaftswachstum?

Die Aussage, dass die Wirtschaft in einem Land gewachsen sei, sagt für sich alleine noch sehr wenig über die konkrete Lebenssituation der Menschen in diesem Land aus. Es ist möglich, dass das Bruttoinlandsprodukt in einem Land anwächst, ohne dass die Masse der Menschen davon profitiert und ohne dass eine wirksame Armutsbekämpfung stattfindet. Wachstum kann sich auf die verschiedenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unterschiedlich auswirken.

Ungleichheit des Besitzes

Setzt man voraus, dass der Ertrag des Wirtschaftswachstums zwischen den Menschen eines Landes gleichmäßig verteilt wird, so steigt bei steigendem Bruttoinlandsprodukt auch das Einkommen pro Kopf der Bevölkerung und die Armut wird sinken.

Gehört jedoch ein großer Teil des landwirtschaftlich nutzbaren Landes und/oder der Fabriken einigen wenigen Familien und lebt gleichzeitig die große Mehrheit der Menschen in Armut, so ist es möglich, dass Wirtschaftswachstum weitgehend ohne Auswirkungen für die Armen stattfindet. Verbleiben die durch Wachstum erzielten Einnahmen und Gewinne der zusätzlichen Güterproduktion in den Händen einer kleinen Gruppe materiell Gutgestellter, dann kann auch ein jahrelanges Wirtschaftswachs-

tum an der Masse der Bevölkerung vollkommen vorbei gehen. Das Wirtschaftswachstum führt in diesem Fall zu einem Anstieg des Vermögens der Reichen und zu einer Zunahme der Ungleichheit in einem Land.

Umgekehrt kann es sein, dass die Wirtschaft gar nicht oder nur sehr langsam wächst, doch durch staatliche Regelungen, z.B. durch Umverteilung von Land oder durch eine gezielte Erhebung und Verwendung von Steuern, die Lebenssituation der armen Bevölkerungsschichten deutlich verbessert wird.

Beschäftigung

Wachstum kann dazu führen, dass zuvor Arbeitslose neue Beschäftigungsmöglichkeiten finden. Bei Änderungen in der Produktion hin zu arbeitsintensiven Gütern kann es sogar zu Mehrbeschäftigung kommen, ohne dass die Wirtschaft wächst. In beiden Fällen werden Arbeitsplätze geschaffen und die Armut verringert.

Es ist aber auch möglich, dass beispielsweise durch den Einsatz neuer Maschinen in der Landwirtschaft und in Fabriken die Menge an produzierten Gütern und damit die Wirtschaft deutlich wächst, zugleich jedoch durch den technologischen Fortschritt viele Arbeitsplätze wegrationalisiert werden.

Umwelt

Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes kann zu Lasten einer nachhaltigen Entwicklung vorangetrieben werden. Verfügt ein Land beispielsweise über große Wälder, können die schnelle Abholzung und der Export der Bäume rechnerisch gesehen zu einem starken Wirtschaftswachstum führen. Dies gilt auch dann, wenn dieser Boom nur von kurzer Dauer ist und bleibende ökologische Schäden in wenigen Jahren zu massiver Beeinträchtigung des Lebens der Menschen führen. Gerade die Armen sind von Umweltschäden wie Überschwemmungen und Wirbelstürmen infolge des Klimawandels, der Ausbreitung von Wüsten, der Verseuchung der Böden durch Industrieabfälle oder der Verschmutzung von Flüssen und Brunnen besonders stark betroffen.

Andererseits kann der nachhaltige Abbau von Rohstoffen oder die Nutzung von natürlichen Ressourcen der Ausgangspunkt für ein Wachstum im Dienste der Armen sein.

Bevölkerungswachstum

Teilt man das BIP durch die Zahl der Einwohner des erfassten Landes, erhält man das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung. Hier zeigt sich erneut ein Problem bei der Bewertung von Wachstumsszahlen: Verzeichnet ein Staat ein Wirtschaftswachstum von 2 Prozent und steigt die Bevölkerung im gleichen Zeitraum um 2,5 Prozent, so verfügen die Menschen trotz der Steigerung des BIP nach einem Jahr durchschnittlich über weniger Geld als zuvor.

Umgekehrt kann den Menschen eines Landes bei konstanter oder gar sinkender Bevölkerungszahl selbst mit sehr geringem oder gar keinem Wirtschaftswachstum nach 12 Monaten mehr Geld pro Kopf zur Verfügung stehen.

Die Liste der Wechselwirkungen von Wirtschaftswachstum und anderen wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ließe sich noch weiter fortsetzen. Die hier skizzierten Rahmenbedingungen: Arbeit, Kapital, Technologie und Umwelt sind jedoch die wichtigsten. Sie zeigen auf, wie vielschichtig der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung ist und wie wenig absolute Wachstumszahlen über die Verbesserung der Lebenssituation der Armen aussagen. Dennoch stand die Förderung von Wirtschaftswachstum in den letzten 30 Jahren im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik vieler Staaten und internationaler Institutionen.

3.3.3 Wachstum ist mehr als zusätzliches Geld

Der rein monetäre Wachstumsbegriff bleibt in vielen Punkten sehr umstritten. Doch sind insbesondere die ökologischen Grenzen des Wachstums sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern offensichtlich. Solange beispielsweise bei der Berechnung des Bruttosozialproduktes die ökologischen Kosten des Wirtschaftens nicht berücksichtigt werden – darunter die Zerstörung der Wälder, die Verschmutzung der Luft, des Wassers und Bodens –, bleibt der Widerspruch zwischen Wachstum und Natur unlösbar. Diese Berechnung müsste zudem im globalen Maßstab erfolgen, da die Folgen der Naturzerstörung nicht an Grenzen haltmachen (*WUPPERTAL INSTITUT 2005*).

Darüber hinaus gibt es weitere Faktoren, die bei der Entwicklung eines befriedigenderen Maßstabes

für Wachstum einbezogen werden könnten. Dazu gehören:

- Ungleichgewichte in der Verteilung von Einkommen und Wohlstand,
- Arbeitslosigkeit oder Löhne, die nicht zum Überleben ausreichen,
- Lebenserwartung, Gesundheit, Schulbildung, Verfügbarkeit von sauberem Wasser,
- Krieg und Kriegsbedrohung,
- Kriminalität und Korruption,
- Verringerung natürlicher Ressourcen,
- der Wert der Haushaltsarbeit,
- der Wert ehrenamtlicher Arbeit

um nur einige zu nennen. Ohne die Berücksichtigung dieser Faktoren bleibt die Berechnung des BIP unvollständig und damit ein unvollkommener Maßstab für Wachstum und Wohlstand.

3.4 Wachstum zu Gunsten der Armen

In den letzten Jahren ist eine Flut von Aufsätzen erschienen, die sich mit der Frage beschäftigen, wie Wirtschaftswachstum so gestaltet werden kann, dass es den Armen dient. Wer den Fachbegriff »Pro-Poor Growth« (»Wachstum zu Gunsten der Armen«) im Sommer 2005 in die Internetsuchmaschine Google eingab, dem wurden mehr als 40.000 Treffer angeboten. Schon die Frage, was der Begriff konkret meint, wird in vielen Aufsätzen kontrovers diskutiert. Wie den Armen tatsächlich durch Wirtschaftswachstum geholfen werden könnte, ist noch umstrittener. Bedeutsam ist jedoch, dass sich hier eine Abkehr vom lange vorherrschenden neoliberalen Wirtschaftsmodell abzeichnet.

komplizierter gemacht, da nun entschieden werden müsse, ob ein stärkeres Wachstum oder die Reduzierung der Armut im Vordergrund der Anstrengungen stehen soll (LOPEZ 2004: 2).

Dieser »kompliziertere« Ansatz bedeutet letztendlich nichts anderes, als dass die Frage der Armutsreduzierung in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik gestellt wird. Wie weit die Weltbank und vor allem der Internationale Währungsfonds dazu bereit sind, wird sich erweisen. In den vergangenen Jahren hat sich wiederholt gezeigt, dass neue Erkenntnisse und selbst die Ergebnisse eigener Studien nicht zu einer grundlegenden Veränderung der politischen Vorgänge geführt haben (KLASEN 2004: 84).

3.4.1 »Auf der Suche nach dem heiligen Gral«⁶: Was ist ein Wachstum zu unsten der Armen?

Seit einigen Jahren erweitert sich die wissenschaftliche Fachliteratur kontinuierlich um Beiträge, die das neoliberale Wachstumsmodell in Frage stellen: Das geschlossene Weltbild gerät ins Wanken.

Ein Ökonom der Weltbank stellte in einem Forschungsüberblick fest, nicht mehr das Wachstum, sondern die Armut stehe nun zunehmend im Mittelpunkt der Forschung und der angewandten Politik. Die Frage danach, wie sich Wachstum auf die Armut auswirke, habe die Dinge allerdings auch wesentlich

Internationaler Währungsfonds und Weltbank verordneten in den 1980er und 1990er Jahren Strukturanpassungsprogramme, deren Grundlagen in allen Staaten nahezu gleich sind. Ziel war wirtschaftliche Stabilität und Reduzierung der Armut. Heute stellt die Weltbank fest, es müssten von Land zu Land die genauen Ausgangsbedingungen analysiert werden, um die notwendigen Maßnahmen festzulegen. Viele der Analysen müssten noch gemacht werden (WORLD BANK 2005A: 10–11 UND 77–78). Wenn diese Analysen tatsächlich fehlen, stellt sich die Frage, auf welcher Basis IWF und Weltbank zuvor gehandelt haben.

Zweifel an einem radikalen Umdenken wecken auch Ökonomen aus dem Umfeld der Weltbank. Diese betonen weiterhin, jede Art von Wirtschaftswachstum sei gut für die Armen. Eingeräumt wird allerdings, dass gesichert werden muss, dass die Ar-

6 So der Titel einer Studie des Göttinger Wirtschaftsprofessors Stephan Klasen über die Frage, wie Wachstum zu Gunsten der Armen erreicht werden könnte (Klasen 2004).

Fallbeispiel 3: Uganda – Wachstum ohne die Armen?

Der ostafrikanische Staat Uganda hat 26 Millionen Einwohner und gehört zu den ärmsten Staaten der Welt. Fast die Hälfte der Einwohner Ugandas lebt von einem Einkommen, das unterhalb der nationalen Armutsgrenze liegt. Rund 90 Prozent der armen Haushalte liegen im ländlichen Raum. Für die Ausarbeitung einer Strategie zur wirksamen Reduzierung der Armut muss daher der Agrarbereich im Mittelpunkt stehen, in dem rund 80 Prozent der Menschen in Uganda arbeiten (*WORLD BANK 2005A: 11*).

Musterland des IWF

In den 1970er und 80er Jahren erschütterten Bürgerkriege das Land. Nach dem weitgehenden Ende der Kämpfe (1986) – im Norden agieren noch Untergrundbanden – wuchs die Wirtschaft des kriegszerstörten Landes in den 1990er Jahren mit 6,3 Prozent pro Jahr.

Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) führen das Wachstum auf die von ihnen durchgesetzten Wirtschaftsreformen zurück: Staatsbetriebe wurden privatisiert, Ausgaben gekürzt, der Außenhandel liberalisiert, der Anbau von Exportprodukten gefördert, Gebühren im Schul- und Gesundheitswesen eingeführt. Uganda gilt als Musterland. Dennoch mussten dem hoch verschuldeten Land mehrfach Schulden erlassen werden, da es sonst vor dem Bankrott gestanden hätte – und bald können die Schulden erneut nicht mehr bedient werden.

Andere Beobachter führen dagegen an, dass trotz der Reformen nur wenige Investitionen aus dem Ausland geflossen sind. Diese bestanden zum Teil sogar nur aus spekulativen Anleihen in die ugandische Währung und schufen so keine Arbeitsplätze, sondern destabilisierten die Wirtschaft. Der größte Teil des eigentlichen Wirtschaftswachstums Ugandas ist durch Entwicklungshilfezahlungen getragen worden (*OKIDI ET AL 2004: 18, 39f, 47*).

Unklar bleibt auch, wie hoch der Beitrag zum Wirtschaftswachstum ist, den der Handel mit den von ugandischen Soldaten und Geschäftsleuten während der Beteiligung am Krieg im Nachbarland DR Kongo in den Jahren zwischen 1998 und 2003 erbeuteten Rohstoffe beisteuerte (*HÜTZ-ADAMS 2003: 32-34*).

1990er Jahre:

Wirtschaftswachstum reduzierte Armut

In den 1990er Jahren sank die Zahl der Armen in Uganda von 52 Prozent (1992) auf 34 Prozent (2000) der Bevölkerung. Den größten Anteil an dieser Reduzierung hatte mit rund 70 Prozent der Teil der Land-

wirtschaft, der für den heimischen Markt produzierte, nicht der Exportsektor (*OKIDI ET. AL. 2004: 20 UND 31*).

Die ugandische Regierung verkündete im Juni 1997 einen in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft entstandenen »Plan zur Ausrottung der Armut«. Die danach vollzogene Abschaffung der Schulgebühren sowie der Gebühren im Gesundheitswesen brachte – jenseits aller Diskussion über Wirtschaftswachstumsraten – eine deutliche Verbesserung der Situation der Armen mit sich (*KAPPEL/LAY/STEINER 2004: 93*).

Ab 2000: Nur die Reichen profitieren

Trotz eines Wirtschaftswachstums von 4-5 Prozent stieg der Anteil der Armen zwischen 2000 und 2003 auf 38 Prozent der Bevölkerung: Von diesem Wachstum profitierte nur noch das reichste Fünftel der Gesellschaft, dessen Einkommen in diesem Zeitraum um 9 Prozent anstieg, während das der Armen sank. Die zuvor leicht gesunkene Ungleichheit zwischen den reichsten und ärmsten Bevölkerungsgruppen stieg deutlich an (*OKIDI ET. AL. 2004: 10 UND 20*).

Uganda wurde somit zu einem Beispiel dafür, dass Armut und Wirtschaft gleichzeitig wachsen können. Um ein Wirtschaftswachstum nicht nur zu beschleunigen, sondern auch noch dafür zu sorgen, dass dieses den Armen zugute kommt, müssten in folgenden Bereichen Verbesserungen erzielt werden:

- Modernere Anbaumethoden, besseres Saatgut und Dünger sind in weiten Teilen des Landes weder bekannt noch verfügbar, da sich aufgrund der dünnen Besiedlung der Vertrieb über privatwirtschaftliche Firmen oft nicht lohnt. Hier müsste der Staat einspringen.
- Das unzureichende Straßennetz und Transportwesen schneiden die Bauern von den Märkten ab.
- Die Armen haben kaum Zugang zu Krediten.
- Das Bildungssystem und das Gesundheitswesen müssten deutlich verbessert werden.
- Nur wenige Menschen haben Zugang zu Strom.
- Die Verwaltung muss reformiert und die Korruption bekämpft werden.

Doch woher soll das Geld für diese Maßnahmen kommen? Die Perspektiven für die Menschen in Uganda sind eher schlecht: Sie produzieren entweder Produkte für den heimischen Markt, auf dem arme Menschen einkaufen, oder Agrarprodukte für den Export, die es auf dem Weltmarkt bereits im Überfluss gibt.

men vom Wachstum profitieren (*RAVALLION 2004 UND 2005, WORLD BANK 2005A:19*).

Auch wenn die Aussage richtig ist, dass Wirtschaftswachstum in der Regel die Armut reduziert, reicht diese Tatsache allein noch nicht aus, eine Wachstumsstrategie als »zu Gunsten der Armen« zu definieren. Ansonsten wäre auch eine Wirtschaftspolitik als armutsverringend zu befürworten, bei der die Reichen um 100 Prozent und die Armen um 0,1 Prozent reicher würden.

Ein echtes »Wachstum zu Gunsten der Armen« findet jedoch nur dann statt, wenn die Armen einen proportional größeren Anteil der Wachstumserfolge erhalten als die Reichen (*KAKWANI/PERNIA 2000, KAKWANI/KHANDKER/SON 2004*). Alles andere ist lediglich »Wachstum«, das im Sinne des Trickle-Down-Effektes nur indirekt und in vielen Fällen zu einem geringen Teil auch den Armen zugute kommt.

Wachstum allein reicht nicht

Eine Studie der Vereinten Nationen über die soziale Lage in der Welt betont, dass neben Einkommen auch die Einkommensverteilung, die Verteilung von Besitz, soziale Dienstleistungen sowie der Zugang zu Märkten und Informationen bedeutsam sind (UN 2005: 1). Jeder Ansatz, der die Lebenssituation der Armen im Blick hat, muss diese Bereiche mit berücksichtigen.

3.4.2 Unterschiedliches Wachstum in Uganda, Honduras, China, Indien, Südkorea

Die dringende Notwendigkeit einer umfassenderen Definition eines »Wachstums zu Gunsten der Armen« belegt die Betrachtung der Entwicklung in einigen Beispielländern: Im Widerspruch zur neoliberalen Wirtschaftstheorie hat sich gezeigt, dass der Zusammenhang zwischen Wachstum der Wirtschaft und einer Verbesserung der Situation der Armen je nach Land sehr unterschiedlich sein kann – oder dass es ihn gar nicht gibt, da andere Komponenten wichtiger sind als das reine Wachstum.

Uganda: Arme verlieren

Die Wirtschaft Ugandas wuchs in den 1990er Jahren schnell und die Zahl der Armen sank. Das Land wurde vom Internationalen Währungsfonds (IWF)

als Musterbeispiel einer erfolgreichen Liberalisierung der Wirtschaft angeführt. Seit 2000 wächst die Wirtschaft zwar weiter, doch die Zahl der Armen ist wieder deutlich gestiegen und nur noch eine kleine Oberschicht wird immer reicher.

Dennoch gab es soziale Fortschritte für die arme Bevölkerung: Durch die Aufhebung der auf Verlangen des IWF eingeführten Gebühren im Schul- und Gesundheitswesen wurde ihre Lebenssituation deutlich verbessert (**Fallbeispiel 3**).

Honduras: Arme ohne Land

Der hoch verschuldete mittelamerikanische Staat ist geprägt durch Großgrundbesitz und eine hohe Abhängigkeit von den Exportprodukten Kaffee und Bananen. Landreformen wurden im Rahmen der vom IWF verordneten Strukturanpassungsmaßnahmen Anfang der 1990er Jahre gestoppt. Zudem wurden freie Exportzonen eingerichtet, deren Erfolge allerdings begrenzt sind. Dennoch verbesserte sich die wirtschaftliche Lage nicht. Ein verbreiteterer Zugang zu Land könnte die Armut deutlich lindern (**Fallbeispiel 4**).

China: Arme profitieren nicht mehr

Kein Land der Erde hat in den vergangenen beiden Jahrzehnten die Zahl der Armen so drastisch reduziert wie die Volksrepublik China. Dies ist umso bemerkenswerter, als noch 1981 Chinas Anteil der absolut Armen an der Gesamtbevölkerung nur von vier Staaten übertroffen wurde (Kambodscha, Burkina Faso, Mali und Uganda) (*RAVALLION 2005: 17*). Zwar ist derzeit umstritten, ob der Anteil der Armen tatsächlich wie von den Weltbank-Statistikern geschätzt von rund 64 Prozent auf rund 17 Prozent sank oder doch »nur« auf rund 30 Prozent.⁷ Fest steht jedoch, dass es große Fortschritte für die Armen gegeben hat.

Allerdings fällt auf, dass selbst nach optimistischen Angaben der Weltbank der Anteil der Armen seit Mitte der 1990er Jahre nicht mehr weiter sinkt. Statt dessen ist die Ungleichheit der Einkommen deutlich gestiegen: Die Reichen werden schnell reicher, die Armen profitieren nicht mehr vom Wirtschaftswachstum. Die steigende Ungleichheit verhindert somit, dass das Wirtschaftswachstum sich zu Gunsten der Armen auswirkt (*RAVALLION 2005: 23*). Wie massiv diese Entwicklung ist, zeigt sich daran, dass inzwischen 0,16 Prozent der Bevölkerung über 65 Prozent der Bankeinlagen in China verfügen (*UN 2004: 5*).

Fallbeispiel 4: Honduras – Landreform könnte Armut lindern

Der mittelamerikanische Staat Honduras hat ca. 6 Millionen Einwohner und gehört zu den ärmsten Staaten Mittel- und Südamerikas. Rund zwei Drittel der Honduraner leben mit einem Einkommen, das unterhalb der nationalen Armutsgrenze liegt; ein Fünftel der Menschen ist unterernährt; viele sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. Land und Einkommen sind ungleich verteilt: Die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung verfügten 1999 über ein 49-mal höheres Einkommen als die ärmsten 10 Prozent (UNDP 2004: 190).

Ungerechte Landverteilung und der IWF

Großgrundbesitz verbunden mit der hohen Abhängigkeit von den Exportprodukten Kaffee und Bananen bestimmen die Wirtschaft in Honduras. Zwar gab es 1962 einen zaghaften Prozess der Landverteilung: Rund 66.000 Kleinbauern erhielten durchschnittlich 5,7 Hektar, was insgesamt etwa 10 Prozent des gesamten Farmlandes entsprach. Doch wer Land bekommt, braucht Beratung und Geld, um Saatgut und andere Dinge zu kaufen. Hier versagte die Politik und viele Begünstigte der Landreform verloren ihr Land wieder.

Seit 1991 führt das hochverschuldete Honduras auf Verlangen des Internationalen Währungsfonds sogenannte Strukturanpassungsprogramme durch. Staatsbetriebe wurden privatisiert, Ausgaben gekürzt, der Außenhandel liberalisiert. Zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ist es jedoch nicht gekommen: Das Wirtschaftswachstum pro Kopf der Bevölkerung lag zwischen 1992 und 2002 durchschnittlich bei nur 0,3 Prozent.

Zu den Strukturanpassungsmaßnahmen gehörte ein »Modernisierungsgesetz« (1992) im Agrarsektor, das die Landreform stoppte und da vor allem die exportorientierten Großgrundbesitzer gefördert werden sollten.

Ende der 90er Jahre waren 75 Prozent aller Farmen in Honduras kleiner als 6 Hektar und damit zu klein, die Grundbedürfnisse einer Familie zu decken. Die Kleinbesitzer verfügten nur über rund 16 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche, während 6 Prozent der Landwirte am anderen Ende der Skala mehr als 60 Prozent des Landes besaßen. Verschlechtert wurde die Situation der kleinen Landwirte noch durch die starken Schwankungen des Kaffeepreises, der 2002 ein Rekordtief erreichte, so-

wie durch den weitgehenden Zusammenbruch des ländlichen Kreditsystems.

Die Krise in der honduranischen Landwirtschaft konnte durch den Aufbau von freien Exportzonen nicht nachhaltig abgefedert werden. Zwar stieg der Exportanteil verarbeiteter Produkte, und hier vor allem von Bekleidung, von 0 Prozent (1990) auf 28,8 Prozent (2000), doch dieses Wachstum wurde mit einer äußerst schlechten Arbeits- und Lohnsituation erkauft. Die wenigen Fortschritte sind derzeit bedroht, da weltweite Handelsverträge im Textilbereich verändert wurden (**Fallbeispiel 1**). Billigprodukte aus China und Indien machen den Produkten aus Honduras auf dem amerikanischen Markt starke Konkurrenz. Es wird die Schließung vieler Fabriken befürchtet.

Landverteilung erforderlich

Eine dauerhaft wirkende Wachstumsstrategie zu Gunsten der Armen in einem Agrarland wie Honduras muss für die Bauern den Zugang zu Land zu verbessern. Dies kann über eine neuerliche Landreform sowie eine Festschreibung von Besitztiteln geschehen. Dabei sollten marginalisierte ethnische Gruppen und Kleinbauern bevorzugt werden, die bereits zuvor ungenutztes Land besetzt halten und bewirtschaften: Nutzungsrechte über Besitztitel zu legitimieren schafft Rechtssicherheit und ebnet den Weg zu mehr Kapital durch die Aufnahme von Krediten.

Um das Land bewirtschaften zu können, müssen günstige Kredite bereitgestellt werden, z.B. durch spezielle Kreditgenossenschaften und Mikrokreditprogramme mit niedrigen Zinsraten. Der Zugang zu solchen Krediten muss auch bei geringen Sicherheiten gegeben sein. Aber auch geeignete Vermarktungsstrukturen sind wichtig, wenn die Produktion über den Eigenbedarf hinaus ausgeweitet werden soll.

Darüber hinaus muss es einige institutionelle Veränderungen in der honduranischen Politik geben, die von Korruption und Klientelismus geprägt ist. Die Vorherrschaft von Großgrundbesitzern, dem Finanzsektor und einer korrupten Staatselite muss gebrochen werden, um eine Demokratisierung einzuleiten sowie Beteiligungsformen der Zivilgesellschaft an den Entscheidungen zu ermöglichen. Nur so können die Voraussetzungen für Wachstum zugunsten der Armen geschaffen werden.

(QUELLE: MORAZÁN 2005)

Indien: Arme profitieren von weniger Wachstum

Auch in Indien profitierten die Armen weniger vom Wirtschaftswachstum der 1990er Jahre als die reicheren Bevölkerungsgruppen, wobei der Abstand allerdings bei weitem nicht so stark war wie in China (RAVALLION 2004: 26). Auffallend ist, dass die Armut der Landbevölkerung in den Bundesstaaten Kerala und West Bengalen nach einer umfangreichen Landverteilung an besitzlose Bauern stark abnahm – und dies, obwohl dort die Wirtschaft langsamer wuchs als in Regionen ohne Landreform.

Auch ein restriktives Bankgesetz, das die Unternehmen zwischen 1977 und 1990 zwang, Banken auf dem Land zu eröffnen, kann zwar als massives Wachstumshindernis im Finanzsektor gesehen werden – und wurde deshalb im Zuge neoliberal orientierter Wirtschaftsreformen abgeschafft – doch es half mit, die Armut im ländlichen Raum deutlich zu reduzieren (Fallbeispiel 5).

Indiens Beschäftigungsprogramm

Die indische Regierung hat Mitte 2005 beschlossen, aus jeder als absolut arm eingestuften Familie einer

7 Chen/Ravallion 2004: 32 errechneten die Angaben für die Weltbank, die nahezu in der gesamten Literatur zitiert werden, Grinspun 2005 fasst den kritischen Ansatz zusammen. Details siehe Kapitel 2.2.2.

Person 100 Tage im Jahr eine Arbeit zu geben. Gegen einen Mindestlohn sollen diese neuen Beschäftigten Bodenerosion bekämpfen, Land regenerieren, und ähnliche für das Allgemeinwohl wichtige Aufgaben übernehmen. Dies soll nicht nur zu einer kurzfristigen Verbesserung der Einkommen der Familien führen, sondern indirekt auch zu höheren Einschulungsraten der Kinder und zu mehr Konsum durch die Armen. Die Kosten des Projektes werden zu Beginn auf ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes geschätzt, sollen jedoch durch die sinkende Zahl der Armen Jahr für Jahr geringer werden. Zudem sollen mittelfristig durch ein höheres Wirtschaftswachstum und damit steigende Steuereinnahmen die Kosten weiter reduziert werden.

Südkorea: Arme profitierten überdurchschnittlich

Zwischen 1990 und 1997 wuchs die südkoreanische Wirtschaft sehr schnell. Die Zahl der Armen sank in dieser Zeit von 40 Prozent auf rund 9 Prozent. Auffällig ist, dass die Einkommen der Armen zeitweise deutlich schneller wuchsen als die Gesamtwirtschaft: Das Wachstum bevorzugte somit die Armen und die Ungleichheit im Land sank. Erst durch die Asienkrise 1998 und den folgenden Zusammenbruch von Teilen der Wirtschaft stieg die Zahl der Armen wieder

Bilene, Mosambik, Boot zum Transport von Menschen und Gütern (Foto: Santos Finiosse/AIM/96)



Fallbeispiel 5: Indien – Staatsinterventionen senken Armut

Der südasiatische Staat Indien hat rund eine Milliarde Einwohner und gehört zu den ärmsten Ländern der Welt. Rund 34 Prozent der Inder verfügten Ende der 1990er Jahre über ein Einkommen, das unterhalb der nationalen Armutsgrenze lag. Damit lebt fast ein Drittel der weltweit als arm bezeichneten Menschen auf dem indischen Subkontinent.

Gründe für die Armutsreduzierung

Die relativ eigenständigen Bundesländer Indiens haben mit stark unterschiedlichen Ergebnissen versucht, die Armut zu senken. Während es in einigen Regionen große Fortschritte gab, tat sich in anderen wenig. Noch in den 1960er Jahren hatten beispielsweise die Bundesstaaten Kerala und Bihar nahezu gleich hohe Armutsraten. Heute ist der Anteil der Armen an der Bevölkerung in Kerala weniger als halb so groß wie in Bihar (*DATT/RAVALLION 2002: 11*).

Wirtschaftswachstum erwies sich in den erfolgreichen Bundesstaaten als nur ein Element unter mehreren. Weitere entscheidende Bausteine waren:

- **Landverteilung und Landrechte:** In den Bundesstaaten Kerala und West Bengalen wurde in großem Umfang Land an besitzlose Bauern verteilt oder mit gesetzlichen Bestimmungen dafür gesorgt, dass Landwirte sichere Landtitel erhielten. Beide Maßnahmen sorgten dafür, dass die Armut der Landbevölkerung wesentlich stärker abnahm als in anderen Landesteilen Indiens. Die Wirtschaft der Bundesländer, in denen Landreformen stattfanden, wuchs langsamer als in Regionen ohne Landreform. Dennoch war die Verteilung von Land eine der Hauptursachen für die Reduzierung von Armut (*BESLEY/BURGESS/ESTEVE-VOLART 2004: 17–18, 25–27, 36*).
- **Zugang zu Krediten:** Zwischen 1977 und 1990 erlaubte ein landesweites Gesetz den Banken nur dann die Eröffnung einer Filiale in einer Stadt, in der es bereits Banken gab, wenn sie zusätzlich vier Banken in noch nicht versorgten ländlichen Gebieten gründeten. In vielen Regionen standen erstmals Kredite zur Verfügung, die nicht zu Wucherzinsen von lokalen Reichen gewährt wurden. Vor allem der nicht-agrarische Bereich konnte so deutlich schneller wachsen, schuf Wirtschaftswachstum und trug zu einer

Reduzierung der Armut bei (*BESLEY/BURGESS/ESTEVE-VOLART 2004: 27–29*).

- **Bildung:** Der Ausbau des Bildungssystems sorgte für ein verstärktes Wirtschaftswachstum und reduzierte gleich mehrere Armutsursachen. Wirkungsvoll war insbesondere die vermehrte Einschulung von Mädchen (*Besley/Burgess/Estevé-Volart 2004: 29–30*). Höhere Schulbildung ermöglicht das Erlernen lukrativerer Berufe und verbessert die Produktivität im späteren Berufsleben. Schon Grundschulbildung der Eltern steigert die Gesundheit der Familien: Gebildete Frauen heiraten später, und zwischen Geburten liegen längere Abstände. Zwei Drittel der Unterschiede zwischen Bihar und Kerala können allein durch die wesentliche höhere Alphabetenrate in Kerala erklärt werden (*DATT/RAVALLION 1999: 19*).
- **Gleichheit der Geschlechter:** In kaum einem anderen Land der Erde werden Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen so benachteiligt wie in Indien. In den Bundesstaaten, in denen diese Benachteiligung verringert wurde, stieg das Wirtschaftswachstum und sank die Armut (*BESLEY/BURGESS/ESTEVE-VOLART 2004: 29–31*).
- **Gesetze:** In Indien werden die untersten Kasten (Dalits) in der religiös fundierten Sozialhierarchie sowie die Adivasi, Völker, die schon auf dem indischen Subkontinent siedelten, bevor er in mehreren Wellen von Einwanderern erobert wurde, massiv unterdrückt und benachteiligt. Gesetze, die diesen Zustand wirksam bekämpfen, führen zu einer deutlichen Reduzierung der Armut.

Wirtschaftsliberalisierung schränkt Spielraum ein

Die seit 1991 vollzogenen Wirtschaftsreformen in Indien orientierten sich am neoliberalen Muster. Eine der ersten Maßnahmen war die Beendigung des Druckes auf Banken, Filialen auf dem Land zu eröffnen. Doch die Regierung darf sich nicht aus der Verantwortung stellen: Das Wirtschaftswachstum in Indien war am geringsten in den Bundesstaaten, in denen die Armut am höchsten war (*DATT/RAVALLION 1999: 20 / (DATT/RAVALLION 2002: 13)*). Ohne eine staatliche Gegensteuerung werden daher ganze Regionen Indiens in der Armutsfalle gefangen bleiben.

deutlich an (KAKWANI/PERNIA 2000: 10–12, KAKWANI/KHANDKER/SON 2004: 13–15). Mittlerweile konnte die Zahl der Armen wieder auf XX Prozent gesenkt werden. Dies wurde erreicht durch eine Landverteilung, den Ausbau des Bildungs- und Sozialsystems sowie einer staatlich gelenkten Wirtschaft, die gezielt arbeitsplatzintensive Bereiche ausbaute.

3.4.3 Neuer Ansatz der Weltbank im alten Denken verhaftet

In dem Bemühen, »Wachstum zu Gunsten der Armen« neu zu definieren und an einer konkreten Umsetzung dieses neuen Ansatzes zu arbeiten, hat die Weltbank die Entwicklung in 14 Staaten eingehend untersuchen lassen. Dieses Projekt wurde gemeinsam mit den britischen, französischen und deutschen Entwicklungsministerien finanziert und vorangetrieben.

Die Länderstudien und weitere Arbeiten wurden zu einer Gesamtstudie zusammengefasst, die Mitte 2005 erschien (WORLD BANK 2005A). Da in der Studie mit dem Titel »Pro-Poor Growth in the 1990s – Lessons and Insights from 14 Countries« der derzeitige Forschungsstand aus der Sicht der Weltbank zusammengefasst wird, lohnt ein näherer Blick auf die Ausführungen: Aus ihnen lassen sich Rückschlüsse ziehen, ob die Weltbank tatsächlich auf dem Weg ist, sich von alten Dogmen zu verabschieden.

Staat soll größere Rolle spielen

Die besondere Bedeutung der Landwirtschaft für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Armen wird anerkannt. Wichtig für eine Einkommenssteigerung auf dem Land seien:

- Die Verbesserung des Marktzuganges und Verringerung der Transaktionskosten. Daher sollen Straßen gebaut werden, um die Märkte besser erreichbar zu machen.
- Eine Stärkung der Landrechte zu Gunsten der Armen und der Frauen.
- Die Schaffung eines Umfeldes, das allen Landwirten dient. Dazu gehört die Liberalisierung des Handels.
- Das Verfügbarmachen verbesserter Technologie auch für Kleinbauern.
- Die Unterstützung der kleinen und armen Produzenten im Umgang mit Risiken wie Fluten, Dür-

ren und starken Preisschwankungen (WORLD BANK 2005A: 5–7, 36–53).

Indirekt räumt die Weltbank damit ein, dass nicht der Markt und das Wachstum allein die Situation der armen Landwirte verbessern können, sondern dass Markteingriffe und Lenkung erforderlich sind.

Entgegen der Prognosen des Internationalen Währungsfonds – dies räumt auch die Weltbank ein – verbesserte sich die Lage vieler afrikanischer Bauern nach der Abschaffung staatlicher Vermarktungsbehörden nicht. Es flossen in vielen Regionen keine privaten Investitionen und durch die schlechte Infrastruktur fanden viele Bauern keine neuen Märkte. Auch die Umstellung des Anbaus auf Exportprodukte brachte nur da Fortschritte, wo Verkehrsanschlüsse vorhanden waren und stand zudem meist nur mittleren und größeren Betrieben offen. (WORLD BANK 2005A:47)

Darüber hinaus fordert die Weltbank die Durchführung einer Politik, die das Wachstum außerhalb des Agrarbereiches fördern soll. Es wurde festgestellt, dass eine größere Armutsreduktion in den Ländern erzielt wurde, in denen die Möglichkeiten der Armen, am Wachstum teilzuhaben, erweitert wurden. Neben der Schaffung neuer Arbeitsplätze für unqualifizierte und wenig qualifizierte Arbeitskräfte wird auch der Zugang zu wichtigen Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit, Wasser und Elektrizität genannt.

Als wichtigste Maßnahmen nennt die Weltbank:

- Die Verbesserung des Investitionsklimas durch Handelsliberalisierung und Investitionsanreize.
- Die Verbesserung des Zuganges zu höherer Bildung für allen Kinder, vor allem jedoch für Mädchen.
- Die Schaffung von Arbeitsmarktgesetzen, die attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten erlauben. Dazu gehört nach Auffassung der Weltbank der Abbau von Gesetzen, die Arbeiter begünstigen.
- Der Ausbau der Infrastruktur (WORLD BANK 2005A: 7–10, 53–69).

Zwar ist dies teilweise erneut die neoliberale Argumentationslinie. Doch die Betonung des Wertes von Bildung und Infrastruktur ruft nach verstärkten Aktivitäten des Staates.

Weiterhin verhaftet im alten Denken

Dennoch zeigt die Studie, dass die Wende hin zu einer veränderten Politik nicht vollzogen wurde. Zentrale Elemente der alten Ideologie bleiben erhalten.

- Bereits im ersten Satz wird als wichtigste Aussage formuliert, Hauptvoraussetzung der Bekämpfung der Armut sei Wirtschaftswachstum (*WORLD BANK 2005A: 2*). Auf alternative Ansätze der Definition eines Wachstums zu Gunsten der Armen über den rein ökonomischen Ansatz hinaus wird nicht eingegangen.
- Eingeräumt wird lediglich, dass die Verteilung der Einkommen großen Einfluss darauf hat, ob Wirtschaftswachstum die Zahl der Armen senkt (*WORLD BANK 2005A: 27–32*). Es fehlt allerdings die Darstellung von Maßnahmen, die die Ungleichverteilung von Wachstum verhindern könnten.
- Es wird zwar dargestellt, dass die Wirtschaft in einigen der untersuchten Staaten schnell wuchs, die Armut aber dennoch kaum sank. In anderen Ländern dagegen sank die Zahl der Armen wesentlich schneller als das Wachstum vermuten ließ. Doch es wird nur in einer Randbemerkung erwähnt, dass mit Indien und Vietnam zwei Staaten ein starkes Wachstum verzeichneten und die Armut senkten, deren Regierungen in das Wirtschaftsgeschehen eingriffen (*WORLD BANK 2005A: 22–26*). Die massiven Eingriffe indischer Bundesstaatsregierungen in den Landbesitz und das Bankenwesen werden sogar nicht an einer Stelle erwähnt (**Fallbeispiel 5**).
- Die Schaffung von Arbeitsplätzen wird fast ausschließlich als Ergebnis neoliberaler Strukturrefor-

Abbildung 12: ©2005 SÜDWIND
Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen (FDI) 1992–2003 in Millionen US-Dollar

	1992–1997 im Durchschnitt	1999	2000	2001	2002	2003
Welt	310.879	1.086.750	1.387.953	817.574	678.751	559.576
Industrienationen	180.750	828.352	1.107.987	571.483	489.907	366.573
Entwicklungsländer	118.596	231.880	252.459	219.721	157.612	172.033
Afrika	5.936	11.590	8.728	19.616	11.780	15.033
Lateinamerika & Karibik	38.167	107.406	97.537	88.139	51.358	49.722
Asien und Pazifik	74.494	112.588	146.195	111.966	94.474	107.278
Zentral- und Osteuropa	11.533	26.518	27.508	26.371	31.232	20.970
Deutschland	6.042	56.077	198.276	21.138	36.014	12.866
USA	60.268	283.376	314.007	159.461	62.870	29.772
Brasilien	6.615	28.578	32.779	22.457	16.590	10.144
Bolivien	339	1.010	822	832	1.044	160
Honduras	72	237	282	193	176	198
Bermuda-Inseln	2.426	9.470	10.627	13.346	2.711	8.500
China	32.799	40.319	40.715	46.878	52.743	53.505
Indonesien	3.518	-1.866	-4.550	-2.977	145	-597
Vietnam	1.586	1.484	1.289	1.300	1.200	1.450
Indien	1.676	2.168	2.319	3.403	3.449	4.269
Südafrika	1.045	1.502	888	6.789	757	762
Uganda	95	222	275	229	249	283
Sambia	93	163	122	72	82	100

(QUELLE: UNCTAD 2004: S. 367–371)

men erklärt. Durch eine sehr strenge Sparpolitik wird ein Zufluss ausländischer Direktinvestitionen und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze in exportorientierten Betrieben erwartet. Damit werden aber die negativen Einflüsse der Globalisierung auf die Arbeitsmärkte von Entwicklungsländern unterschätzt: Die Privatisierungen, die infolge neoliberaler Reformen stattfinden, haben meistens Rationalisierungsmaßnahmen zur Folge. Zudem fließen ausländische Direktinvestitionen, wenn überhaupt, nur in einige wenige Entwicklungsländer, während gerade die ärmsten Staaten davon nicht profitieren (**Abbildung 12**).

- Die Weltbank führt als Positivbeispiel an, dass Indonesien in der Zeit der Herrschaft Präsident Suhartos durch eine hohe Flexibilität des Arbeitsmarktes Beschäftigung gefördert habe. Seit 1997 sei diese Entwicklung durch Minimallöhne und Lohnerhöhungen, die durch Gewerkschaften durchgesetzt wurden, gestoppt worden (World Bank 2005a: 9). Mit keinem Wort geht die Studie darauf ein, dass im Zuge dieser »Förderung« durch einen diktatorischen Regierungschef Gewerkschaften verboten, ArbeitsrechtlerInnen inhaftiert, gefoltert und ermordet wurden – und eine kleine Oberschicht sowie internationale Konzerne von dieser Entwicklung massiv profitierten. Gewerkschaften und die Einforderung von Arbeitnehmerrechten werden nach dieser Lesart zum Investitionshindernis und nicht zu einer Demokratie fördernden Errungenschaft.
- Eng damit verbunden ist eine vollständige Leerstelle in der Studie: An keiner Stelle wird thematisiert, dass die Durchsetzung der im Rahmen der Vereinten Nationen festgelegten Mindeststandards (»ILO-Kernarbeitsnormen«) im Arbeitsleben eine Verbesserung der Situation der Armen nach sich ziehen würde.
- Die negativen Auswirkungen von Agrarsubventionen in den Industrieländern auf die Landwirtschaft in Entwicklungsländern werden nur in drei kleinen Nebensätzen erwähnt. Lediglich die verheerenden Subventionen der Industrieländer für den Anbau von Baumwolle – die Zahl der Armen könnte allein in Benin ohne diese Subventionen um 6–8 Prozent niedriger sein – sind der Weltbank vier Zeilen wert (WORLD BANK 2005A: 37, 38, 41, 42).
- Scharf kritisiert werden von der Weltbank dagegen mehrfach in ganzen Absätzen und einem Kasten die anhaltenden Subventionen im Agrarbereich Indiens und Indonesiens.

- Auf die verheerenden Konsequenzen des gegenwärtigen Welthandelsregimes wird ebenso wenig eingegangen wie auf die Frage, welche Bedeutung die Schuldenkrise für die Armen hat.
- Ebenso vernachlässigt werden die Wechselkursinstabilitäten der Hauptwährungen Euro, Yen und Dollar, die für arme Entwicklungsländer negative Auswirkungen haben, gegen die sie machtlos sind.
- Strukturanpassungsprogramme, Welthandelsorganisation und Internationaler Währungsfonds werden in der Broschüre nicht ein einziges Mal erwähnt.

Keine Perspektiven

Die Weltbank stellt zwar in vielen Punkten dar, was getan werden müsste. Doch sie erwähnt an keiner Stelle, woher das Geld kommen soll. Wenn die untersuchten Staaten beispielsweise den angeregten Ausbau von Schulen, Straßen und Gesundheitswesen durchführen wollen, dann müssen sie Ausgaben erhöhen. Dies jedoch würde in vielen von ihnen der Internationale Währungsfonds nicht dulden.

Auch die Erwirtschaftung zusätzlicher Mittel durch den angeregten Ausbau des Agrarbereiches ist oftmals nicht möglich, solange subventionierte Produkte aus den Industriestaaten die Märkte überschwemmen.

Notwendig sind daher nicht weitere Studien und Analysen, sondern eine Neuorientierung der internationalen Politik.

Arbeiterin in Kaffeeabrik in Zimbabwe (Foto: Frank Zander)



3.5 Wachstum, soziale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung: Drei Pole einer Ökonomie im Dienste des Lebens

Es gibt ein Bündel von wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die Regierungen treffen können, um Wirtschaftswachstum mit sozialer Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung zu verbinden, d. h. um Wachstum zu Gunsten der Armen zu erzielen. Auch unter dem Druck der Globalisierung bedeutet gesamtwirtschaftliche (»makroökonomische«) Stabilität nicht zwangsläufig den Verzicht auf soziale Gerechtigkeit, wie dies die neoliberalen Ökonomen unterstellen. Ganz im Gegenteil: Nur durch eine neue Ausrichtung der Wirtschaftspolitik kann die Qualität des Wachstums so beeinflusst werden, dass es den Armen zugute kommt und politische wie ökonomische Krisen vermieden werden. Eine wichtige Herausforderung für die wirtschaftspolitische Neuausrichtung in den Entwicklungsländern sind der Aufbau und die Konsolidierung sozialer Sicherungssysteme. Außerdem müssen Umverteilungsmaßnahmen für einen Ausgleich zwischen Gewinnern und Verlierern sorgen, und Wachstumspolitik muss den Zugang der Armen zu den Produktionsfaktoren ermöglichen.

3.5.1 Umverteilung durch öffentliche Ausgaben und Steuerpolitik

Auch in den Entwicklungsländern sind öffentliche Ausgaben und Steuerpolitik das Schlüsselinstrument, um negativen Entwicklungen von Märkten entgegenzuwirken und soziale Gerechtigkeit zu erzielen. Mit diesen Instrumenten können Regierungen die Einkommensverteilung in einer Gesellschaft direkt beeinflussen und den Umfang bestimmen, in dem arme Gruppen einen proportional größeren Zuwachs an Kapital erhalten als Reiche. Dafür gibt es mindestens drei Politikoptionen:

1. Die **Progressivität der Steuer** wird angehoben, d.h. je höher das Einkommen, desto höher der Steuersatz, je niedriger das Einkommen, desto niedriger der Steuersatz.
2. Der Staat weitet die Bereitstellung von **öffentlichen Gütern und Dienstleistungen** wie Gesundheit, Bildung, Wasser und sonstigen sanitären Einrichtungen für diejenigen Teile der Gesell-

schaft aus, die bis dahin keinen ausreichenden Zugang dazu hatten.

3. Direkte **öffentliche Ausgaben** (Subventionen, Sozialhilfe usw.) zu Gunsten der Armen werden gesteigert.

Eine progressive Besteuerung muss dazu führen, dass die Reichen stärker belastet werden als die Armen, so dass sie einen solidarischen Beitrag zur Armutsbekämpfung im eigenen Land tragen. Ferner muss die Effizienz bei der Steuererhebung und -kontrolle verbessert werden, damit alle Arbeitnehmer und Unternehmer im Land ihrer Steuerpflicht und sozialen Verantwortung nachkommen. Eine falsche Steuerpolitik ist dagegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer bei gleichzeitiger Senkung der Einkommenssteuer.

Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds verdoppelte sich die Zahl der Entwicklungsländer, die eine Mehrwertsteuer erheben, von 30 im Jahre 1989 auf 73 im Jahre 2001. Im Gegensatz dazu blieben die Steuern auf Einkommen und Besitz entweder sehr gering oder aber ihre Erhebung wurde durch Ausnahmebestimmungen und mangelnde staatliche Durchsetzung behindert. Die Änderungen im Steuersystem haben daher oftmals zu einer weiteren Benachteiligung der Armen geführt. (VANDERMOORTELE 2004: 11)

Durch sie wird eine Umverteilung von unten nach oben gefördert. Die Armen dürfen jedoch bei dem Versuch der Politik die Steuerbasis zu erweitern, nicht weiter belastet werden.

Leider fehlt aber für solch eine Politik in der Regel der politische Wille: Die jeweilige Führungselite will in der Regel nicht auf Privilegien verzichten, die ihr die gegenwärtige Steuerpraxis gewährt. Darüber hinaus müssen die Voraussetzungen für die Gestaltung einer armutsorientierten Steuerpolitik in zahlreichen Entwicklungsländern erst geschaffen werden: Es ist nicht immer möglich, Steuern auf breiter Basis einzutreiben und die Praxis der Steuerhinterziehung ist weit verbreitet. Hier kann eine transparente Haushaltsüberwachung (siehe unten), an der

sich die Bürger beteiligen können, institutionellen Defiziten entgegenwirken.

Gute Bildung und eine gute Gesundheitsvorsorge gehören ebenfalls zu den wichtigsten Elementen einer effizienten staatlichen Strategie zur Armutsbekämpfung. Für eine aktive armutsbekämpfende Politik ist es wichtig, dass Basisdienstleistungen den größten Teil der Sozialausgaben ausmachen, denn diese kommen vorrangig den Armen zugute. Dies verlangt die besondere Förderung von Grundschulbildung und medizinischer Grundversorgung anstelle von Hochschulbildung oder dem Bau von medizinischen Spezialkliniken.

Porto Alegre das Vorbild

Durch partizipative Haushalte kann darüber hinaus sichergestellt werden, dass sich öffentliche Ausgaben stärker an den Bedürfnissen der Armen orientieren. Es gibt bereits lehrreiche Erfahrungen, wie die soziale Ausrichtung der Haushaltspolitik und die Steigerung der direkten öffentlichen Ausgaben für die Armen partizipativ geregelt werden kann: In Porto Alegre, Brasilien, wurde diese Form der Politik seit 1989 zum ersten Mal erfolgreich umgesetzt. In Stadtteilversammlungen bestimmen die Bürger der jeweiligen Kommune die vorrangigen Bedürfnisse ihres Stadtteils und arbeiten gemeinsam mit der Stadtverwaltung einen kommunalen Haushaltsplan aus. Dieser wird am Ende eines zehnmonatigen Beratungsprozesses vom Stadtrat verabschiedet – aufgrund der starken öffentlichen Beteiligung meist mit nur geringen Änderungen. In den Folgejahren überwachen die Bürger die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen.

Die Auswirkungen dieses neuen Instrumentes direkter Demokratie sind äußerst positiv. So verschoben sich die städtischen Investitionen zu Gunsten der Armen: Arme Stadtteile profitierten überproportional von der neuen Prioritätensetzung, Wasserver- und -entsorgung, Wohnungs- und Schulbau sowie die Anbindung der armen Stadtteile an das Straßennetz verbesserten die Situation der Armen nachhaltig. Zudem wurde die Korruption wirksam bekämpft, aktive Bürgergruppen gestärkt und das Interesse der Bürger an der kommunalen Entwicklung gefördert. In Porto Alegre konnte die Zahl der Haushalte mit Abwasseranschluss von 46 Prozent (1989) auf 85 Prozent (1999) erhöht werden; alle Haushalte haben mittlerweile einen Trinkwasseranschluss. Die Anzahl der Elendsviertel ist seit 1989 kontinuierlich gesunken, die Zahl der Schulen und die der Einschu-

lungen haben sich innerhalb von zehn Jahren verdreifacht.

3.5.2 Gerechtere Landverteilung

Mehr als 70 Prozent der Armen weltweit leben auf dem Land. Auch wenn regionale Unterschiede bestehen, sind die meisten von ihnen landlose Bauern und Bäuerinnen. Viele Kleinbauern und Pächter werden in marginale Standorte (Grundstücke z.B. in Steillagen oder auf schlechten Böden) verdrängt. Die aussichtslose Lage dieser Menschen führt vor allem in Lateinamerika und im südlichen Afrika zu spontanen Landbesetzungen, die Rechtsunsicherheit und Unterdrückung mit sich bringen.

Die Landverteilung spielte in armen Entwicklungsländern, aber auch in Ländern mittleren Einkommens eine Schlüsselrolle für deren wirtschaftliche Entwicklung. Südkorea, Kenia, Vietnam, Bundesstaaten Indiens und Taiwan sind nur einige von vielen Beispielen für erfolgreiche Landverteilungen durch Landreformen, die Wirtschaftswachstum angeregt haben. Dort, wo die Landbesitzkonzentration mit hohen Armutsraten verbunden ist, ist eine Umverteilung von Grund und Boden notwendig.

Trotz der enttäuschenden Ergebnisse von Landverteilungsprozessen in einzelnen Entwicklungsländern sollte das Prinzip der Landverteilung an sich nicht in Frage gestellt werden. Die Gründe für das Scheitern solcher Landreformen sind sehr unterschiedlich und hätten bei einer konsequenteren nationalen wie internationalen Politik vermieden werden können.

Von zentraler Bedeutung ist, dass Landverteilung von bestimmten Zusatzmaßnahmen begleitet werden muss. Diese sind unter anderem:

- Erleichterung des Zugangs zu Saatgut, Düngemitteln, Wasser und Krediten,
- ökologisch ausgerichtete Beratung und Schulung der Bauern und Bäuerinnen,
- Aufbau einer minimalen Infrastruktur in ländlichen Regionen.

Dies sind die grundlegenden Voraussetzungen für eine Agrarentwicklung zu Gunsten der Armen.

Weltbankansatz gescheitert

Die Erfahrung hat gezeigt, dass die von der Weltbank geförderte Einführung marktkonformer Land-

verteilungsmechanismen, in denen potenzielle Käufer willigen Verkäufern von Land gegenüber stehen, die Lage der Armen in Ländern mit starken sozialen Ungleichheiten nicht verbessern haben. In vielen Ländern (z.B. Brasilien, Südafrika, Namibia, Honduras) können diese marktkonformen Mechanismen ohne den Erlass weiterführender Gesetze, die in Großgrundbesitz befindliches Land an landlose und landarme Bauern umverteilen, nicht greifen.

Dabei muss landwirtschaftlicher Boden als Grundlage des Menschenrechtes auf angemessene Nahrung und auf eine faire Beschäftigung eine soziale Funktion erfüllen. Eigentumsrechte können nur solange respektiert werden, solange diese soziale Funktion des Bodens gewährleistet ist. Der Staat als Garant des Menschenrechtes auf Nahrung spielt in den Umverteilungsprozessen von Land eine Schlüsselrolle.

Aus diesem Grund sollten Agrarreformen auch dort, wo sie den politischen Interessen einflussreicher Gruppen entgegenstehen, durchgesetzt werden, sofern die soziale Funktion des Bodens verletzt wird. So ist zum Beispiel die Enteignung von Landbesitzern gerechtfertigt, wenn diese fruchtbares Land brachliegen lassen und es ihnen allenfalls als Statussymbol dient. Auf lokaler Ebene sind darüber hinaus dezentralisierte, auf die lokalen Gegebenheiten ausgerichtete Institutionen besser geeignet, den Zugang zur Nutzung des Bodens zu steuern.

Schließlich ist der Aufbau von unterschiedlichen Kooperationsformen, wie z.B. selbstständigen Kooperativen der Kleinbauern und -bäuerinnen für die Vermarktung ihrer Produkte oder die Bereitstellung von Krediten, für diese das einzige Mittel, auf den liberalisierten Märkten zu bestehen.

3.5.3 Ein größerer Marktzugang für die Armen

Den meisten Armen ist der Zugang zu den lokalen und nationalen Güter-, Finanz- und Arbeitsmärkten verwehrt. Ein Bündel von Maßnahmen kann diese Menschen befähigen, erneut aktiv am volkswirtschaftlichen Prozess teilzunehmen:

- Veränderung des Banken- und Finanzsystem zu Gunsten der Armen: Kapitalverkehrskontrollen und Erleichterung des Zuganges zu Krediten.
- Verbesserung der lokalen Infrastruktur: Verringerung von Transaktionskosten für Arme.

- Stärkung von ArbeitnehmerInnen im formellen und informellen Sektor durch Arbeitsrechte und Qualifizierung.
- Stärkung der Rechte der Frauen.

Wichtigster Bestandteil neoliberaler Stabilitätspolitik ist die Liberalisierung des Banken- und Finanzsystems der Entwicklungsländer. Diese Maßnahmen sollten in der Theorie Wachstum und Einkommenssteigerung bewirken. Das Gegenteil ist geschehen: Die Deregulierung der Finanzmärkte führte in den meisten Entwicklungsländern zu erheblichen Instabilitäten (**Fallbeispiel 6**). Die Zinssätze stiegen, wodurch sich die Kreditaufnahme verteuerte und die Armen keinen Zugang mehr zu den Kreditmärkten hatten. Die Banken orientierten ihre Geschäfte an den kurzfristigen Krediten der städtischen Oberschicht, die hauptsächlich zum Import von Konsumgütern verwendet wurden.

Dabei sind die Armen am meisten von einem unzureichenden Zugang zu Krediten betroffen. Landwirtschaftliche und nicht landwirtschaftliche Klein- und Mittelbetriebe gingen leer aus. Dieses Problem kann nicht vom Markt alleine gelöst werden. Der Staat ist hier gefordert und muss durch gezielte Programme informelle und formelle Kleinkreditsysteme unterstützen. Zudem müssen der legale Rahmen und die Institutionen, die das Kreditwesen regulieren, so gestaltet werden, dass die Armen einen besseren Zugang zu den Kreditmärkten erhalten.

Für ein Wachstum zu Gunsten der Armen muss deshalb ein armutsorientiertes Banken- und Finanzsystem aufgebaut und konsolidiert werden. Dieses muss insbesondere drei Leistungen erfüllen:

- **Ersparnisbildung** über Spareinlagen (wobei die Sicherheit und Werterhaltung der Einlagen Priorität haben);
- **Vergabe von Krediten**, um den Zugang zu Krediten zu ermöglichen und vor Missbrauch (Wucherzinsen) zu schützen;
- Sicherstellen des lokalen und internationalen **Zahlungsverkehrs**.

Nationale und lokale Entwicklungsbanken sollten subventionierte Kredite für ProduzentInnen mit geringeren Einkommen zur Verfügung stellen. Im informellen Sektor zählen hierzu die Dorfkassen oder die traditionellen Spar- und Kreditgruppen, welche, mangels Zugang zum formellen Finanzwesen, für die arme Bevölkerung oft die einzige Kreditquelle sind. Auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene sollte eine Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingun-

gen eingeführt werden, die Kapitalverkehrskontrolle für kurzfristige Kapitalzuflüsse aus dem Ausland zulässt. In vielen Fällen ist das Bankengesetz zu ändern, damit das Finanzwesen auch seine entwicklungspolitischen Aufgaben wahrnehmen kann. Der Finanz- und Bankensektor darf nur so weit dereguliert werden, wie dies zu einer Steigerung von produktiven Investitionen und Beschäftigung führt.

Ein zweiter Punkt ist die gezielte Verbesserung der Infrastruktur in den Regionen mit einem hohen Anteil an Armutsbevölkerung. Dadurch können die für die Armen oft sehr hohen Transaktionskosten⁸ reduziert werden. Neben dem Bau von Straßen in ländlichen Regionen, wodurch z.B. der Transport lokaler Güter auf die Märkte vereinfacht und verbilligt wird, oder Investitionen in Wasser- und Stromanschlüsse, die für die Entstehung lokaler Betriebe grundlegende Voraussetzungen sind, ist insbesondere die Senkung der Transaktionskosten von Kleinkrediten wichtig, da diese normalerweise von den Armen beansprucht werden.

Die Stärkung der Arbeitsrechte und die Förderung von Qualifikation im formellen und informellen Sektor sind ein dritter wichtiger Schritt zur Erhöhung des Marktzugangs der Armen. Vor allem ArbeitnehmerInnen im formellen Sektor können durch die Einführung von Kernarbeitsnormen, wie sie z.B. die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ausgearbeitet hat, in ihren Rechten nachhaltig gestärkt werden. Dies schafft menschenwürdige Arbeitsbedingungen, verringert Willkür und Diskriminierung der Armen und eröffnet diesen die Möglichkeit, an den Produktionsprozessen teilzunehmen.

Aufgrund der Tatsache, dass eine überwältigende Mehrheit der Armen im informellen Sektor arbeitet, ist eine der wichtigsten direkten Maßnahmen für eine effiziente Armutsbekämpfung die gezielte Unterstützung dieser ArbeitnehmerInnen. Insbesondere ist die eine verbesserte Qualifizierung ihrer Arbeitskraft wichtig: Neben groß angelegten Berufsbildungsprogrammen könnte dies zum Beispiel auch durch die Einrichtung von speziellen Stiftungen geschehen, die über Bildungsangebote eine Verbesserung der Arbeitsproduktivität im informellen Sektor herbeiführen.

⁸ Transaktionskosten sind diejenigen Kosten, die in direktem Zusammenhang mit einer Transaktion von Gütern entstehen. Beispiele für Transaktionskosten sind Bankgebühren, die im Rahmen einer Überweisung bezahlt werden müssen oder Transportkosten, die bei der Vermarktung lokaler Produkte anfallen.

Ein letzter wichtiger Punkt, den es zu beachten gibt, ist die Tatsache, dass Armut vor allem weiblich ist. Daher gehört die Beseitigung der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern ebenfalls zu den Aufgaben des Staates im Rahmen einer effizienten Armutsbekämpfungsstrategie. Hierfür sind eine genderbezogene Datenerhebung und Haushaltsüberwachung ebenso notwendig wie spezielle Programme zur Verbesserung der beruflichen Bildung von Frauen, einkommensschaffende Maßnahmen, Einhaltung von Arbeitsstandards in den schon erwähnten freien Exportzonen und die Verbesserung der sozialen Infrastruktur (Gesundheit, Bildung, Kindergarten, Pensionen etc.).

3.5.4 Veränderung von politischen Machtverhältnissen

Es gibt eine enge Verbindung zwischen ökonomischer und politischer Ungleichheit. Beide bedingen sich gegenseitig und sind meistens zwei Seiten derselben Medaille. Diejenigen, die ökonomische Macht haben, kaufen sich in vielen Fällen auch die politische Macht oder übernehmen die direkte Kontrolle öffentlicher Institutionen, um ihre eigenen Positionen in der Gesellschaft zu verteidigen und auszuweiten. Teils wird diese Macht durch diktatorische Politik ausgeübt; teils durch die Untergrabung formeller demokratischer Strukturen. Unterschiedliche Quellen von Macht (politische, ökonomische, ethnische, und geschlechterspezifische) vermischen und verstärken sich gegenseitig, mit der Folge einer Verschärfung von Ungleichheiten und sozialen Ungerechtigkeiten. In einigen Fällen treten unterschiedliche Quellen von Macht auch in Konkurrenz miteinander ohne sich vermischen zu können und schaffen so Spannungen und Konflikte. Nicht selten spielt das schwerwiegende Erbe der Kolonialzeit auch heute noch eine entscheidende Rolle in den verschiedenen politischen Spannungen weltweit. Sämtliche Formen ungleicher Machtverteilung gehen auf Kosten der Armen und sollten friedlich überwunden werden.

Die größte Herausforderung für die Armen und deren UnterstützerInnen ist die Beantwortung der Frage, wie die Übermacht der Reichen ausgehebelt werden kann. Eine effektive **Organisation von Interessengruppen** (»horizontale Bündnisse«) für eine Politik zu Gunsten der Armen kann viele Vorteile haben und Spaltungen auf Grund von Religion oder

Fallbeispiel 6: Argentinien – Schuldenfalle vergrößert die Armut

Anfang des letzten Jahrhunderts galt das zweitgrößte Land Lateinamerikas noch als die »Kornkammer der Welt« und als einer der wichtigsten Exporteure von Rindfleisch. Quelle des Reichtums waren die fruchtbaren Böden der argentinischen Pampas, die den Argentinern ein Durchschnittseinkommen ermöglichten, das damals über dem der Franzosen und nur knapp unter dem der Deutschen lag. Lange Zeit war Argentinien eine Ausnahmeerscheinung von Wohlstand und soziale Gerechtigkeit in Lateinamerika, da sich in dem Land eine starke argentinische Mittelschicht entwickelt hatte, die vor allem in der Millionenmetropole Buenos Aires lebte. (Extreme) Armut war bis weit in die 70er Jahre hinein kein gravierendes Problem Argentiniens. Noch 1970 galten lediglich 10 Prozent der Bevölkerung als arm.

Anfang 2002 hatte sich die soziale Situation vollkommen verändert. Nach zwölf Jahren neoliberaler Wirtschaftspolitik durch die Regierungen des damaligen Präsidenten Carlos Menem und seines Nachfolgers Präsident Fernando De la Rúa war die Zahl der Argentinier, die unterhalb der Armutsgrenze lebten, auf 17,2 Millionen Menschen (fast 50 Prozent der Landesbevölkerung) angewachsen; 7,1 Millionen lebten gar in absoluter Armut.

Auch wenn hausgemachte Probleme Argentiniens bei der Bewertung der Ursachen der Wirtschaftskrise mit in Betracht gezogen werden müssen (z.B. mangelnde Landverteilung und ungebrochene Macht der traditionellen (Agra-)Oligarchie, Machtkämpfe zwischen Zentralregierung und Provinzgouverneuren, Erbe der Militärdiktatur, Korruption), ist es doch eine Tatsache, dass die ungelöste Schuldenkrise in den 80er Jahren und die neoliberale Empfehlungen des IWF in den 90er Jahren während der Regierungszeit von Carlos Menem zu einem in der Geschichte des Landes einmaligen Anstieg der Armut und der soziale Ungleichheit geführt haben. Gleichzeitig war Argentinien das »Musterland« des Internationalen Währungsfonds, dessen Wachstumskonzepte es auf allen Ebenen übernahm. Die Wirtschaftspolitik zielte gemäß der neoliberalen Wachstumstheorie ausschließlich auf die makroökonomische Stabilisierung der argentinischen Volkswirtschaft, die pünktliche Rückzahlung der Auslandsschulden und die Liberalisierung der

Kapitalmärkte ab und vernachlässigte die Reduzierung der Armut vollständig.

Kernelement dieser Stabilitätspolitik war die Kopplung des argentinischen Pesos an den Dollar. Durch diese Maßnahme konnte die Hyperinflation der 80er Jahre zwar gestoppt werden, doch Argentinien gab damit gleichzeitig seine Geld- und Währungspolitik vollständig aus der Hand. Durch den Verlust der Exportwettbewerbsfähigkeit argentinischer Waren und dem Konkurs tausender einheimischer Firmen (ehemals profitabler Staatsunternehmen wurden wie im Fall der Erdölfirma YPF oder der staatlichen Luftfahrtgesellschaft Aerolíneas Argentinas oft zu Schleuderpreisen veräußert), führte der feste Wechselkurs zu einer Schuldenspirale: Auf Grund fehlender Exporteinnahmen konnte der feste Wechselkurs nur durch die Aufnahme zusätzlicher Kredite finanziert werden.

Ab 2000 drehte sich die Spirale der Verschuldung immer schneller: Massive Kapitalabflüsse, wachsender Druck auf den völlig überbewerteten argentinischen Peso, größer werdende Löcher in den Rentenkassen, hohe Schuldenzahlungen an die (internationalen) Gläubiger – zur Aufrechterhaltung des neoliberalen Systems benötigte der argentinische Staat immer mehr Geld. Dieses beschaffte er sich durch tiefe Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme sowie über die Ausgabe von Anleihen und über die Kreditaufnahme auf den internationalen Finanzmärkten und beim Internationalen Währungsfonds, wodurch sich der Schuldenberg und die zu leistenden Zinszahlungen nur noch weiter vergrößerten.

Die Schuldenkrise mündete schließlich in die sozialen und wirtschaftlichen Turbulenzen der Jahre 2001 und 2002. Der Zusammenbruch kam am 20. Dezember 2001: Argentinien war bankrott. Die Schulden hatte sich von 64,4 Mrd. US-Dollar 1991 auf 154,1 Mrd. US-Dollar Ende 2001 (*GDF 2005*) mehr als verdoppelt; Armut und Ungleichheit führten zu landesweiten Aufständen, die 35 Menschen das Leben kosteten.

(QUELLE: SÜDWIND 2004)

ethnische Herkunft unter den marginalisierten Gruppen überbrücken.

Wachstum zu Gunsten der Armen bedeutet immer auch die Überwindung aller Formen von **Diskriminierung**, da diese häufig mit der Behinderung des Zugangs für bestimmte Gruppen zu den lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen einhergehen.

Es gibt drei wichtige Bereiche für die Bekämpfung von Diskriminierungen:

- Gesetze und legale Rahmenbedingungen für die formelle Bekämpfung von Diskriminierung,
- Politische Aktionen von Regierungen, Zivilgesellschaft und internationalen Institutionen,
- Durchsetzung von international verankerten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte.

Ebenso muss ein **Demokratisierungsprozess** gefördert werden, der Dezentalisierungsmaßnahmen und Beteiligungsformen der Zivilgesellschaft ebenso umfasst wie die Transparenz des öffentlichen Handelns. Es ist die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass eine politische Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen ermöglicht wird. Eine verstärkte politische Teilhabe der Armen geht meistens mit der Beschneidung der Privilegien der Herrschenden einher. Im Sinne eines multidimensionalen Ansatzes der Armut ist die verstärkte Teilhabe der Armen in allen Bereichen das zentrale Kriterium eines »Wachstums zu Gunsten der Armen«.

3.5.5 Makroökonomische Politik zu Gunsten der Armen

Makroökonomische Stabilität ist in der Regel gut für die Armen. Allerdings soll makroökonomische Stabilität nicht um jeden Preis realisiert werden. Drei wichtige Instrumente sind für das Erreichen makroökonomischer Stabilität zentral:

- **Fiskalpolitik** oder Haushaltspolitik: Ausgeglichene Haushaltsbilanz, das heißt die staatlichen Ausgaben dürfen die staatlichen Einnahmen nicht überschreiten.
- **Geldpolitik**: Geldmengensteuerung und Zinssätze beeinflussen Inflation und Beschäftigung
- **Wachstumspolitik**: Förderung von Investitionen, Lohnpolitik und Wechselkurspolitik

Sowohl die Fiskalpolitik als auch die Geld- und Wachstumspolitik sind von besonderer Bedeutung für die Armen. Wenn Regierungen einen ausgegli-

chenen Haushalt durch Sparmaßnahmen im Sozialbereich anstreben, dann hat diese Politik in armen Ländern negative Auswirkungen auf die Lebenssituation der Bevölkerung mit niedrigeren Einkommen. Ebenso können Korruption und Machtmissbrauch die Haushaltslage negativ beeinflussen und das Investitionsklima verschlechtern.

Von einer hohen **Inflation** sind die Armen am meisten betroffen. Diese müssen einen größeren Teil ihres Geldeinkommens für den Konsum ausgeben als die Reichen. Außerdem besitzen sie das wenige Geld, das ihnen zur Verfügung steht, in der jeweiligen Landeswährung. Sie haben keinen Zugang zu ausländischen, härteren Devisen und sind somit bei einem Verfall der Landeswährung besonders stark betroffen.

Auf der anderen Seite ist der Druck der neoliberalen Wachstumspolitik, die Inflation auf Null zu senken und dabei auch einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen, genau so schlimm für die Armen wie eine zu hohe Inflation. Deswegen muss bei der Inflationsbekämpfung der notwendige Spielraum für produktive Investitionen weiter bestehen bleiben.

Die größte Herausforderung für die Regierungen in Entwicklungsländern bei der Umsetzung einer makroökonomischen Politik zu Gunsten der Armen sind unerwartete, **externe Schocks**: Verschlechterung internationaler Austauschverhältnisse oder Schwankungen internationaler Zinssraten können von den Regierungen der jeweiligen Entwicklungsländer nicht beeinflusst werden und zwingen diese, durch eine darauf reagierende Fiskalpolitik die Einnahmen zu erhöhen oder die öffentlichen Ausgaben zu kürzen.

3.5.6 Entwicklungsimpulse durch Handelspolitik

Die meisten Ökonomen und internationalen Institutionen treten vehement für eine schnelle Handelsliberalisierung in den armen Entwicklungsländern ein, d. h. konkret für den Abbau von Importzöllen, Exportsteuern und die Abschaffung staatlicher Vermarktungsinstitutionen. Die neoliberale Handlungstheorie greift in ihrem Versuch, Handelsliberalisierungen und Wohlstandssteigerungen als Einheit darzustellen, meistens auf die Erfahrungen reicher Länder zurück. Einen empirischen Beleg dafür, dass Handelsliberalisierung in Entwicklungsländern ent-



Dormarkt in Vietnam (Foto: Frank Zander)

scheidend zu Wachstum und Armutsverringerung beigetragen hat, sind die Bretton-Woods-Institutionen bislang jedoch schuldig geblieben (BMZ 2004). Handelsliberalisierungen können sicherlich Vorteile bringen; sie bergen aber auch erhebliche Risiken, insbesondere bei der Verschärfung sozialer Ungleichheiten.

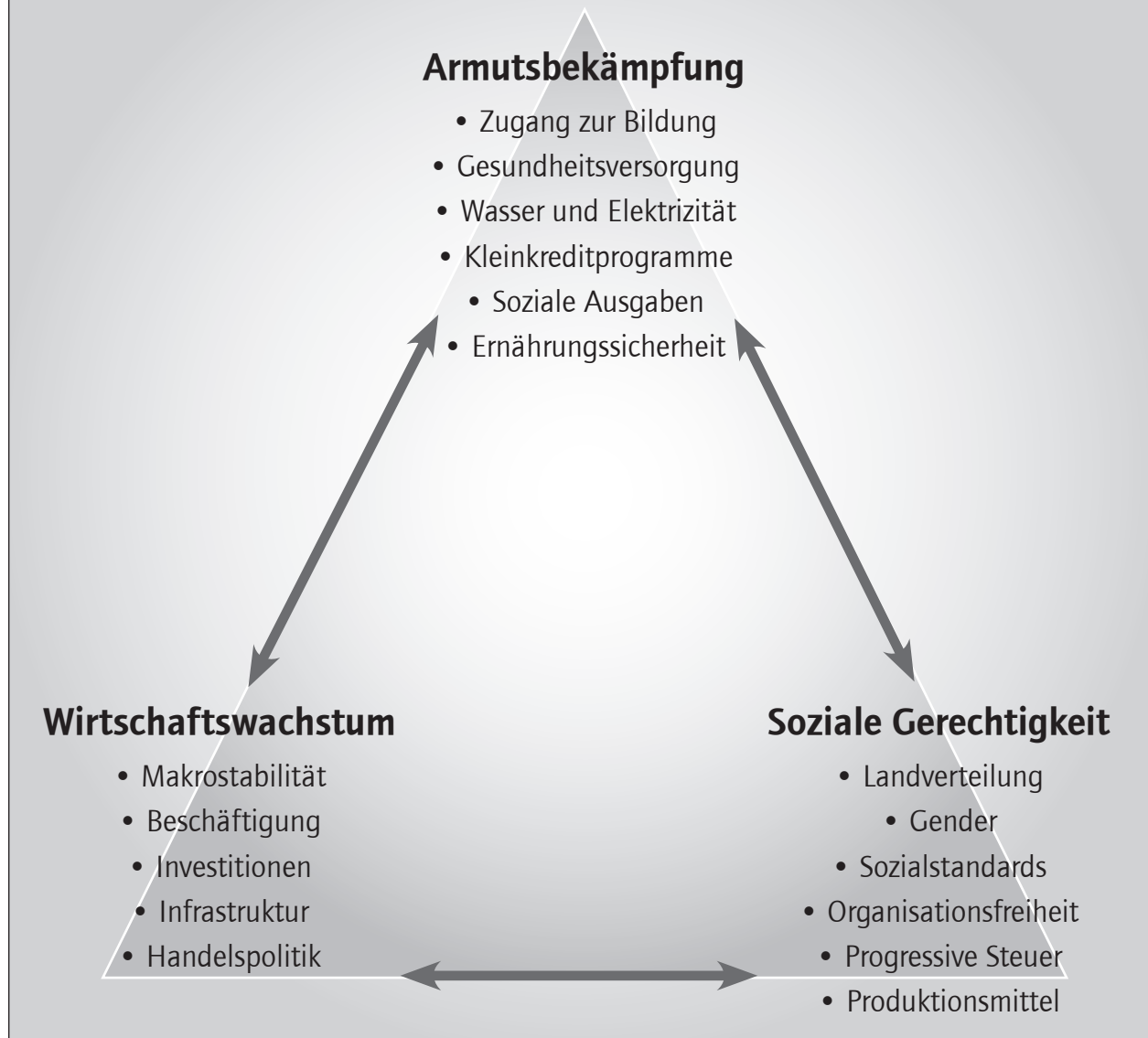
Doch die Handelsliberalisierung verschärft in der Regel Ungleichheiten, nicht nur zwischen verschiedenen Einkommensgruppen (Lohnabhängige vs. Subsistenzarbeit), sondern auch zwischen Regionen (Hafenstädte vs. Hinterland) und Produktionssektoren (exportorientierte Landwirtschaft vs. Nahrungsmittel produzierende Landwirtschaft). Deswegen müssen Vorteile gegenüber Risiken genau abgewogen werden. Eine Handelspolitik zu Gunsten der Armen sollte verhindern, dass heimische Anbieter vom Markt verdrängt werden und dass eine Handvoll ausländischer Anbieter den heimischen Markt vollständig kontrollieren. Darüber hinaus sollten vorhandene Produktions- und Verarbeitungskapazitäten nicht verdrängt werden, sondern mit dem Import ausländischer Technologien neue Impulse bekommen. Die Liberalisierung von Importen sollte nicht zu einem Rückgang der Staatseinnahmen führen. Deshalb müssen Luxusgüter mit höheren Zollgebühren belegt werden als Investitionsgüter. Um effiziente einheimische Produzenten vor ausländi-

scher Billigkonkurrenz zu schützen, muss eine Handelspolitik schließlich die richtige Wahl zwischen Zöllen und Subventionen treffen.

Die Welthandelsorganisation schützt rigoros Patente und damit »die geistigen Eigentumsrechte; dies stellte sicher, dass amerikanische und andere westliche Pharmaunternehmen höhere Profite abschöpfen konnten, indem sie ihre Wirkstoffe durch umfassenden Patentschutz gegen billigere Nachahmerpräparate abschirmten. Dies wiederum bedeutete faktisch das Todesurteil für Tausende von Kranken, weil das öffentliche Gesundheitswesen und die Privatpersonen in den Entwicklungsländern die verlangen hohen Preise nicht mehr bezahlen konnten.« (STIGLITZ 2002: 22).

Regierungen von Entwicklungsländern haben leider keine großen Einflussmöglichkeiten, sich externen Schocks und weltwirtschaftlichen Krisensituationen, die infolge von Handelsliberalisierung und der Deregulierung der internationalen Finanzmärkte eintreten können, zu entziehen. Ihre Möglichkeiten, eine Handels- und Finanzpolitik zu Gunsten der Armen zu gestalten, sind sehr begrenzt. Nur internationale Lösungen können hier zu einem Durchbruch führen.

Abbildung 13:
Dreieck????????????



3.5.7 Internationale Herausforderungen

Unter den gegenwärtigen Bedingungen der Globalisierung können weder Regierungen noch Zivilgesellschaften in den Entwicklungsländern alleine eine Wachstumspolitik zu Gunsten der Armen durchsetzen. Für die Armen haben internationale Ungleichheiten und ungerechte Weltwirtschaftsstrukturen genauso große negative Auswirkungen wie nationale Ungerechtigkeiten. Auf globaler Ebene werden die armen Entwicklungsländer durch die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung und das internationale Finanzsystem benachteiligt. Die Wirksamkeit nationaler Politikmaßnahmen bleibt heute begrenzt. Daher bedarf es einer grundlegenden Neugestaltung

des Welthandelsregimes und des internationalen Finanzsystems, damit allen Beteiligten faire und gleiche Chancen eingeräumt werden. Eine Strategie für ein Wachstum zu Gunsten der Armen zu entwickeln liegt nicht allein in den Händen der Länder des Südens. Auf nationaler Ebene ziehen ungleiche Machtverhältnisse ungleichen Zugang zu Ressourcen nach sich und haben Armut verstärkende Strukturen gefördert. Auf globaler Ebene sind die Länder des Südens nicht selten Opfer von geopolitischen sowie Handels- und Finanzstrukturen, die ebenfalls die Ungleichheit verschärfen. Während IWF und Weltbank die finanzielle Abhängigkeit der Entwicklungsländer und ihrer Kreditnehmer ausnutzen, um dort ein System des freien Handels mit offenen Märkten für alle Produkte ohne Zölle und Beschränkungen einzuführen, haben sie keine Möglichkeiten, dieselbe Zwangs-

jacke den Industrienationen anzuziehen, deren Märkte noch immer geschlossen und deren Agrarprodukte allein durch Subventionen konkurrenzfähig gemacht werden. Durch die nur einseitig durchgeführten Liberalisierungsmaßnahmen werden die Ungleichheiten zwischen den Ländern des Nordens und des Südens weiter verstärkt.

Vision eines gerechteren Handels

Zwei Visionen für ein Welthandelsregime stehen sich heute gegenüber:

- Das Welthandelsregime soll den Marktteilnehmern mehr Stabilität und Berechenbarkeit gewährleisten, indem die Eingriffsmöglichkeiten von Regierungen zurückgedrängt werden. Wirtschaftliche Freiheit und nicht Entwicklung und Armutsreduzierung wird nach dieser Vision als Selbstzweck angesehen.
- Die andere Vision sieht ein Welthandelsregime mehr als Mittel und weniger als Selbstzweck. Nach dieser Auffassung sollte das Ziel jedes Welthandelsregimes sein, nachhaltige menschliche Entwicklung und damit Armutsbekämpfung zu ermöglichen.

Auf den ersten Blick scheinen beide Visionen komplementär zu sein, zwei Seiten derselben Medaille. Doch die reale Praxis zeigt, dass der Gegensatz zwischen beiden Visionen dazu führt, dass die Realisierung des einen Ziels nur auf Kosten des anderen erreicht werden kann.

Mächtige und reiche Nationen treten stärker für die erste Vision eines Welthandelsregimes ein. Sie setzen ihre Vorstellungen von Welthandel mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Druckmitteln durch, wenn nötig auch unter Anwendung militärischer Gewalt zur Sicherung des Zuganges zu strategischen Rohstoffen. Die Kontrolle wichtiger multilateraler Institutionen wie Internationaler Währungsfonds, Weltbank oder Welthandelsorganisation sowie die direkte oder indirekte Beeinflussung von Entscheidungen gehören dazu: »In fast allen Bereichen überall auf der Welt wurde Kooperation durch Wettbewerb ersetzt, der öffentliche Sektor wird abgebaut und an den Privatsektor abgegeben, Monopole und transnationale Unternehmen übernehmen die Kontrolle« (AGAPE, 2005: 16).

Aus einer anderen, entwicklungspolitischen Perspektive sollte ein Welthandelsregime hingegen den Rahmen dafür schaffen, dass nationale Ressourcen effizient eingesetzt werden können, wodurch die ar-

beitsfähige Bevölkerung eines Landes zunehmend Beschäftigung findet und die Wirtschaft in der Lage ist, Wohlstand für die Mehrheit zu schaffen. Angesichts der gegenwärtigen Situation fühlen sich die meisten Vertreter der armen Länder vom gegenwärtigen Welthandelsregime benachteiligt. Sie versuchen, sich gegen weitere Liberalisierungen zu Wehr zu setzen, da sich die Verheißungen der Vergangenheit als falsch erwiesen haben.

Der Ökonom Ha-Joon Chang hat untersucht, welche Faktoren den Aufstieg Europas, Nordamerikas sowie asiatischer Staaten zu Industrienationen ermöglichten. Er belegt, dass diese ihren Reichtum unter anderem dem Bruch von Patenten, Zöllen, Subventionen und allgemein einer Steuerung Wirtschaft durch den Staat verdanken. Dies untersagen heute die von den Industrienationen vorgegebenen Welthandelsregeln. Chang bezeichnet dies als »Wegtreten der Leiter«: Reiche Staaten stehen auf dem hohen Podest ihres Wohlstandes und verhindern, dass anderer zu ihnen aufsteigen. (CHANG 2002)

Konkrete Schritte für die Verwirklichung eines gerechten Welthandels- und -finanzsystems sind:

- Schaffung eines **internationalen Wettbewerbsrechtes und sozialer Standards**: Es gibt immer noch kein internationales Wettbewerbsrecht, das die Konzentration wirtschaftlicher Macht durch eine zuverlässige Kontrolle, klare Regeln und effektive Sanktionen verhindert. Zudem ist es bis heute nicht möglich gewesen, soziale Standards, wie sie z.B. die Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) schon ausgearbeitet hat, durchzusetzen, um zu verhindern, dass die Expansion des Welthandels zu Lasten der Ärmsten und der künftigen Generationen geht.
- Schaffung internationaler **ökologischer Standards**: die bisherigen Bemühungen etwa im Bereich des Klimaschutzes oder der Herstellung sowie des Vertriebes gefährlicher Chemikalien sind bei weitem noch nicht ausreichend, um zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise zu kommen. Bestehende Abkommen müssen daher verschärft und weltweit umgesetzt werden.
- Schaffung eines **gerechten Entschuldungsverfahrens**: Die Beziehungen zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern werden nicht durch eine internationale Instanz geregelt, die verhindert,

dass der Schuldendienst auf Kosten sozialer Dienstleistungen geht und die Verarmung breiter Teile der Bevölkerung in den Schuldnerländer nach sich zieht. Die Asienkrise hat deutlich gezeigt, dass die gegenwärtige Weltfinanzordnung und die Konkurrenz der drei Hauptwährungen (Euro, US-Dollar und Yen) Turbulenzen auf den Finanzmärkten der Schwellenländer verursachen, die zur Zerstörung von Produktionsbereichen und zum Verlust von Arbeitsplätzen führen.

- **Abschaffung von ungerechten Zollschränken und Subventionen der reichen Industriestaaten:** Während IWF und Weltbank die finanzielle Abhängigkeit der Entwicklungsländer und ihrer Kreditnehmer ausnutzen, um ein System des freien Handels mit offenen Märkten für alle Produkte ohne Zölle und Schranken einzuführen, haben die Entwicklungsländer keine Möglichkeiten, von den Industrienationen das Gleiche einzufordern. Vor allem für Agrarprodukte aus dem Süden sind die Märkte des Nordens noch immer geschlossen. Hohe Subventionen in den reichen Ländern machen diese ansonsten unrentablen Produkte auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig und sorgen für einen internationalen Preisverfall. Durch diese nur einseitig durchgeführten Liberalisierungsmaßnahmen des Welthandels werden die Ungleichheiten unter den Ländern weiter verstärkt.

Gleichzeitig übersieht die Strategie der internationalen Finanzinstitute, dass auch die heutigen Industrienationen, inklusive der neuen südostasiatischen Industrie- und Schwellenländer, in ihrer historischen Entwicklung ausnahmslos ähnliche Modelle zum Schutz der eigenen Industrieproduktion ange-

wendet haben. Und sie tun es, wie im Falle der Agrarprodukte, noch immer, sobald die Konkurrenzfähigkeit bestimmter Produktionszweige auf dem Weltmarkt gefährdet ist.

Das heute vorherrschende Steuerungsprinzip des »freien Marktes« allein erlaubt nicht, Wirtschaftswachstum mit sozialer Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung zu verbinden. Die Verbindung zwischen Welthandel und Armut kann nicht auf einen Zusammenhang von Handelsliberalisierung und Armut reduziert werden. Was beispielsweise für einige wenige Länder zutreffend sein mag, nämlich, dass »Handelsliberalisierung, marktorientierte Reformen und Exportförderung helfen, Armut zu reduzieren...« (WORLD BANK 2005: 3) ist für die meisten Entwicklungsländer falsch.

Harare, Zimbabwe (Foto: Frank Zander)



4. FORDERUNGEN AN BUNDESREGIERUNG, VERBRAUCHERINNEN UND KIRCHEN

4.1 Erwartungen an die Bundesregierung

Zwar hat das deutsche Bundesministerium für Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Recherchen zum Thema »Wachstum zu Gunsten der Armen« unterstützt, es fehlt jedoch eine klare Positionierung zu den Maßnahmen, die notwendig sind, eine Umorientierung zu erreichen. Der Versuch, durch ein Wachstum zu Gunsten der Armen deren Situation nachhaltig zu verbessern, ruft nach einer neuen Politik. Eben dazu hat sich die Bundesregierung wiederholt verpflichtet. Diesen Verpflichtungen müssen Taten folgen.

Millenniumsziele unterstützen – Armut bis 2015 halbieren

Die Staaten der Welt haben im September 2000 nach zähen Verhandlungen zwischen reichen und armen Ländern beschlossen, weltweit bis 2015 gemeinsam Maßnahmen umzusetzen, durch die die Zahl der Armen deutlich reduziert werden soll:

»Auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Jahre 2000 zogen die Staats- und Regierungschefs eine Bilanz des sehr ungleichen Stands der menschlichen Entwicklung auf der Welt und bekannten sich zu ihrer gemeinschaftlichen Verantwortung, weltweit die Grundsätze der Menschenwürde, der Gleichberechtigung und der Billigkeit zu wahren. Sie erklärten ihre Unterstützung für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte und formulierten darüber hinaus acht Ziele für Entwicklung und die Beseitigung der Armut, die bis zum Jahr 2015 erreicht sein sollen:

- Beseitigung der extremen Armut und des Hungers.
- Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung.
- Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frau.
- Senkung der Kindersterblichkeit.

- Verbesserung der Gesundheit von Müttern.
- Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten.
- Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit.
- Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft.« (UNDP 2002: 19–20)

Angesichts der dramatischen Situation der Länder mit niedrigem Einkommen scheinen auch diese vereinbarten Maßnahmen relativ bescheiden. Viele internationale Experten und Politiker im Norden und im Süden sehen ausreichende Spielräume, um in demselben Zeitraum das Armutproblem vollständig zu lösen.

Bereits fünf Jahre nach dem Formulieren dieser eher bescheidenen Ziele zeichnet sich ab, dass sie in weiten Teilen der Welt nicht erreicht werden, weil die meisten reichen Länder ihre Finanzierungszusagen nicht eingehalten haben. In Zwischenberichten nach den ersten fünf Jahren wird festgestellt, dass viele Entwicklungsländer den Zeitplänen hinterherhinken. Vor allem in Afrika südlich der Sahara und Teilen Asiens werden die Ziele bis 2015 nicht umzusetzen sein, wenn nicht verstärkte Anstrengungen unternommen werden (UN 2005A, WHO 2005, WORLD BANK 2005).

4.1.1 Entwicklungshilfe steigern und anders verteilen

Eine wichtige Ursache – neben den landesinternen Ursachen in den betroffenen Staaten – ist der Mangel an Geld. Der größte Teil der erforderlichen Gelder müsste in Bereiche fließen, die zunächst keine direkten Gewinne abwerfen: Zwar profitiert beispielsweise langfristig auch die Wirtschaft von einer verbesserten Schulbildung, doch der Neubau von Grundschulen oder die Ausbildung und Einstellung von Lehrern können nicht über direkte Kredite von privaten Investoren finanziert werden.

Daher geht das Entwicklungshilfeprogramm der Vereinten Nationen davon aus, dass zum Erreichen aller festgehaltenen Ziele eine schrittweise Verdreifachung der derzeitigen Entwicklungshilfe auf rund 195 Milliarden Euro im Jahre 2015 erforderlich ist (*UN-MILLENNIUM PROJECT 2005A: 251*).

Eine solche Erhöhung würde bedeuten, dass die reichen Länder den Geldbetrag aufbringen müssten, den sie schon vor Jahrzehnten zugesagt haben. Bereits bei der UN-Generalversammlung im Jahre 1970 versprachen die Industrieländer, in Zukunft 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Entwicklungshilfe zu Verfügung zu stellen.

Dieser Wert wurde nur von ganz wenigen Staaten erreicht. Die Ausgaben der deutschen Bundesregierung sanken sogar von 1990 (0,42 Prozent) bis 2000 um rund ein Drittel auf 0,27 Prozent, um dann bis 2005 wieder auf 0,28 Prozent des BIP zu steigen.

Nicht nur die Höhe der Zahlungen ist wichtig, sondern auch die Frage, ob diese lediglich ausgegeben werden, um hiesigen Unternehmen Aufträge zu sichern, oder ob gezielt den Armen geholfen wird. Bei der Verteilung der deutschen Gelder hat es zwar in den letzten Jahren Veränderungen gegeben, doch auch im Jahr 2002 wurden von den geleisteten Zahlungen nur 10 Prozent im Sozialbereich ausgegeben, der für die Armen die unmittelbarste Bedeutung hat. Zudem geht nur ein Viertel der Entwicklungshilfegelder an die ärmsten Staaten (*UNDP 2004: 196*).

Daher haben sowohl die Bundesregierung als auch die anderen Geberstaaten, in denen die Relationen meist nicht anders sind, auf dem Weg zur Erfüllung ihrer Versprechen noch viel zu tun.

4.1.2 Neue Finanzierungselemente unterstützen

Da anzunehmen ist, dass die Industrieländer ihre Zusagen erneut nicht einhalten werden, muss die Bundesregierung die Einführung neuer Finanzierungsquellen unterstützen:

- Die Einführung einer Devisenumsatzsteuer könnte ebenfalls erhebliche Mittel freisetzen. Schon eine Steuer von 0,5 Prozent auf alle Umsätze an den Devisenmärkten würde nicht nur große Geldsummen erwirtschaften, sondern auch kurzfristi-

ge spekulative Geldanlagen – die die Stabilität der Empfängerländer bedrohen – unterbinden: Wird Geld aus spekulativen Gründen innerhalb weniger Tage in den unterschiedlichsten Ländern immer wieder neu angelegt, würde die Steuer jedes Mal anfallen und so solche Geschäfte deutlich verteuern. Langfristige Anlagen würden dagegen von einer geringen Steuer kaum betroffen. Wie die Asienkrise Ende der 1990er Jahre gezeigt hat, kann die dadurch entstehende Destabilisierung von Volkswirtschaften im schlimmsten Fall sogar regionale und globale Krisen nach sich ziehen. Langfristige Anlagen wären dagegen kaum betroffen. Eine Reduzierung der ständigen Kursschwankungen könnte Geschäfte sogar sicherer machen. Umsetzbar wäre eine Devisenumsatzsteuer relativ einfach. Die weltweiten Spekulationen werden nur über eine Handvoll Börsen getätigt, die größtenteils in Industrieländern liegen. Da der Handel ohnehin über Computersysteme läuft, wäre die Einführung der Steuer relativ leicht und ohne größere zusätzliche Kosten zu bewerkstelligen.

- Die Einführung einer internationalen Kerosinsteuer könnte nicht nur erhebliche Mittel für die Reduzierung der Armut freisetzen, sondern auch noch zu einer Reduzierung der Umweltbelastungen durch den Flugverkehr beitragen.
- Die britische und die französische Regierung haben eine Initiative für die Einführung einer »International Finance Facility« (IFF) vorgeschlagen: Die Industrieländer sollen durch die Ausgabe von Staatsanleihen auf den internationalen Finanzmärkten zusätzliche Ressourcen mobilisieren. Die IFF sollte damit in die Lage versetzt werden, in einem Zeitraum von 15 Jahren Zahlungen in Höhe von jährlich bis zu 50 Mrd. US-Dollar an die ärmsten Entwicklungsländer überwiegend als Zuschuss zu leisten. Allerdings sollen die Mittel von insgesamt 500 Mrd. US-Dollar nur Ländern zur Verfügung gestellt werden, die die Konditionen der reichen Länder erfüllen, da die notwendigen Finanzmittel durch Zahlungsverpflichtungen der Regierungen dieser Länder gedeckt werden.

Es ist offensichtlich, dass die Bundesregierung wie auch die anderen Industrieländer in der Pflicht sind. Angesichts dieser Situation sollte die Bundesregierung die nötigen Vorgaben und Instrumente entwickeln, um ihren Beitrag zur Erfüllung der Millenniumsziele, zu denen sie sich nach wie vor uneingeschränkt bekennt, zu leisten.

4.1.3 Armutsbekämpfung als Leitlinie internationaler Politik

Die Entscheidungen über die Gestaltung der Globalisierung treffen Politikerinnen und Politiker. Die Bundesregierung bestimmt sowohl innenpolitisch – durch ihre Sozial-, Steuer- und Arbeitsgesetze – als auch international den Rahmen mit, innerhalb dessen die Wirtschaft sich bewegt: In allen entscheidenden internationalen Institutionen hat die deutsche Regierung ein gewichtiges Wort mitzureden.

Vor dem Hintergrund der von der Bundesregierung mitgetragenen Millenniumsziele der Vereinten Nationen – eine Halbierung der extremen Armut bis 2015 – müssen Teile der deutschen Politik grundlegend verändert werden. Dies geht weit über die immer wieder versprochene Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes hinaus. Daher fordern wir von der Bundesregierung:

- Die Bundesregierung muss sich für die dargelegten Reformen der multilateralen Institutionen und der Wirtschaftsbeziehungen einsetzen (siehe Kapitel 3.5).

Welthandel reformieren – Arme schützen

Durch die ungerechte Handelspolitik der Industrieländer in den Entwicklungs- und Schwellenländern entstehen jährlich Verluste, die sich auf ein Mehrfaches der Entwicklungshilfezahlungen summieren. Subventionen, Einfuhrbeschränkungen und Zölle verhindern in vielen Bereichen ein Wachstum, das für eine Verbesserung der Situation der Armen verwendet werden könnte. Umgekehrt mussten Länder des Südens in vielen Fällen unter dem Druck der Welthandelsorganisation und des Internationalen Währungsfonds ihrerseits Importbeschränkungen weitestgehend abbauen (*SÜDWIND 2003: 32–47*).

Diese in vielen Bereichen einseitige Öffnung der Entwicklungsländer muss auf den Prüfstand:

- Den Entwicklungsländern muss erlaubt werden, eine eigene Strategie zu entwickeln, wie ihre Einbindung in den Welthandel der Reduzierung der Armut dienen kann.
- Ihnen muss ermöglicht werden, diese Strategie umzusetzen, auch wenn es dazu erforderlich ist, bestehende Verträge innerhalb der WTO zu ändern.

- Die Zollschränken und Subventionen der reichen Industriestaaten, die eine Reduzierung der Armut in Entwicklungsländern verhindern, müssen abgeschafft werden (siehe Kapitel 3.5 bzw. siehe S. XX).

Schuldenerlass

Bislang entscheiden allein die Gläubiger darüber, wie mit einem Land, das in Zahlungsunfähigkeit geraten ist, zu verfahren sei. Die Gläubiger, die sich somit zu Richtern in eigener Sache machen, können in dieser Machtstellung ihre Eigeninteressen problemlos durchsetzen. Angesichts der sehr zweifelhaften Rolle, die sie in der Vergangenheit bei der Entwicklung der Verschuldungskrise gespielt haben, ist diese Tatsache doppelt fragwürdig.

Um die Finanzierung der Millenniumsziele zu gewährleisten, sollten die Schulden von mehr als 50 Ländern mit niedrigem Einkommen vollständig erlassen werden. Ein weitgehendes Entschuldungsprogramm beinhaltet nicht nur eine Erleichterung des Schuldendienstes, sondern auch die Streichung des Kapitals.

Bestehende Entschuldungsprogramme müssen auf sämtliche überschuldeten Länder ausgeweitet werden und nicht – wie die G8-Initiative 2005 beschlossen hat – lediglich auf eine kleine Gruppe von 18 afrikanischen Ländern beschränkt bleiben.

Orientierungsmaßstab für die Berechnung der Schuldentragfähigkeit soll nicht nur die Entwicklung der Exporteinnahmen (Liquidität) sein. Im Mittelpunkt einer solchen Analyse sollte die Fähigkeit des öffentlichen Sektors der Länder mit niedrigen Einkommen stehen, Gesundheits- und Bildungsversorgung sowie soziale Infrastruktur zu finanzieren.

Es gibt mehrere Quellen aus denen ein solches Programm finanziert werden kann, ohne die SteuerzahlerInnen in den reichen Ländern zu belasten. So könnten beispielsweise durch den Verkauf der Goldreserven mehr als 35 Mrd. US-Dollar für die Finanzierung des Schuldenerlasses von Krediten des Internationalen Währungsfonds und der regionalen Entwicklungsbanken mobilisiert werden.

Für eine Verfahrensreform in der Entschuldungsstrategie ist es wichtig, dass Gläubiger und Schuldner als gleichberechtigte Partner Wege aus der Verschuldungssituation suchen und eine unabhängige Instanz über notwendige Erlasse und Schuldentragfähigkeit entscheidet. Grundlage der Entscheidung muss dabei die Sicherung der Grundbedürfnisse der

Bevölkerung in dem Schuldnerland sowie eine finanzielle Unabhängigkeit für einen eigenverantwortlichen Neuanfang sein. Motivation für einen Schuldenerlass ist nicht die maximale Befriedigung der Gläubigerinteressen, sondern der wirtschaftliche Neuanfang des Schuldners.

- Die Bundesregierung muss für ein faires und transparentes Entschuldungsverfahren eintreten, das alle untragbar verschuldeten Staaten durchlaufen können.
- Die Bundesregierung muss ihren Anteil an den Geldern aufbringen, die zur Entschuldung untragbar hoch verschuldeter Staaten benötigt werden.
- Diese Zahlungen dürfen nicht aus dem Entwicklungshilfshaushalt entnommen werden und diesen so weiter reduzieren.

Vereinte Nationen und ihre Unterorganisationen stärken

Erklärungen der Vereinten Nationen wie der 1976 in Kraft getretene »Pakt über bürgerliche und politische Rechte« (IPBPR) sowie der im gleichen Jahr entstandene »Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte« (IPWSKR) müssen Vorrang bekommen vor den Abkommen nicht demokratisch funktionierender Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Welthandelsorganisation.

Gleiches gilt auch für Übereinkommen, welche in Unterorganisationen der UN wie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) und im Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) – um nur einige zu nennen – international verbindlich unterzeichnet wurden. Alle internationalen Verträge, die nicht mit den innerhalb der UN verabschiedeten Erklärungen vereinbar sind, sind aufzuheben. Die UN-Organisationen benötigen auch in Wirtschaftsfragen wirksame Sanktionsmöglichkeiten, um gegen den Bruch von internationalen Verträgen vorgehen zu können. Daher fordern wir von der Bundesregierung:

- Die Bundesregierung sollte sich für eine deutliche Stärkung der Vereinten Nationen einsetzen.

IWF, Weltbank und Welthandelsorganisation reformieren

Die Machtstrukturen innerhalb des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der Welthandelsorganisation sind so aufgebaut, dass die reichen Staaten ihre Vorstellungen weitestgehend durchsetzen können. Der IWF legt beispielsweise in vielen Staaten durch seine Vorgaben fest, wie viel Geld die Regierungen ausgeben dürfen.

- Die Bundesregierung sollte in allen drei Institutionen dafür eintreten, dass die Leitungsgremien demokratisiert werden. Zudem müssen ihnen Kompetenzen entzogen und in Gremien der Vereinten Nationen zurückverlagert werden.
- Bei allen zukünftigen Auflagen und Verträgen muss vor Unterzeichnung überprüft werden, welche Auswirkungen diese auf die wirtschaftliche Situation der Armen haben.

Politik der Europäischen Union umgestalten

Viele europäische Regierungen halten die Zusage, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Entwicklungshilfe auszugeben, nicht ein. Zugleich gab die EU im Jahre 2002 1,3 Prozent des BIP für Subventionen im Agrarbereich aus (*UNDP 2004: 197*). Diese Subventionen haben in vielen Bereichen erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklungsländer. Die dortigen Bauern müssen gegen subventionierte Produkte aus den Industrieländern konkurrieren. Zudem können sie ihre Exportmöglichkeiten auf die Märkte der Industrieländer nicht ausnutzen, da sie gegen künstlich verbilligte Produkte antreten, die zudem in vielen Bereichen durch Zölle und Einfuhrbeschränkungen noch zusätzlich gegen Konkurrenz geschützt sind. Auch in anderen Bereichen verschließt die EU ihre Grenzen vor konkurrenzfähigen Produkten. Daher fordern wir von der Bundesregierung:

- Die Bundesregierung als mächtigster Staat der EU muss dafür eintreten, dass die Wirtschafts- und Entwicklungspolitik des Staatenbundes nach den in Kapitel 3.5 aufgeführten Kriterien reformiert wird.

4.2 Der Bürger als Konsument

Dies vorweg: Die Zusammenhänge der Globalisierung und deren Auswirkungen auf das Leben der Armen sind so vielfältig, das niemand alle Maßnahmen restlos umsetzen kann, die zur Verbesserung dieser Situation möglich wären. Doch an vielen einzelnen Stellen finden Aktivitäten statt, die Jede und Jeder von uns mit den persönlich vorhandenen Möglichkeiten unterstützen könnte. Auch die deutschen Konsumentinnen und Konsumenten haben Einfluss auf die Frage, ob ein Wachstum zu Gunsten der Armen stattfindet.

Billig ist nicht alles

In der Bibel gilt Geiz als Todsünde, in der heutigen Werbung ist er »geil«, und wer nicht geizig ist, ist »blöd«. Mal abgesehen davon, dass viele der so beworbenen Produkte weder billig noch günstig sind, wird auf diese Weise suggeriert, dass alleine der Preis entscheidet, was gut und was schlecht ist. Die Werbung gibt den Takt vor, die KonsumentInnen entscheiden oft nur nach dem Preis, und die Unternehmen berufen sich bei Kritik an ihrem Verhalten darauf, sie würden von den VerbraucherInnen dazu gedrängt, möglichst billig einzukaufen.

Trotz des Problems, dass gerade die steigende Zahl der Armen auch hier in Deutschland darauf angewiesen ist, möglichst billig einzukaufen, sollte sich jede/r Einzelne Fragen nach den Folgen seines/iheres Konsums stellen:

- Kaufe ich die Kartoffeln aus Ägypten oder wurde für deren Produktion so viel Wasser, Land und Energie verbraucht, dass für die kleinen Bauern vor Ort, die ihre eigenen Nahrungsmittel anbauen wollen, nichts mehr übrig bleibt?
- Soll ich Kleidungsstücke aus Bangladesch, Kambodscha oder Madagaskar überhaupt kaufen?
- Kaufe ich Spielzeug aus China?

Das Problem für die KonsumentInnen liegt darin, dass sie in der Regel außer dem Preis auf Anhieb nichts über das gewünschte Produkt erfahren. Auch wenn eine eingehende Untersuchung eines jeden Einkaufes beim gegenwärtigen Stand der Informationen in der Regel nicht möglich ist, können Nachfragen in einzelnen Fällen schon große Veränderungen bewirken.

Nachfragen macht Druck!

Der Erfolg von Kampagnen wie der für »saubere Kleidung« zeigt, dass die KonsumentInnen auch beim Kauf von Massenware einen Einfluss haben: Permanente Nachfragen von KundInnen in den Geschäften haben dazu geführt, dass ein Teil der deutschen Bekleidungsunternehmen nach und nach von ihren Zulieferern Mindeststandards für die Arbeitsbedingungen der weltweit verstreut arbeitenden Beschäftigten verlangen (*SÜDWIND 2003A/WICK 2005*). Ähnliche Entwicklungen gibt es auch in anderen Bereichen. Ziel ist es, den KonsumentInnen neben dem Preis auf einen Blick auch Informationen über die sozialen Hintergründe der Produktion ihrer Waren zu geben.

- Fragen Sie nach, woher Blumen, Kleidungsstücke, Spielzeug oder billige Elektronik kommen. Zeigen sie den Unternehmen, dass Sie nicht nur am Preis interessiert sind.
- Unterstützen Sie Kampagnen, die Rechenschaft von Unternehmen verlangen.
- Treten Sie für weltweit verbindliche soziale Arbeitsstandards ein, wie sie die Vereinten Nationen definiert haben. Erst die nachprüfbare Umsetzung dieser Standards wird dazu führen, dass Sie eine echte Chance haben, mit relativ geringem Aufwand Kaufentscheidungen nach sozialen Kriterien zu treffen.

Fairen Handel und Kampagnen stärken

Für einen (kleinen) Teil der Einkäufe gibt es mittlerweile Alternativen: Produkte aus fairem Handel werden so produziert, dass den Menschen, die diese ernten oder herstellen, wesentlich höhere Einnahmen zukommen, als es im herkömmlichen Handel die Regel ist.

Diese Art des Handels betrifft leider nur einen verschwindend kleinen Teil des gesamten Umsatzes. Daher ist es dringend erforderlich, auch für den großen Rest alternative Möglichkeiten zu finden.

Eine Vielzahl von Kampagnen arbeitet zu diesen Themen. Sie fordern, dass soziale Aspekte und Umweltstandards im Handel eingehalten werden. Sie wollen durchsetzen, dass der globale Austausch von

Waren so gestaltet wird, das er ein Wachstum zu Gunsten der Armen ermöglicht. Zudem wollen sie erreichen, dass neben dem Preis auch die Produktions-

bedingungen für die KonsumentInnen transparenter werden (Kontaktadressen siehe Seite XX / **Fallbeispiel 7**).



Aktion »Gerechtigkeit Jetzt« (Foto: unbekannt)

4.3 Aktivitäten von Gemeinden

Entwicklungspolitische Arbeit nimmt ihren Anfang oft in den Netzwerken, die sich in Kirchengemeinden gebildet haben. Sie sind der Ausgangspunkt für Weltläden, Partnerschaften mit Gruppen in Schwellen- und Entwicklungsländern oder auch direkte Engagements in Kampagnen.

Die Menschen in diesen Netzwerken können durch Bildungsangebote erreicht werden und bringen ihr Wissen in ihren Alltag mit ein.

Diese Aktivitäten müssen aufrecht erhalten und verstärkt werden:

- Es ist eine wichtige Aufgabe der Basisbewegungen, Informationen über die Ansätze zur Schaffung eines Wachstums zu Gunsten der Armen zu verbreiten, indem sie Faltblätter streuen, Kampagnen unterstützen und Informationsveranstaltungen organisieren.
- Gemeinden können Anträge an Kirchenleitungen und Synoden stellen, in denen sie eine stärkere Thematisierung entwicklungspolitischer Fragestellungen in den kirchlichen Veröffentlichungen fordern.
- Die Partnerschaften mit Gruppen in Schwellen- und Entwicklungsländern sollten dazu dienen, die dortigen Bedürfnisse wahrzunehmen und diese anschließend in Deutschland in die politischen Diskussionen einzubringen.
- Die Bürger zeigen den PolitikerInnen – die von ihnen gewählt werden wollen – durch Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, die Versendung von Protestbriefen etc., dass eine größere Zahl von Menschen hinter den Forderungen von Kampagnen steht.
- Gerade in Zeiten sinkender finanzieller Zuwendungen für die Nord-Süd-Arbeit sowohl durch die Politik wie auch durch SpenderInnen müssen die Gemeinden ihre Unterstützung dieser Arbeit aufrecht erhalten.

Fallbeispiel 7: Gerechtigkeit jetzt! – Die Welthandelskampagne

Über eine stärkere Einbindung in den Welthandel soll die Armut in Entwicklungsländern gesenkt werden. Die deutsche Regierung selbst sowie die Europäische Union fordern in vielen Bereichen eine weitere Liberalisierung des Handels. Doch viele internationale Abkommen über den Welthandel benachteiligen die ärmeren und schwächeren Staaten oder werden zu Lasten der armen Bevölkerungsgruppen in diese Staaten abgeschlossen. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen schrieb dazu: »Der Welthandel ist jedoch hochgradig reguliert, wobei die einflussreichen Akteure alle Fäden in der Hand halten und von gleichen Bedingungen nicht die Rede sein kann. Die Hürden für den Verkauf auf dem Weltmarkt sind für durchschnittliche arme Menschen doppelt so hoch wie für typische Arbeiter in reichen Ländern« (UNDP 2002: 38).

Deshalb haben sich mittlerweile 36 Organisationen aus den Bereichen Entwicklung, Kirche, Umwelt, Menschenrechte und Gewerkschaften zu *GERECHTIGKEIT JETZT! – DIE WELTHANDELSKAMPAGNE* zusammengeschlossen. Die Kampagne tritt für Gerechtigkeit im Welthandel ein und fordert Handelsregeln, die allen Menschen, insbesondere den Armen, und der Umwelt dienen. Daher verlangt sie eine grundlegende Umgestaltung der bestehenden Welthandelsordnung.

Welthandelsorganisation kontra Armutsreduzierung

Gerechtigkeit im Welthandel ist ein globales Anliegen zahlreicher Initiativen weltweit – in Ländern des Südens und des Nordens. Inspiriert von dem Trade Justice Movement in Großbritannien, sind in Europa bereits ähnliche Kampagnen in Irland, Norwegen, der Schweiz und in Deutschland aktiv. Die Kampagne ist somit Teil einer wachsenden internationalen Bewegung für mehr Gerechtigkeit im Welthandel. Mit gebündelter Kraft will die Bewegung den Druck auf Politik und Wirtschaft für einen Kurswechsel in der Welthandelspolitik erhöhen.

Dabei richtet sich *GERECHTIGKEIT JETZT!* an alle Organisationen, Gruppen und Initiativen sowie Einzelpersonen, die sich für die Welthandelsproblematik interessieren und nicht mehr länger tatenlos zusehen wollen.

Nach dem Scheitern der letzten Verhandlungsrunden über weitere Handelserleichterungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) – Entwicklungsländer legten ein Veto gegen die von den reichen Staaten vorgeschlagenen Abkommen ein – sollte die Handelspolitik so verändert werden, dass die Armen profitieren. Doch die Vorschläge, bei den WTO – Verhandlungen insbesondere im Bereich der Agrarpolitik, die Interessen der Armen stärker zu berücksichtigen, scheiterten bislang weitgehend.

Daher fordert *GERECHTIGKEIT JETZT!* den Einsatz für eine andere deutsche und europäische Handelspolitik. Wichtige Forderungen sind dabei:

- Welthandel geht uns alle an: Deshalb brauchen wir eine faire, transparente und demokratisch kontrollierte Handelspolitik.
- Freihandel ist kein Wert an sich: Deshalb muss Handelspolitik Menschenrechten, Armutsbekämpfung und Umweltschutz dienen.
- Alle Länder haben das Recht, ihre Wirtschaft selbst zu steuern: Deshalb dürfen die politisch und wirtschaftlich Starken die ärmeren Länder nicht länger zur Marktöffnung drängen.
- Angemessene Ernährung, Bildung und Gesundheitsversorgung sind Menschenrechte: Deshalb darf die staatliche Verpflichtung zur Realisierung dieser Rechte nicht durch die Welthandelspolitik ausgehöhlt werden.
- Menschen und Umwelt müssen Vorrang vor Unternehmensprofiten haben: Deshalb müssen Unternehmen und ihre Investitionen durch verbindliche soziale und ökologische Standards reguliert werden.

Aktionen und Veranstaltungen!

Abgestimmt auf die aktuellen politischen Ereignisse finden immer wieder Aktionen und Veranstaltungen der Kampagne statt. Auch im Vorfeld der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation im Dezember 2005 in Hongkong und im Laufe des Jahres 2006 und 2007 wird es Mitmach-Möglichkeiten und Veranstaltungen geben. Ein Blick auf die Homepage der Kampagne www.gerechtigkeit-jetzt.de ab lohnt sich!

4.4 Kirchenleitungen müssen ihre Stimme erheben

Die EKD hat in einer Stellungnahme zu den Millenniumszielen der Vereinten Nationen an die eigene Beschlusslage erinnert:

»Auch die Kirchen sind aufgerufen, zur Erfüllung der Millenniumsziele beizutragen. Die evangelischen Kirchen in Deutschland dürfen deshalb – trotz aller finanziellen Schwierigkeiten – in ihrem Engagement für die Entwicklungszusammenarbeit nicht nachlassen. Wir erinnern an die Empfehlung der EKD-Synode aus dem Jahr 1968 anlässlich der Gründung des Kirchlichen Entwicklungsdienstes (KED), in die Haushalte der Gemeinden und Landeskirchen Mittel für Aufgaben einzusetzen, ‚die der Überwindung der Armut, des Hungers und der Not in der Welt und ihrer Ursachen dienen‘. Die EKD-Synode rief damals die Gliedkirchen dazu auf, ‚schrittweise steigend Mittel in Höhe von 2 bis 5 Prozent der Kirchensteuereinnahmen‘ für die Gemeinschaftsaufgabe zur Überwindung der Armut, des Hungers und der Not in der Welt und ihrer Ursachen bereitzustellen.« (EKD 2005: 11)

Neben den finanziellen Beiträgen können die Leitungsorgane der Kirchen an den verschiedensten Punkten für eine neue Wachstumsstrategie aktiv werden. Eine Reihe von Stellungnahmen der Kirchen zeigt auf, dass auf mehreren Ebenen bereits gearbei-

tet wird. Ihre Ermutigung zur weiteren Arbeit kann zudem ein wichtiger Baustein zur Mobilisierung der Menschen an der Basis sein.

Äußerungen der Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen haben nach wie vor Gewicht. Dies sollten sie nutzen, um die strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen zu thematisieren in:

- eigenen Veröffentlichungen,
- Gesprächen mit PolitikerInnen,
- Gesprächen mit VertreterInnen der Wirtschaft und Gewerkschaften,
- Interviews in den Medien.

Weltweite Kontakte mit Partnern sollten das Thema ebenfalls in den Mittelpunkt stellen:

- Kirchen sollten ihre internationalen Kontakte für den Aufbau einer eigenen Konzeption für die Umsetzung eines Wachstums zu Gunsten der Armen nutzen.
- Zu hinterfragen sind auch die von den oberen Leitungsgremien vorgegebenen Leitlinien für die eigene Beteiligung am Wirtschaftsgeschehen (Umgang mit ihren Angestellten, Einkaufsverhalten, Energieverbrauch, Rücklagenverwaltung etc.).

4.5 Diskussionsprozess innerhalb der Kirchen fortführen

Der gegenwärtige Globalisierungsprozess stellt die Kirchen im Norden und im Süden vor große Herausforderungen. Zwar finden sich in der Kritik der neoliberalen Globalisierung viele Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen. Was aber Lösungsansätze betrifft, gehen die Vorstellungen sehr weit auseinander. Dies liegt daran, dass es nicht immer einfach ist, Antworten auf die Frage zu finden, welches der beste Weg ist, soziale Gerechtigkeit und die Verringerung von Armut zu erreichen. Ähnlich wie andere Institutionen in der Gesellschaft sind sich die Kirchen trotz der vielen wichtigen Gemeinsamkeiten in dieser Frage nicht in allen Punkten einig. Es wäre aber falsch anzunehmen, dass der einzige Gegensatz zwischen »den Kirchen im Norden« und »den Kirchen im Süden« besteht. Bei den Kirchen handelt es sich um Institutionen, in denen unterschiedliche Interessen und Vorstellungen vertreten sind, und zwar sowohl

im Norden als auch im Süden. Grund sind die Globalisierungsprozesse, wie wir sie weiter oben beschrieben haben. Diese wirken sich ganz unterschiedlich auf die verschiedenen Gemeinden aus.

Die Kirchen in den armen Ländern des Südens richten einen dringenden Aufruf an die Kirchen der reichen Länder, in Solidarität mit den Verlierern der Globalisierung im Süden die neoliberale Globalisierung abzulehnen. Auf der Versammlung des Reformierten Weltbundes⁹ in Debrecch (Ungarn) wurde bereits 1997 ein Bekenntnisprozess (Processus Confessionis) vereinbart, in dessen Verlauf eine intensive Beschäftigung mit dem Thema Globalisierung und deren Folgen für die Menschen stattgefunden hat. Mit dem Prozess Confessionis war vor allem

⁹ Zum RWB gehören 218 reformierte, presbyterianische und unierte Kirchen in 107 Ländern, er vertritt 76 Mio. Mitglieder.

die Aufgabe verbunden, im Blick auf die globale Wirtschaft auf die Formulierung eines Glaubensbekenntnisses hinzuwirken, das Gerechtigkeit für die gesamte Schöpfung und das Bekenntnis zur Option Gottes für die Armen aufnimmt und sich klar zu den gravierenden und zerstörerischen Konsequenzen des Neoliberalismus äußert. Auf der Generalversammlung in Accra verabschiedeten die 400 Delegierten nach heftigen Debatten eine gemeinsame Erklärung (siehe SÜDWIND Homepage), die unter anderem gemeinsames Eintreten für weltweite Gerechtigkeit fordert:

»Auf diesem gemeinsamen Weg haben einige Kirchen bereits ihre Verpflichtung in Form eines Glaubensbekenntnisses (confession of faith) ausgedrückt. Wir bitten diese Kirchen dringend, ihr Bekenntnis auf regionaler und lokaler Ebene in konkretes Handeln umzusetzen. Andere Kirchen, die sich bereits auf diesen Prozess eingelassen und entsprechende Aktionen eingeleitet haben, bitten wir ernsthaft um ein weiteres Engagement im Bereich der Aufklärung, des Bekenntnisses und konkreten Handelns. Jene Kirchen, die noch am Anfang des Prozesses, nämlich des Erkennens stehen, bitten wir im Sinn unserer gegenseitigen Verantwortung als Bundesschlusspartner, ihren Aufklärungsprozess zu vertiefen und die Frage eines Bekenntnisaktes (confession) zu erwägen«.

Wie haben bislang die Christen in Deutschland auf den Bekenntnisprozess reagiert? Für die Evangelische Kirche von Westfalen steht eine Wirtschaftsauffassung, die ausschließlich auf die »freien Kräfte des Marktes« setzt, im Widerspruch zum christlichen Menschenbild: Von selbst sorgt der Markt weder für Gerechtigkeit noch für den Schutz der Umwelt. Ausgehend von dieser Überzeugung hat die Westfälische Landessynode im November 2004 unter dem Titel »Wirtschaft im Dienst des Lebens« eine differenzierte Stellungnahme zur Analyse und Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung beschlossen. Damit positioniert sich die Evangelische Kirche von Westfalen (EKvW) in der gegenwärtigen Diskussion der Kirchen in Europa und weltweit im Vorfeld der Vollversammlung des Weltkirchenrates 2006 in Porto Alegre. Die EKvW ist sich mit ihren Partnerkirchen in der weltweiten Ökumene einig, dass dies eine gemeinsame Herausforderung für Christen auf der ganzen Welt ist.

Kairos Europa, ein dezentrales Netzwerk von Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen, die sich für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einsetzen, hat einen Aufruf zum Ökumenischen

Prozess »Wirtschaften im Dienst des Lebens« gestartet. Bei diesem Prozess geht es insbesondere um die folgenden Fragen:

- *Wie verhalten wir uns als Kirchen und Gemeinden zu Geist, Logik und Praxis der neoliberalen Globalisierung mit deren ausschließenden, kriegerischen und Natur zerstörenden Folgen?*
- *Wie glaubwürdig sind wir als Kirchen in unserem eigenen Wirtschaften (Geldanlagen usw.)?*
- *Wie können die Kirchen die biblische Option für die Armen – zusammen mit diesen und mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Attac – eindeutig in die Politik einbringen?*

Ein wichtiger Meilenstein in diesem Prozess wird die Vollversammlung des »Ökumenischen Rates der Kirchen« (ÖRK) 2006 in Porto Alegre sein. Die Vollversammlung steht unter dem Motto: AGAPE – das griechische Wort für Liebe, im biblischen Sinn mit Solidarität zu übersetzen –, das mit dem Vorbereitungsdokument des ÖRK einen weiteren Sinn bekommen soll, nämlich als Abkürzung für: »**A**lternative **G**lobalisation **A**ddressing **P**eople and **E**arth«.

Mit Hilfe dieses Dokuments (siehe SÜDWIND-Homepage) und auf der Basis des bisherigen ökumenischen Prozesses »Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens« sind die Mitgliedskirchen eingeladen, sich auf allen Ebenen auf die Beschlussfassung der Vollversammlung zu diesem zentralen Thema vorzubereiten.

Christinnen und Christen, Gemeinden, ökumenische Gruppen und Netze, kirchliche Verbände und Organisationen werden aufgerufen, sich jeweils an ihrem Ort dafür einzusetzen, dass die kirchlichen Entscheidungsgremien von der lokalen bis zur bundesdeutschen Ebene die Herausforderungen der neoliberalen Globalisierung auf breiter Ebene zur Diskussion stellen und verbindlich in Wort und Tat beantworten.

5. WIE KANN ICH AKTIV WERDEN?

5.1 Materialien für die Bildungsarbeit

■ SÜDWIND-Materialien

Die Grafiken aus der vorliegenden Broschüre sowie weiteres Material aus den vorhergehenden Broschüren der Dekade-Reihe für Vorträge können wahlweise bei SÜDWIND direkt bestellt oder auf unserer Homepage unter www.suedwind-institut.de heruntergeladen werden.

■ Material für den Schulunterricht

- Das Eine-Welt-Netzwerk und das Welthaus Bielefeld stellen gemeinsam eine umfassende Datenbank zu entwicklungspolitischen Unterrichtsmaterialien mit über 1.000 Links zur Verfügung. Einsehbar unter: http://www.eine-welt-unterrichtsmaterialien.de/eine_welt_databases/index.html.
- Das Eine-Welt-Netzwerk bietet eine umfassende Sammlung von Links zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, sortiert nach Organisationen, Themen, Materialien usw. an: <http://www.eine-welt-netz.de/>.
- Das Welthaus Bielefeld bietet unter dem Link Publikationen eine ganze Reihe von Materialien für den Schulunterricht und die Jugendbildung an. Website: <http://www.welthaus.de/>.
- Auf der Homepage www.learn-line.nrw.de finden Sie eine Reihe von Info-Materialien, Statistiken und Graphiken über Ungleichheit und Armut in Deutschland und der Welt unter: <http://www.learn-line.nrw.de/angebote/agenda21/daten/armut.htm>.
- Die Homepage des Bildungsheftes »Informationen zur politischen Bildung« bietet unter <http://www.politische-bildung.net/Download/download.php?Keywords=Entwicklungspolitik%20/%20Eine%20Welt> die Möglichkeit, Unterrichtsmaterial sowie online verfügbare Hefte von »Informationen zur politischen Bildung« herunterzuladen.
- Die Kampagne [fairplay:fairlife](http://www.fairplay-fairlife.de) stellt eine Reihe von Unterrichts- und Bildungsmaterialien in Be-

zug auf fairen Handel und Globalisierung bereit unter: http://www.fairplay-fairlife.de/modules.php?name=6_3. Einiges davon kann kostenlos bestellt oder als PDF-Format frei heruntergeladen werden.

- Auch das Bundesministerium bietet Materialien für den Schulunterricht an sowie die Möglichkeit, kostenlos Filme zum Thema Entwicklungspolitik auszuleihen unter: <http://www.bmz.de/de/service/infothek/bildung/index.html>.

■ Online-Listen zu Kampagnen

- »Entwicklungspolitik Online« (Epo) hat eine Seite zu laufenden Kampagnen: <http://www.epo.de/kampagnen>
- Eine allgemeine Liste von im entwicklungspolitischen Bereich tätigen Organisationen finden Sie ebenfalls bei »Entwicklungspolitik Online« (EPO): http://www.epo.de/index.php?option=com_bookmarks&Itemid=79&mode=0&catid=8&navstart=0&search=
- Globales Lernen hat ebenfalls eine Liste zu Kampagnen: <http://www.globales-lernen.de>. Pädagogisch ausgerichtete Homepage für Fragen der Entwicklungszusammenarbeit. Auch Unterrichtsmaterial vorhanden.
- Norberts Bookmarks für engagierte Leute: <http://www.bessereweltlinks.de> bietet Links zu Organisationen, Aktionen, Kampagnen, Nachrichten etc.

■ Informationen über Wirtschaftsdaten, offizielle Dokumente, Statements diverser Organisationen etc.

- International Labour Organisation (ILO). Offizielle Dokumente und Statements, Daten zu Arbeitslosigkeit, Arbeitsbedingungen etc. in einzelnen Ländern in der Datenbank. <http://www.ilo.org>.

- United Nations Development Programme (UNDP): Informationen über die Millenniumsziele, kostenloser Download des jährlichen Weltentwicklungsberichts, eine ganze Reihe von Informationen und Daten über die menschliche Entwicklung. <http://www.undp.org>. Speziell zum Thema der vorliegenden Broschüre gibt es darüber hinaus noch die Unterkategorie der Website <http://www.undp-povertycentre.org/>.
- Weltbank: Informationen über die Weltbank, allgemeine Länderinfos, Reporte und Arbeitspapiere der Weltbank. Einige der detaillierten statistischen Daten sind kostenpflichtig. <http://www.worldbank.org>.
- Seite über Armutsbekämpfungsprogramme der Weltbank <http://www.worldbank.org/poverty>. Daten über Pro-Poor Growth-Programme und -studien der Weltbank, statistische Daten zur Armut.
- Internationaler Währungsfonds (IWF): Länderdaten, Ländersurveys, Arbeitspapiere, Statements des IWF. <http://www.imf.org>.

Darüber hinaus finden Sie auch auf den Homepages der unten angeführten Kampagnen weitere Hintergrundinformationen zu den jeweiligen Themengebieten.

5.2 Aktionen, Kampagnen und Fairer Handel

»Deine Stimme gegen Armut«-Initiative

»Deine Stimme gegen Armut« ist die deutsche Plattform des »Global Call to Action Against Poverty«, eine internationale Kampagne, die sich mittlerweile in 72 Ländern für ein Ende der Armut einsetzt. Diese Kooperation von Organisationen, Vereinen, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und anderen Gruppierungen ist besonders intensiv in den G7-Ländern aktiv. Ihre Ziele sind:



- mehr und bessere Entwicklungszusammenarbeit;
- ein gerechter Welthandel;
- ein umfassender Schuldenerlass für die armen Länder.

Ganzjährige lokale und bundesweite Aktionen sowie Unterschriftenkampagnen finden Sie auf der Homepage der Kampagne.

Kontakt: Deine Stimme gegen Armut / VENRO / Kaiserstraße 201 / 53113 Bonn / Ansprechpartnerin: Stephanie Angermeier / Tel: 0228/ 94 67 7-16 / E-Mail: deinestimmegegenarmut@venro.org / Homepage: <http://www.makepovertyhistory.de/>.

UN-Millenniums-Kampagne »No excuse – 2015«

Unter diesem Motto mobilisiert die UN-Kampagne offensiv Unterstüt-



zung auf der jeweiligen nationalen Ebene. Alle gesellschaftlichen Gruppen und Kräfte sollen sich für die Millenniumsziele engagieren und von ihren Regierungen konkrete Maßnahmen zu deren Umsetzung einfordern. Die Kampagne wendet sich besonders an Jugendliche.

Kontakt: No Excuse 2015! / Ansprechpartnerin: Dr. Renée Ernst / Görrestr. 15 / 53113 Bonn / E-Mail info@millenniumcampaign.de, Homepage <http://www.millenniumcampaign.de/>.

Global Marshall Plan Initiative

Der Eine-Welt-Marshall-Plan zielt bis 2015 auf die Umsetzung der UN Millennium Development Goals. Als Finanzvolumen ist im Zeitraum 2008 bis 2015 jährlich ein zusätzlicher internationaler Förderrahmen von 100 Milliarden US-Dollar vorgesehen. Das sind circa 0,41 Prozent des Weltbruttosozialprodukts. Die zusätzlichen Mittel sollen aufgebracht werden durch eine Tobin-Abgabe, die Veränderung des Bestands der IWF-Sonderziehungsrechte, eine WTO TERRA-Abgabe sowie eine Kerosinsteuer. Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie unter: <http://www.globalmarshallplan.org>



Kontakt: Global Marshall Plan Initiative / Ansprechpartnerin: Helge Bork / Stiftung Weltvertrag / Stecklhörn 9 / 20457 Hamburg / Tel: 040 - 822 90 420 / E-Mail: info@globalmarshallplan.org / Homepage <http://www.globalmarshallplan.org>.

Gerechtigkeit jetzt!

36 Organisationen aus den Bereichen Entwicklung, Kirche, Umwelt, Menschenrechte und Gewerkschaften haben sich zur Welthandelskampagne »Gerechtigkeit jetzt!« zusammengeschlossen, um ihrer Forderung nach Handelsregeln, die sowohl allen Menschen, insbesondere den Armen, als auch der Umwelt dienen, Nachdruck zu verleihen. Eine weitere Forderung ist die grundlegende Umgestaltung der bestehenden Welthandelsordnung, damit das Ziel der WTO einer Armutsverringerung durch Wachstum nicht nur bloße Rhetorik bleibt. »Gerechtigkeit jetzt!« ist bis 2007 geplant. Dieses Jahr stehen die »Aktionswoche für Gerechtigkeit« und aus aktuellem Anlass »Gerechtigkeit bei der Bundestagswahl« im Vordergrund. Weitere Informationen und Möglichkeiten zum Mitmachen finden sie auf der Homepage der Kampagne.



Kontakt: Gerechtigkeit jetzt! – Die Welthandelskampagne / Am Michaelshof 8–10 / 53177 Bonn / Tel: 02 28-3 68 10 10 / Fax: 02 28-92 39 93 56 / E-Mail: info@gerechtigkeit-jetzt.de / Homepage: <http://www.gerechtigkeit-jetzt.de>.

Attac – Eine andere Welt ist möglich

1998 wurde in Frankreich die Organisation Attac gegründet. Der Name entstand aus der französischen Abkürzung für »Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen« (Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens). Im Mittelpunkt steht die Forderung nach sozialer und ökologischer Gerechtigkeit im Globalisierungsprozess.



Mittlerweile hat Attac rund 90.000 Mitglieder in rund 50 Ländern. In Deutschland bildet Attac ein breites gesellschaftliches Bündnis, das von ver.di über den BUND und Pax Christi bis hin zu kapitalismuskritischen Gruppen unterstützt wird. Immer mehr Menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Herkunft werden in den mittlerweile über 250 Attac-Gruppen vor Ort aktiv. Deutschlandweit hatte das Bündnis Anfang 2005 mehr als 16.000 Mitglieder.

Kontakt: attac Deutschland / Münchener Straße 48 / 60329 Frankfurt / Tel: 069-900281-10 / Fax: 069-900281-99 / E-Mail: info@attac.de / Homepage: <http://www.attac.de>.

CCC: Kampagne für Saubere Kleidung (Clean Clothes Campaign)

Die »Kampagne für Saubere Kleidung« will gemeinsam mit KonsumentInnen den Bekleidungshandel zur konkreten Übernahme seiner Verantwortung für humane Arbeitsbedingungen in der weltweiten Bekleidungsindustrie bewegen. Der TrägerInnenkreis besteht aus 18 Organisationen – von Nichtregierungsorganisationen inklusive SÜDWIND bis hin zu Gewerkschaften wie der IG-Metall und ver.di – sowie einem aktiven Kreis lokaler und regionaler Gruppen. Ziel der Kampagne ist die Verpflichtung von in Deutschland tätigen und ansässigen Einzelhandelsunternehmen zur Einhaltung von sozialen Mindeststandards bei der Herstellung aller ihrer Bekleidungsprodukte.



Wichtigstes Instrument zum Erreichen dieser Ziele ist der Aufbau von massivem öffentlichen Druck auf Einzelhandelsunternehmen der Bekleidungsbranche, damit sich diese ihrer sozialen Verantwortung stellen.

Kontakt: Kampagne für Saubere Kleidung / c/o Vereinigte Evangelische Mission / Rudolfstr. 131 / 42285 Wuppertal / Tel: 0202-89004-316 / Fax: 0202-89004-79 / E-Mail: ccc-d@vemission.org / Homepage: <http://www.saubere-kleidung.de>.

erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung

Ab der Mitte der neunziger Jahre formierten sich in mehr als 50 Staaten Bündnisse, die einen Schuldenerlass für hoch verschuldete Staaten sowie eine Neuregelung der internationalen Verhandlungen zwischen Gläubigern und Schuldnern forderten. Unter Bezug auf Textstellen im Alten Testament forderten die Bündnisse ein »Jubeljahr 2000«, ein »Erlassjahr 2000«. Zu den derzeit rund 900 Mitträgerorganisationen von erlassjahr.de gehören entwicklungspolitische Organisationen, Landeskirchen, Diözesen, Eine-Welt-Gruppen, Kirchengemeinden und Weltläden in allen Teilen Deutschlands. erlassjahr.de ist eingebunden in ein weltweites Netzwerk von ähnlichen Kampagnen und Bündnissen in mehr als 50 Ländern im Süden und Norden.



Erlassjahr.de fordert über einen Schuldenerlass

hinaus die Einführung eines Internationalen Insolvenzverfahrens («Faires und Transparentes Schiedsverfahren«).

Kontakt: erlassjahr.de / Postfach 320520 / 40420 Düsseldorf / Tel: 0211-4693196 / Fax: 0211-4693197 / E-Mail: buero@erlassjahr.de / Homepage: <http://www.erlassjahr.de>.

Fair play : fair life

Kampagne zur Fußballweltmeisterschaft 2006. Es wird die Herstellung von fair gehandelten Bällen thematisiert. Anlass ist die Fußball-WM 2006 als globales Ereignis. Das Motto lautet: »Wenn die ganze Welt im fairen Spiel vereint ist, dann soll auch auf der ganzen Welt zu fairen Bedingungen gearbeitet und gelebt werden!« Infos und Promotion von fair gehandelten Bällen.



Kontakt: Fair play: fair life / bei Informationszentrum Dritte Welt Herne / Overwegstraße 31 / 44625 Herne / Tel: 02323 9949754 / Fax 02323 9949755 / E-Mail: info@fairplay-fairlife.de.

Oikocredit

Die ökumenische Entwicklungsgenossenschaft Oikocredit wurde 1975 gegründet. Sie vermittelt die Anlagengelder ihrer Mitglieder als faire Kredite an Unternehmen und Genossenschaften in armen Ländern. Zurzeit sind 50 Prozent der Darlehen an Mikrofinanzinstitutionen vergeben, die anderen 50 Prozent gehen als Direktkredite an Unternehmen vor allem in den Bereichen Landwirtschaft, Nahrungsmittelverarbeitung und Kleingewerbe.



Oikocredit unterhält inzwischen Geschäftsbeziehungen mit 400 Partnerunternehmen in 50 armen Ländern. Zehntausende von Menschen profitieren von den fairen Darlehen. Die Finanzierungshilfe ermöglicht ihnen, Textilien zu produzieren, Wohnungen zu bauen oder Lebensmittel zu vermarkten.

Kontakt:

Für Deutschland: Oikocredit – Westdeutscher Förderkreis / Ansprechpartnerin: Ulrike Chini / Adenauerallee 37 / 53113 Bonn / Tel: 0228/925973-8/-9 / Fax: 0228/9259740 / E-Mail: oikocredit.bonn@t-online.de. Allgemeine Informationen auf Englisch finden Sie auf der internationalen Homepage: <http://www.oikocredit.org>.

Publish what you pay



In den meisten Entwicklungsländern ist nicht transparent, was mit den Einnahmen aus der Förderung von Rohstoffen geschieht. Die Kampagne fordert daher eine verbindliche Regelung für die gesamte extraktive Industrie. Alle Konzerne sollen veröffentlichen, wie viele Steuern und Gebühren sowie Erträge und Zahlungen aus Gewinnbeteiligungen sie für den Erwerb von Schürfrechten und Rohstoffen zahlen. Die Offenlegung der Zahlungen soll:

- Bestandteil der Kriterien für die Börsenzulassung von Erdöl- und Bergbauunternehmen weltweit sein und
- in die Unternehmensgesetze der Länder bzw. der Europäischen Union integriert werden.

Kontakt: publish what you pay – Deutschland: Ansprechpartnerin: Heidi Feldt / E-Mail: H.Feldt@t-online.de / Homepage international: <http://www.publishwhatyoupay.org>.

Transparency International

Das Ziel von Transparency International ist die Bekämpfung



von Korruption. Die Organisation führt Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Staat zusammen, damit diese kooperieren und gemeinsam einflussreiche Koalitionen bilden können. Transparency International besteht aus dem Internationalen Sekretariat und über 80 unabhängigen nationalen Sektionen.

TI setzt sich für die Implementierung multilateraler Abkommen gegen Korruption in nationales Recht ein und überwacht deren Einhaltung seitens der betreffenden Regierungen, Unternehmen und Banken.

Kontakt: TI-Deutschland / Alte Schönhauser Str. 44 / 10119 Berlin, Tel: 030-549898-0 / Fax: 030-549898-22 / E-Mail: office@transparency.de / Homepage <http://www.transparency.de/>.

■ Fairer Handel

Viele Informationen zu weltwirtschaftlichen Zusammenhängen bekommt man bei den Organisationen, die alternative Handelsstrukturen aufbauen. Zudem können dort fair gehandelte Produkte bezogen werden. Beispielhaft werden hier die beiden größten Or-

ganisationen vorgestellt, deren Produkte mittlerweile in vielen Supermärkten sowie in Weltläden erhältlich sind.

Weltläden

In den meisten Städten gibt es inzwischen Weltläden, die fair gehandelte Produkte von Lebensmitteln über Kleidung und Accessoires verkaufen. Bitte informieren Sie sich über den Standort ihres nächstgelegenen Weltladens unter: <http://www.weltlaeden.de/> unter dem Link: »Weltladen finden«.

Kontakt: Weltladen-Dachverband e.V. / Karmeliterplatz 4 / 55116 Mainz / Tel: 96131.68907-80 / Fax: 06131.68907-99 / E-Mail: info@weltladen.de / Homepage <http://www.weltlaeden.de>

Die gepa – Pionier im fairen Handel



Die gepa (Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten

Welt mbH) mit Sitz in Wuppertal ist die größte Fair-Handelsorganisation in Europa. Als Pionier und langjähriger Marktführer handelt sie seit vielen Jahren zu fairen Preisen direkt und langfristig mit rund 140 Handelspartnern in Lateinamerika, Afrika und Asien. Hauptprodukte sind Kaffee, Tee, Honig, Kakao und Schokolade sowie Handwerksprodukte.

Die gepa zahlt den Zusammenschlüssen von Kleinbauern oder Kleinhandwerkern Preise, die die Produktionskosten decken und darüber hinaus Spielraum für Entwicklungsaufgaben wie Schulbau oder Gesundheitsvorsorge lassen. So können die Produzentinnen und Produzenten aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt sichern.

Kontakt: gepa Fair Handelshaus - Zentrale / Gewerbepark Wagner / Bruch 4 / 42279 Wuppertal / Tel: 0202-266830 / Fax: 0202-2668310 / E-Mail: marketing@gepa.org / Homepage: <http://www.gepa3.de>

TransFair

1992 startete der gemeinnützige Verein TransFair seine Arbeit mit dem Ziel, benachteiligte Produzentenfamilien in Afrika, Asien und Lateinamerika zu fördern und durch fairen Handel ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Dabei handelt TransFair nicht selbst mit Waren, sondern vergibt sein Siegel für fair gehandelte Produkte. Fair bedeutet ein direkter Handel mit den Produzentengruppen unter Ausschluss von Zwischenhändlern, die Zahlung von festgelegten Mindestpreisen über dem Weltmarktniveau, Vorfinanzierung und langfristige Lieferbeziehungen. Dem ersten mit einem TransFair-Siegel versehenen Produkt Kaffee folgten Tee, Kakao, Zucker, Honig, Bananen und Orangensaft. Die Waren mit dem TransFair-Siegel werden in 22.000 Geschäften in der Bundesrepublik angeboten.

Kontakt: TransFair e.V. / Remigiusstr. 21 / 50937 Köln / Tel: 0221-942040-0 / Fax: 0221-942040-40 / E-Mail: info@transfair.org / Homepage: <http://www.transfair.org>



*Tee-Arbeiterinnen in Zimbabwe
(Foto: Frank Zander)*

5.3 Liturgische Bausteine: Wo finde ich was?

■ Gebete

- Bei Brot für die Welt finden Sie **Fürbitten mit »aktuellem Bezug«**, die ständig erweitert werden, sowie unter der Rubrik ‚Fürbitten‘ ein Gestaltungselement für Friedensgottesdienste und -andachten.

Zu finden unter: <http://www.brot-fuer-die-welt.de/gemeinde-aktiv/index.php>.

- Unter dem Titel »Gottes Erde – Land für alle. Gebete für unsere Eine Welt« liegt bei Brot für die Welt eine **umfangreiche Gebetssammlung** in Form eines Ringbuchordners vor. Bestellbar ist die Sammlung bei: Diakonisches Werk der EKD e. V. /BROT FÜR DIE WELT /Zentraler Vertrieb /Karlsruher Str. 11 / 70771 Leinfelden-Echterdingen / Tel: 0711/90216-50 / Fax: 0711/7977502 / E-Mail: vertrieb@diakonie.de.
- Bei missio-Aachen finden Sie Meditationen, Texte und Anregungen zum Thema Globalisierung. Homepage: <http://www.missio-aachen.de/angebote-medien/gedanken-zur-weltkirche/>.

■ Gottesdienste

Allgemeines und Sammlungen

- Auf der Homepage von Brot für die Welt werden verschiedene Gottesdienstentwürfe zu entwicklungspolitischen Themen angeboten, die mehrere Zielgruppen ansprechen sollen Erwachsene, Kindergottesdienste, Frauenliturgie, etc.: <http://www.brot-fuer-die-welt.de/gemeinde-aktiv/index.php>.
- Ebenfalls auf der Homepage von Brot für die Welt sind mehrere Broschüren zu Gottesdienstentwürfen kostenlos bestellbar unter: http://www.brot-fuer-die-welt.de/shop/Gemeinde_Gottesdienst/78_DEU_HTML.php?PHPSESSID=8bc20a8b540d39a27d554add29464bb9.

Verarmung

Arbeits- und Gottesdienstmaterialien zum Thema Armut/ Reichtum http://www.woek.de/reichtum_und_armut_arbeitsmaterialien.htm.

Verschuldung

- Bausteine für einen **erlassjahr-Gottesdienst** finden Sie auf der Homepage http://www.erlassjahr.de/content/mitmachen/aktionen_gottesdienstentwurf.php.

Globalisierung

- Bei Misereor lassen sich auf der Homepage unter <http://www.eine-welt-buecherdienst.de/> ausgewählte Praxishilfen für Liturgie und Gemeindegarbeit finden, z.B. zur **Fastenaktion 2004**, zu **Hungertüchern** und **Kreuzwegen**.
- Kompakte Informationen zu den Themen Mission, Kirchen und »Christen in der Ökumene und für die Dritte Welt!« finden Sie in der Zeitschrift »EineWelt«. Zu bestellen unter: <http://www.emw-d.de/de.root/de.publikationen/de.publikationen.neu/index.html>.

Wasser

- Auf der Homepage von Brot für die Welt finden Sie mehrere Gottesdienstentwürfe zum Thema Wasser: <http://www.brot-fuer-die-welt.de/gemeinde-aktiv/index.php>.

Gerechter Handel

- Für die Aktionswoche »Globale Handelsgerechtigkeit« im April 2005 wird ein Gottesdienstentwurf unter <http://www2.gerechtigkeit-jetzt.de/uploads/gottesdienstgerechterwelthandel.pdf> angeboten, der weiterhin verwendbar ist.
- Bei der Christlichen Initiative Romero e.V. gibt es Gottesdienstvorschläge im Rahmen der Kampagne Saubere Kleidung: **Kann denn Mode Sünde sein? – Liturgische Bausteine zum Thema Kleiderkonsum**. Drei Gottesdienstvorschläge mit Predigten, Meditationen, Dias und Liedern, eine Meditation zur »weißen Weste« sowie Hintergründe zur Produktion unserer Kleidung. Die Gottesdienst – darunter eine Beatmesse – setzen unterschiedliche Akzente. Doch das Anliegen ist das gleiche: Menschenrechte dürfen an den Toren der Nähfabriken nicht enden. Mit einem Vorwort von Dorothee Sölle. Hg.: CIR, Münster 1997,

48 Seiten, 5 Euro. Zu bestellen unter: http://www.ci-romero.de/seiten/material/bestell_liste.html.

- SÜDWIND-Arbeitshilfe »Gerechtigkeit in der Einen Welt am Beispiel Kleidung – Arbeitshilfe für den kirchlichen Unterricht, Schule und Jugendarbeit« kann über das Institut Südwind bezogen werden: <http://www.suedwind-institut.de/swshop/shop-start.html?lmd=38498.405336> oder unter der Telefonnummer: 02241/53617.

Modelle von ökumenischen Gottesdiensten

- Ein (nahezu vollständiges) Inhaltsverzeichnis der **Sinfonia Oecumenica** (Modelle von ökumenischen Gottesdiensten) stellt das ELM Gemeindedienst Mission und Ökumene unter: <http://bs.cyty.com/elmb/sinfonia.htm> zur Verfügung. Es enthält z.B. einen südafrikanischen Versöhnungsritus, ein Kokos-Abendmahl aus dem Pazifik, Vorschläge zur Gestaltung in Deutschland und weitere spannende liturgische Vorschläge. Nicht alle Titel sind herunterladbar; das Buch kann als Ganzes jedoch bestellt werden: B. Aebi, F. Baltruweit, C. Dithmar (Hgg.), Sinfonia Oecumenica, Feiern mit den Kirchen der Welt, Gütersloh 1998.
- Eine Auswahl von Predigten seit 1999 zum Thema Ökumene findet sich unter: <http://oekumene.net/predigten.0.html>.

■ Jugendarbeit

Jugendgottesdienst

- Die Website <http://www.konfis.de> bietet eine ganze Reihe von Gottesdiensten sowie weitere Informationen und Material für den Konfirmandenunterricht an. Die Downloads sind kostenlos, allerdings muss man sich zunächst registrieren, um Zugang zu den Materialien zu erhalten.

Fairer Handel als Thema im Konfirmanden- oder Firmungsunterricht

- »Fairer Handel« als Projekt in Konfirmandenunterricht und Gemeinde: Beim PTI-Kassel kann unter <http://www.pti-kassel.de/> online das Heft »Konfernormal 61 bzw. 6/2001« zum Thema: »Faires C – das Vitamin, das Chancen schafft – **Orangensaft aus fairem Handel**« bestellt bzw. heruntergeladen (<http://www.Konfernormal.de/heft.asp?Nr=61>) werden. Das Heft enthält u.a. einen Geschmacks- und Vergleichstest, Hintergrundinformationen, Überlegungen zu praktischen Aktionen sowie einen Gebetstextteil.
- Misereor veröffentlicht einen Jugendgottesdienst zum Thema Handel und Globalisierung unter: http://www.jugendaktion.de/download_files/jugendgottesdienst.pdf.



Ecuador:
Frauen tragen die Last
(Foto: Ulrike Lohr)

5.4 Liturgische Bausteine: Gebet, Fürbittengebet, Predigt

Wir verzichten hier auf den Abdruck ganzer Gottesdienstentwürfe, da es zu den in der Arbeitshilfe angesprochenen Themen eine Fülle von Materialien für Gottesdienste, Andachten und die Gemeindegemeinschaft gibt. In Kapitel 5.2. finden Sie ausführlichere Hinweise auf Gottesdienste und Material für die Gemeindegemeinschaft.

Sie finden **vier Bausteine**:

- Klage und Schuldbekennnis
- Eine Predigt zu Matthäus 7,12
- Ein Gebet zur Predigt
- Fürbitten

Die Texte sind uns freundlicherweise von Pfarrer Harald Rohr (Niederodeleben) zur Verfügung gestellt worden.

Das Beispielpaket, an dem die Armutssituation durch Welthandelszusammenhänge deutlich gemacht werden soll, ist Kaffee. Kaffee bietet aber auch die Möglichkeit, die Alternativen, die es im großen Maßstab umzusetzen gilt, anhand der Prinzipien des Fairen Handels zu verdeutlichen. Auch die besondere Rolle des Kaffees im Gemeindeleben hat uns bewogen, dieses Produkt exemplarisch in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit zu behandeln.

■ Klage und Schuldbekennnis

Die Klage wird Opfern des ungerechten Welthandels, die als Zeuginnen und Zeugen auftreten, in den Mund gelegt. Im Altarraum bzw. sonst an zentraler Stelle steht ein Tisch, auf dem die Zeuginnen und Zeugen nach ihrer kurzen Aussage symbolische Beweismittel niederlegen.

Das abschließende Schuldbekennnis nimmt auf die Zeugenaussagen Bezug.

SprecherIn: »Geiz ist geil«. Den Satz haben wir im letzten Jahr alle gelernt. Schrill, witzig, unwiderstehlich in seiner Unverschämtheit. Noch dazu verführerisch. Der Geiz des Unternehmens kommt ja uns Kunden zugute. Wir sind uns einig: Geiz ist geil!

Aber da war doch was! Richtig, avaritia, die Habgier, der Geiz zählt nach den seelsorgerlichen Regeln der Christenheit zu den Hauptsünden. Sie trennen von

Gott und haben einen ganzen Rattenschwanz von Unheil im Gefolge.

Geiz ist nicht geil, sondern böse. Geiz kann töten. Geiz tötet, jedenfalls im Zusammenhang ungerechten Welthandels.

Hören wir die Klagen von Menschen, die den Geiz der Mächtigen in der Wirtschaft zu tragen haben – und am Ende auch unseren Geiz.

Erster Zeuge: Ich bin Fernando aus Guatemala. Ich war Tagelöhner auf einer Kaffeeplantage. Unsere Plantage hat vor einem Jahr Pleite gemacht. Es gibt eben viel zuviel Kaffee. Alle müssen versuchen, ihn euch möglichst billig anzubieten.

Seit einem Jahr hungern wir. Heute habe ich mein Töchterchen Maria begraben. Sie war zu schwach, um ohne Medizin mit ihrer Krankheit fertig zu werden.

Als Beweis ein Paket Kaffee für (*nennt den Preis*), gekauft in eurer Stadt.

(legt ein Pfundpaket Kaffee auf den Beweismittel-Tisch und setzt sich wieder. Die Kaffeepackung (und zwar die billigste Pfundpackung) sollte in den Tagen vor dem Gottesdienst in einem örtlichen Geschäft gekauft werden. Wer keinen Firmennamen im Gottesdienst erwähnen möchte, kann das Logo der betreffenden Firma überkleben)

Zweite Zeugin: Ich bin Gita aus Indien. Seit letztem Jahr bin ich nicht mehr sicher, ob meine Familie künftig noch ihren Durst löschen kann. Eine Coca-Cola-Filiale in der Nähe darf täglich mehrere Millionen Liter unseres knappen Trinkwassers abzapfen. Die füllen das Wasser einfach in Flaschen und verkaufen es für teures Geld. Unbezahlbar für uns, ein Riesengeschäft für die.

Als Beweis mein leerer Wassereimer.

(stellt einen leeren Wassereimer – am besten aus Plastik – auf den Beweismittel-Tisch)

Dritter Zeuge: Ich bin Arnold, ein Baumwollpflanzer aus Kenia. Eigentlich brauche ich mein Land gar nicht mehr zu bebauen. Unsere Regierung muss die zollfreie Einfuhr von Textilien erlauben. Sonst bekommt sie kein Geld geliehen. Wir Baumwollpflanzer und unsere Textilfabriken sind da chancenlos.

Zum Beweis meine Hacke, die ich sowieso nicht mehr brauchen kann.

(legt eine Hacke auf den Beweismitteltisch. Mög-

lichst kein fabrikneues Stück aus dem Gartencenter, sondern ein gebrauchtes wählen)

Vierte Zeugin: Ich bin Ming, eine Spielzeugarbeiterin aus China. Ich denke an meine Schwester Li. Im November 2001 starb sie in ihrer Fabrik den Erschöpfungstod, nach monatelanger Saisonarbeit fürs Weihnachtsgeschäft. Ohne freie Tage, mindestens 14 Stunden täglich. Erst langsam spricht sich bei euch herum, wie grausam das Leben der Mädchen ist, die das Spielzeug für eure Kinder machen.

Zum Beweis diese Barbiepuppe. Die meisten kommen ja aus China.

(legt eine Barbiepuppe auf den Beweismitteltisch)

Fünfter Zeuge: Ich bin Christian, ein Reisbauer aus Haiti. Ich kann meine Familie nicht mehr ernähren. Denn unser übermächtiger Nachbar USA zwingt uns, seinen Überschuss-Reis mit gerade einmal 3 Prozent Zoll ins Land zu lassen. Dabei bekommen die amerikanischen Farmer zusätzlich von ihrer Regierung hohe Subventionen. Unser Hunger ist kein Schicksal. Er wird von der Weltwirtschaft gemacht.

Zum Beweis hier eine Schale mit unverkäuflichem Reis.

(stellt eine Schüssel mit loseem Reis auf den Beweismitteltisch)

Sechste Zeugin: Ich bin Elizabeth aus Lesotho im Süden Afrikas. Ich bin Näherin für eine Supermarktkette, die auch bei euch viele Filialen hat. Für 14 Stunden täglich bekomme ich am Monatsende 40 Euro. Meine Regierung kann nichts dagegen machen und sagt, dass sei besser als nichts. Aber meine Kinder kann ich davon keine zwei Wochen ernähren.

Zum Beweis hier ihre leeren Teller.

(stellt zwei Essteller auf den Beweismitteltisch – möglichst einfache Stücke wählen, kein Designer-Geschirr).

Siebente Zeugin: Ich bin Marion. Ich bin ein Mädchen aus dieser Stadt. Nach der Lehre wurde ich entlassen. Das war vor 3 Jahren. Unsere ganze Abteilung ging ins Ausland, ohne die Menschen. Irgendwo nach Osteuropa. Seitdem hab ich ein paar blöde Jobs gemacht. Aber nichts von dem, was ich jahrelang gelernt habe, auf Empfehlung der Berufsberatung. Ich glaub nicht mehr, dass ich eine faire Chance habe.

Zum Beweis gebe ich euch mein Handy. Mich hört ja doch keiner.

(legt ein Handy auf den Beweismitteltisch).

Sprecher-in: tritt an den Tisch mit den Beweismitteln (die folgenden Sätze können auch auf mehrere SprecherInnen aufgeteilt werden).

Nicht nur wir haben die Klagen unserer Nächsten gehört.

Du hast zugehört, gerechter Gott.

Du weißt, welchen Anteil wir daran haben, dass der ungerechte Welthandel unserer Zeit

Elend und Tod bringt

über ungezählte unserer Mitmenschen

in aller Herren Länder

und auch bei uns.

Wir bekennen dir unseren Kleinglauben,

der uns lähmt im Einsatz

für das Recht aller Menschen

auf das tägliche Brot.

Wir bekennen dir, dass wir auch

wider besseres Wissen

Anteil haben an ungerechtem Handel,

der Gewinne zieht aus der Ausbeutung

von Menschen.

Wir bekennen dir, dass unser Kleinglaube,

unser Tun und Unterlassen

die Verheißungen verdunkeln,

durch die du die Herzen der Armen

stärken willst.

Schenke uns den Neuanfang

an der Seite Jesu,

damit dein gutes Recht mehr und mehr

Geltung gewinne

in unserer Zeit.

Amen.

■ Predigt:

»Kaffee-Predigt«, (gehalten am 2. Advent, 05. Dez. 2004, Markus-Kirche in Magdeburg)

Matthäus. 7,12 : »Alles nun, was ihr wollt, dass euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch! Das ist das Gesetz und die Propheten.«

Fehlt eigentlich nur noch das Wörtchen »basta«. So knapp, so mit abschließender Autorität, kommt das Jesuswort daher. Für das gedeihliche Zusammenleben der Menschen gilt unterm Strich eine einfache Grundregel. Sie ist nicht nur das Fazit menschlicher Lebenserfahrung, sondern auch der Wille Gottes. Denn dessen Willensbekundung ist gemeint, wenn ein jüdischer Rabbi vom »Gesetz und den Propheten« spricht.

Der Volksmund fasst Lebenserfahrung und Gottesgebot zusammen und nennt dieses Jesuswort die »Goldene Regel«.

Wie also wollen wir von den Leuten behandelt werden? Lassen wir mal die Liebe beiseite. Sie ist ein großes Ding. Und wir erwarten sie nicht wirklich von jedermann. Aber doch wohl Respekt und Gerechtigkeit. Ja, ich denke, das muss schon sein. Darauf können wir nicht einfach verzichten.

Am allerwenigsten vielleicht auf den Respekt. Wer erträgt es schon, auf Dauer herumgeschubst zu werden, willkürliche Beleidigungen ertragen zu müssen? Egal, ob in der Familie, in der Nachbarschaft, in der Firma, möglicherweise sogar in der Gemeinde? Und der gut gemeinte Rat, dass man sich ja nicht jeden Schuh anziehen muss – er hilft denen wenig, die schon zu viele Verletzungen ihrer Menschenwürde erlitten haben.

Aber Gerechtigkeit wollen und brauchen wir auch. Gerechte Lastenverteilung in Ehe und Familie, gerechten Lohn, gerechte soziale Ordnungen. Erlebte oder befürchtete Ungerechtigkeit macht wütend. Und das ist erst einmal nicht schlecht, denn es gibt Kraft, sich zu wehren. Unser Leben, unsere Arbeit, unsere Leistung soll zählen: Gerechtigkeit muss Gestalt gewinnen in konkreten Rechten, oder sie bleibt Blabla. Und die Stimme Gottes sagt dazu im Alten Testament: der Arbeiter ist seines Lohnes wert.

Was wir wollen, weil wir es brauchen, Respekt und Gerechtigkeit: unser Gott gönnt es uns. Jesus tut nichts anderes, als diese Lebensgrundlagen für die Mühseligen und Beladenen immer wieder herzustellen.

Aber er erspart uns nicht die Kehrseite: da sind deine seelischen und sozialen Grundbedürfnisse. Was du für dich brauchst, gib, erweise es auch den andern! So wie die Bitte um das tägliche Brot nur in der Mehrzahl gesprochen Segen verheißt!

Deshalb will ich heute von Menschen sprechen, die für uns arbeiten, mit denen wir also zu tun haben; ohne deren Geschick und Mühen uns im Alltag gewaltig etwas fehlen würde, zu Hause und viele Male im Jahr auch hier in der Gemeinde.

Ich will reden von den Menschen, die im tropischen Gürtel der Erde für uns den Kaffee anbauen, ernten und verarbeiten. Kaffee, eines der allerwichtigsten Handelsgüter unserer Zeit, Profitbringer für wenige, Ursache unglaublichen Elends für mehr als 30 Millionen Menschen; Leben zwischen Hoffen und Bangen für ein paar zehntausend Familien, die ihre Hoffnung auf unsere Gemeinden in Deutschland setzen, weil wir sie eingeladen haben, sich auf den Fairen Handel einzulassen – eine Initiative, die es ohne unsere Kirchen nicht geben würde.

Aber wir müssen wohl zuerst von der Vergangenheit reden. Speziell bei uns Älteren versagt schnell der gesunde Menschenverstand, wenn es um Kaffee, früher sagte man zur Unterscheidung: um Bohnenkaffee, geht. Es war ja ein Merkmal des Hitlerkrieges, dass es damals praktisch keinen Kaffee gab. Tabak auf Raucherkarte, ja. Alkohol reichlich. Kaffee aus Übersee, nein. Und nach dem Krieg war er unglaublich teuer, Schwarzmarkt im Westen; wichtiger Inhalt von Westpaketen im Osten. Und das Politbüro hat noch um 1980 eilige Tauschgeschäfte Waffen gegen Kaffee mit dem Diktator Äthiopiens ausgehandelt, um die Leute ruhig zu halten. Sagen wir's so. Dass die Zeiten halbwegs in Ordnung sind, merken Ältere in Ost und West daran, dass Kaffee an jeder Ecke zu haben ist, und dass man keinen Pelzmantel dafür eintauschen muss.

Aber wer tief drinnen den Lauf der Zeit am Kaffee misst, dem sei gesagt: Falls schwere Zeiten kommen sollten, dann wird man es nicht daran merken, dass Kaffee wieder knapp und teuer wird. Eine groteske Überproduktion in mehr als 50 Ländern garantiert dafür. Vielleicht nett für uns, aber ein grausames Spiel für alle kleinen Leute, die vom Kaffeemarkt abhängen wie wir von unserem Arbeitsplatz oder der Rentenkasse.

Zeit, dass wir uns an die Goldene Regel Jesu erinnern: **»Alles nun, was ihr wollt, dass euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch! Das ist das Gesetz und die Propheten.«**

Wir sind uns einig: Respekt und Gerechtigkeit zeigen sich immer konkret oder sie bleiben Phrasen. Diese 500-Gramm-Packung Kaffee habe ich gestern in einem Supermarkt unserer Stadt gekauft. Ich habe extra den teuersten Kaffee genommen, der dort zu haben war: 2,99 Euro. Alle anderen waren deutlich drunter. Nie war er so billig wie heute. Plantagenbesitzer, Importeur, Röster, Verpacker, Werbefirma, der deutsche Finanzminister, der Supermarkt, die Verkäuferin an der Kasse: alle wollen ihren Teil von den drei Euro. Der letzte, den die Hunde beißen, ist der Plantagenarbeiter, der die Sträucher pflegt, die Kaffeekirschen pflückt und aufbereitet.

Ich weiß nicht, ob dieser Saisonarbeiter mit Familie drei Cent oder zehn Cent Arbeitslohn für alle Bohnen in so einer Pfunds-Tüte bekommt. Aber ich weiß: es ist ein Hungerlohn in des Wortes wörtlichster Bedeutung. An Schulbesuch der Kinder oder Medikamente im Krankheitsfall ist überhaupt nicht zu denken. Wenn Menschenwürde und Gerechtigkeit auch für Kaffee-Plantagen-Arbeiter zählen, dann ist Kaffee nicht sündhaft teuer, sondern sündhaft billig. Wir machen diese Preise nicht, aber wir sind versucht, sie zu nutzen.

Weil dieser Skandal, wenn auch nicht so extrem wie heute, schon vor 35 Jahren existierte, versuchen Christenmenschen seit damals, wenigstens in einem kleinen Teilbereich für mehr Gerechtigkeit und Re-

spekt zu sorgen: bei den Kaffee-Kleinbauern. Die müssen sich zwar nicht auf den Plantagen verdingen, sondern bearbeiten als Familien kleine Stücke eigenen Landes. Aber solange sie auf gewerbsmäßige Aufkäufer angewiesen waren, ohne eigene Organisation und Transportmittel, wurden sie ausgenommen wie die Weihnachtsgänse – mit demselben Ergebnis: Hunger und der ganze elende Rattenschwanz von Nöten.

Seit den frühen 70er Jahren haben sich zehntausende Kleinbauern in Genossenschaften organisiert, zuerst in Lateinamerika, später auch in Afrika; dabei finanziell unterstützt und beraten von Kirchen und ihren Hilfswerken aus Deutschland und Europa, auch von Brot für die Welt. Wichtigste Erfindung: der faire Kaffeehandel. Eine von den großen Kirchen angeschobene Firma, die »gepa«, kauft Kaffee nicht so billig, wie 's irgend geht, sondern zu Preisen, die menschenwürdiges Leben und noch ein Stück Gemeinwesenentwicklung erlauben.

Der Verkauf lief viele Jahre über die ehrenamtlich geführten Eine-Welt-Läden und tausende von ambulanten Verkaufsstellen in Gemeinden. Die Arbeit in den Kaffeegärten bleibt hart genug, aber Eltern sehen wenigstens etwas Licht am Horizont für ihre Kinder. Heute gibt 's solchen Kaffee auch in manchen Supermärkten.

Für uns kommen Kaffeepreise heraus, die irgend-

Arbeiterinnen in Kaffeefabrik in Zimbabwe (Foto: Frank Zander)



wo dazwischen liegen: zwischen den Hungerlohn-Preisen des normalen Handels und den Zeiten, da Kaffee ein Luxusgut war. Gelernte DDR-Bürgerinnen und -Bürger müssten Bescheid wissen.

Soweit, so hoffnungsvoll. Wenn da nicht zwei Tatsachen wären, die christliche Gemeinden in Deutschland nach meiner Überzeugung verpflichten, sich von neuem Gedanken zum Kaffee zu machen: einmal der aktuelle Kollaps des Welt-Kaffeemarktes. Wir merken ihn an abstürzenden Preisen. Aber Millionen gefeuerte Arbeiterinnen und Arbeiter merken ihn am Hunger. Und dann die Feststellung, dass gerade Gemeinden und kirchliche Einrichtungen den fairen Kaffeehandel – auf's Ganze gesehen – bisher mehr als Lippenbekenntnis denn als ein Stück selbstverständlicher Praxis behandeln. Kaffee aus fairem Handel zu trinken bleibt Privatsache von bereitwilligen Gemeindegliedern. Aber in den Kantinen kirchlicher Ämter und Krankenhäusern, in den Tassen bei Adventsfeier oder Gemeindefest, da schwappt das Billigste, was zu kriegen ist. Die einen wollen es billig, und die anderen wollen keinen Streit. Es ist ja bloß Kaffee.

Längst ist der Eigenbedarf evangelischer Gemeinden an Kaffee ziemlich genau ausgerechnet. Weit weniger als 10 Prozent davon werden aus dem von uns selbst ins Leben gerufenen fairen Kaffeehandel gedeckt. Wir überlassen es den Kantinen von Behörden, Ministerien, großen Firmen, mit Einverständnis der Belegschaften fairen Kaffee auszuschenken und verhalten uns selbst wie – Verzeihung – bockige Kinder. Dabei zählt im Überlebenskampf, der heute auch die Kleinbauern-Genossenschaften trifft, jede Tonne Absatz.

Weil wirklich Not am Mann (und an der Frau!) ist, weil es auch um die Glaubwürdigkeit unserer Kirche geht, hat sich BROT FÜR DIE WELT entschieden, seinen guten Namen für eine neue Mischung fair gehandelter Kaffeesorten aus fünf Ländern Lateinamerikas und Afrikas zur Verfügung zu stellen – so ähnlich wie Prominente, wenn sie sich für eine gute und gerechte Sache einsetzen. Diesen »Café Plus« könnt Ihr nach dem Gottesdienst in Augenschein nehmen – und auch kaufen.

Aber eigentlich möchte ich die Gemeinde als Gemeinde ansprechen und herausfordern. Wenn die Goldene Regel Jesu auch in den Wirtschaftsbeziehungen gilt, an denen wir teilhaben, dann sollten die Menschen um uns herum wissen, wo und wofür wir stehen. Ein Beschluss des Leitungsgremiums, dass die Gemeinde aus guten ökumenischen Gründen auf fairen Kaffee setzt, er wäre ein Signal. Denn

jeder Lokaljournalist, der sein Geld wert ist, würde solch eine Mitteilung zur Berichterstattung nutzen. Viele Zeitung lesende oder Radio hörende Mitbürger würden angesprochen. In der Hoffnung auf eine Vielzahl solcher lange überfälliger Beschlüsse haben wir den Kaffee mit BROT FÜR DIE WELT-Logo kreiert.

Der gebeutelte Bundeskanzler möchte, dass wir in der Adventszeit mehr Geld ausgeben. Unsere Mütter und Väter im Glauben wollten, dass die Adventszeit eine Zeit der Umkehr, der Hinwendung zu Gott sein sollte. Bibelgemäß müssen wir Gott mehr gehorchen als dem Bundeskanzler. Und darum, wenn schon mehr Geld ausgeben, dann, damit Menschenwürde und Recht der Armen wieder zu Ehren kommen. Wir können und müssen nicht überall Hilfe leisten. Aber wo wir es können, wo alle Weichen gestellt sind, bleiben uns keine Ausflüchte.

Ich sagte zu Beginn, wir wollten von den Grundbedürfnissen des Lebens mal die Liebe beiseite lassen und uns mit Respekt und Gerechtigkeit bescheiden. Aber Respekt und Gerechtigkeit sind Haltestellen auf dem Weg zur Liebe. Vielleicht ist Jesus deshalb in Sachen Liebe ähnlich knapp wie bei der Goldenen Regel. Welches ist das höchste Gebot?

»Du sollst den Herrn, deinen Gott lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele und von ganzem Gemüt. Das zweite ist dem gleich: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. In diesen beiden Geboten hängt das ganze Gesetz und die Propheten.«(Matthäus 22, 37–39)

Amen

■ Gebet

Viele Völker aus aller Welt
decken uns den Tisch.

Auch den Kaffee verdanken wir Menschen,
denen wir niemals die Hand reichen,
wie einem guten Nachbarn.

Aber so wahr du die Quelle der Gerechtigkeit bist,
willst du, dass sich das Schicksal der einfachen
Menschen,
die vom Kaffeeanbau leben müssen,
zum Besseren wendet.

Deshalb bitten wir für alle,
die dazu ihren Beitrag leisten müssen
– und zuerst für uns selbst.

Schärfe in uns Gewissen und Verstand,
damit wir endlich damit ernst machen,
dass auch Plantagenarbeiter und Kleinbauern
ihres Lohnes wert sind,

damit wir einzeln
und als Gemeinde selber praktizieren,
was unsere Kirche anderen rät
und den fairen Kaffeehandel nach Kräften fördern.

Wir bitten für alle Verantwortlichen in der
Kaffeewirtschaft
dass sie der Versuchung zu immer brutaleren
Preiskämpfen
auf dem Rücken der Schwächsten
widerstehen
und damit bei verantwortungsbewussten
Kundinnen und Kunden
Unterstützung finden.

Segne alle Versuche der Armen,
deren Schicksal der Kaffee ist,
zusammenzustehen und gerechteren
Lohn zu erstreiten:

Verbünde dich mit denen,
die versuchen, den Menschen auf den
Kaffeepflanzungen
eine gemeinsame Stimme zu geben,
damit ihre Verhandlungsmacht langsam
zunimmt.

Erfülle die Menschen in den Kleinbauern-
Kooperativen
mit frischem Lebensmut,
damit sie das in langen Jahren Erarbeitete
in dieser Zeit der Krise
zu bewahren und fortzuführen vermögen

Baue Brücken des Verstehens
in jedem Gespräch, das in unserer Kirche
geführt wird
mit dem Ziel, beim Kaffee-Einkauf
ein Zeichen für unsere Nachbarschaft zu setzen.

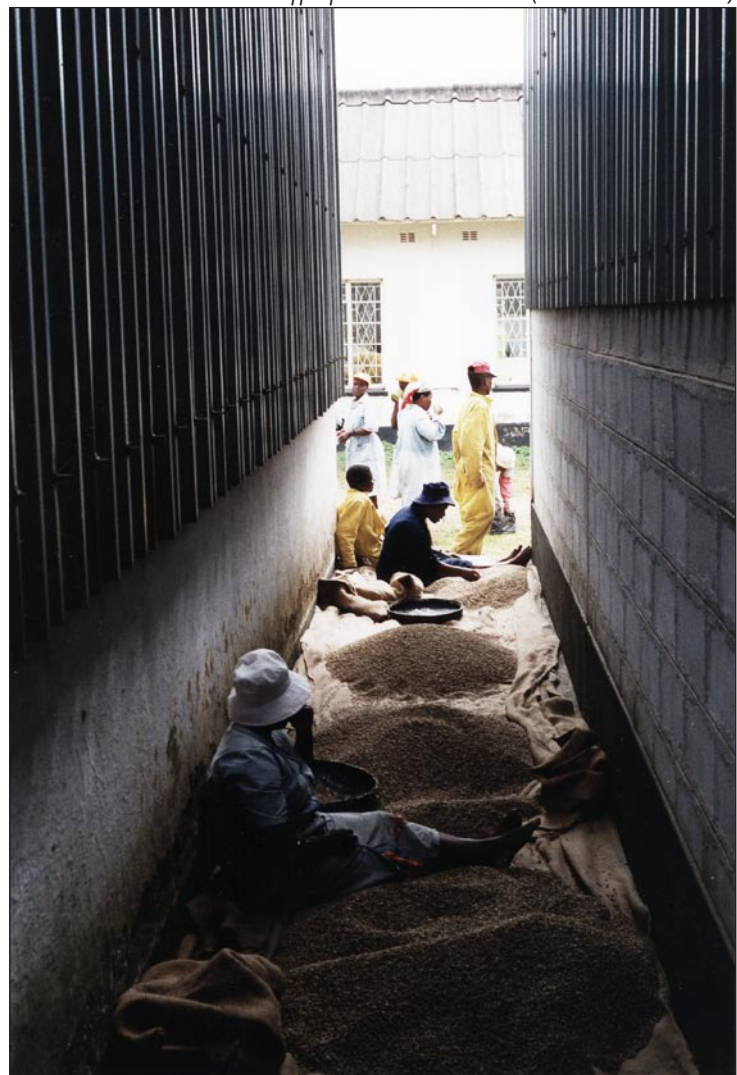
Schenke dabei auch der Initiative »Café Plus«
unserer Aktion BROT FÜR DIE WELT gutes Gelingen

Lenke unsere Augen und Ohren auf Jesus
damit wir unsere Torheit erkennen:

dass unsere Zukunft nicht gründet
im Festhalten an sündhaft billigen Gütern
sondern auf deiner Treue zu uns.

Amen

ArbeiterInnen in Kaffeefabrik in Zimbabwe (Foto: Frank Zander)



■ Fürbittengebet

Der Text besteht aus zehn Absätzen. Der Text sollte im Wechsel von drei Menschen gesprochen werden, wobei SprecherIn Eins auch der letzte Absatz zufällt.

Du hast deine Freude an der Gerechtigkeit
weil sie das Brot zu den Menschen bringt
und den Frieden wachsen lässt.

Du bist im Bund mit uns
wenn wir von den Herren der Welt fordern:
»Gerechtigkeit jetzt.«

Aber du erinnerst auch uns
an dein gutes Recht,
damit wir unseren Nächsten
keine untragbaren Lasten aufbürden.

Schenke uns die richtigen Worte
und die Fähigkeit zuzuhören,
damit die Botschaft vom Eintreten um weltweite
Gerechtigkeit
viele Menschen in unseren Land erreicht,
Bürgerinnen und Bürger ebenso
wie die, deren Entscheidungen Millionen Menschen
betreffen.

Wir danken dir für die Arbeit
der verschiedenen Organisationen, Aktionen und
Hilfswerke
für weltweite Gerechtigkeit mit der Option für die
Armen,
die zusammen eintreten
für das gute Recht auf ein menschenwürdiges
Leben.
Lass sie allem Wettstreit zum Trotz erleben,
dass Gemeinsamkeit stark macht.

Segne den weltweiten Einsatz
für das Recht aller Menschen
auf das Wasser zum Leben,
damit die Quellen deiner Schöpfung
nicht missbraucht werden
für unrechten Profit.

Segne alle Vorhaben,
Ausbeutung und Zerstörung der Schöpfung
für kurzfristigen Gewinn
aufzudecken und zu verhindern:
durch politisches Handeln
wie durch Protestbewegungen an den Orten des
Geschehens.

Segne den Streit um die gute Sache
damit die Mächtigen in Wirtschaft und Politik
begreifen,
dass sie nicht über die Köpfe der Menschen hinweg
Wirtschaftspolitik betreiben dürfen.
nur im Interesse weniger.

Segne den guten Kampf
um das Menschenrecht auf Nahrung
damit Bauern, Landarbeiter und Fischer im Schutz
des Rechtes
ihrer Arbeit nachgehen können
und dadurch viele satt machen.

Wir bitten für uns selbst:
wecke in uns den Glauben,
dass dein gutes Recht
heute der ganzen Menschheit zu dienen vermag,
so wie einst deinem erwählten Volk.

Amen.

ANHANG

Weiterführende Literatur

(Viele Titel dieser Literaturliste sind im Internet verfügbar. Die direkten Links finden sie auf der Südwind-Homepage.)

- Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland e.V. 2005: Freisinger Agenda zur Überwindung von Gewalt für die Jahre 2005 bis 2010 in der Dekade zur Überwindung von Gewalt – Kirchen auf der Suche nach Versöhnung und Frieden.
- Assheuer, Thomas 2003: Schattenboxen im leeren Ring, in: Die Zeit 28/05/03.
- Besley, Timothy / Burgess Robin / Esteve-Volart, Berta 2004: Operationalizing Pro-Poor Growth: A Case Study on India. Prepared as part of the Operationalizing Pro-Poor Growth research program. World Bank.
- BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) 2004: Post-Washington-Consensus – Einige Überlegungen, Bonn.
- Bourguignon, F. 2004: Developpement et réduction de la pauvreté. Revoir le passé penser l'avenir, Worldbank, Washington.
- Busch, Andreas 2003: Staat und Globalisierung, Wiesbaden.
- Chang, Ha-Joon 2002: Kicking Away the Ladder – Development Strategy in Historical Perspective, London.
- Chen, Shaohua / Ravallion, Martin 2004: How have the world's poorest fared since the 1980s?
- Datt, Gaurav / Ravallion, Martin 1998: When is Growth Pro-Poor? Evidence from the Diverse Experiences of India's States, World Bank.
- Datt, Gaurav / Ravallion Martin 2002: Is India's Economic Growth Leaving the Poor Behind?, Policy Research Working Paper, World Bank.
- Deininger, K. / Lyn, S. 1996: Measuring Income Inequality: A New Database, Harvard Institute for International Development, Harvard University.
- Duchrow, U. / Hinkelammert, F. 2002: Leben ist mehr als Kapital. Alternativen zur globalen Diktatur des Eigentums, Publik Forum, Oberursel.
- EKD (Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland) (Hrsg.) 2005: Schritte zu einer nachhaltigen Entwicklung – Die Millenniums-entwicklungsziele der Vereinten Nationen – Eine Stellungnahme der Kammer für nachhaltige Entwicklung der EKD zur Sondervollversammlung der Vereinten Nationen im September 2005.
- Evangelische Kirche von Westfalen 2005: Globalisierung: Wirtschaft im Dienst des Lebens – Stellungnahme der Evangelischen Kirche von Westfalen zum Soesterberg-Brief, Bielefeld.
- Europäische Kommission 2004: Die soziale Lage in der europäischen Union 2004 – Kurzfassung, Brüssel.
- FIAN 2005: Viel Land für Wenige - wenig Land für Viele.
- Fry, Lucia / Jellema, Anne / Lawson, Max 2005: Schulden, Schulen und hehre Ziele, in: afrika süd 1/05, S. 27-29.
- Gerster, Richard 2005: Globalisierung und Gerechtigkeit, Bern.
- Grinspun, Alejandro 2005: Chinese Boxes: whatever happened to poverty? UNDP International Poverty Centre, One Pager Number 13.
- Grupp, Claus D. 1992: Welt im Wandel: Brauchen Entwicklungsländer unsere Hilfe? Köln.
- Hackenberg, Roland 2004: Inside the Black Box: Der Internationale Währungsfonds und die USA, Passau.
- Herr, H.-J. / Priewe, J. 2003: „The Macroeconomic Framework of Poverty Reduction. An Assessment of the IMF/Worldbank Strategy“, FHW, Berlin.
- Hütz-Adams, Friedel 2003: Kongo: Handys, Gold & Diamanten: Kriegsfinanzierung im Zeitalter der Globalisierung, SÜDWIND-Dekadeband 3, Siegburg.
- Hütz-Adams, Friedel 2004: 60 Jahre nach der Bretton-Woods-Konferenz: Gründung, Ziele, Macht und Reformbedarf bei IWF und Weltbank.
- ICFTU (International Confederation of Free Trade Unions) 2002: Internationally recognised core Labour Standards in India. Report for the WTO General Council Review of Trade Policies of India. Genf.

- ILO (International Labour Organization) 1996: Economically Active Populations: Estimates and Projections, 1950-2010.
- ILO (International Labour Organization) 2004: Eine faire Globalisierung – Chancen für alle schaffen, Genf.
- Internationaler Währungsfonds 2005: Cultivating Minds – How investing in education boosts development, Finance and Development, Ausgabe June 2005, Washington.
- Kakwani, Nanak / Khandker, Shahid / Son, Hyun H. 2004: Pro-poor Growth: Concepts and Measurement with Country Case Studies, UNDP International Poverty Centre, Working Paper number 1.
- Kakwani, Nanak / Pernia, Ernesto M. 2000: What is Pro-Poor Growth?, Asian Development Review 18(1): 1–16.
- Kappel, Robert / Lay, Jann / Steiner, Susan 2004: The Missing Links – Uganda's Economic Reforms and Pro-Poor Growth. Report commissioned by Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Eschborn, February 2004.
- Kappel, Robert 2005: Wirtschaftsreformen und Armutsbekämpfung in Afrika, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 4/2005, S. 17-25.
- Klasen, Stephan 2004: In Search of the Holy Grail: How to Achieve Pro-Poor Growth? In M. Krakowski (ed.), Attacking Poverty: What Makes Growth Pro-Poor? Baden-Baden, S. 63-93.
- Leitner, Sigrid / Ostner, Ilona 2000: Frauen und Globalisierung: Vernachlässigte Seiten der neuen Arbeitsteilung.
- Lopez, Humberto J. 2004: Pro-Poor Growth: A Review of What We Know (and of What We Don't). Prepared as part of the Operationalizing Pro-Poor Growth research program. Processed. World Bank.
- Matz, Peter 2002: Costs and benefits of education to replace child labour, Research paper in conjunction with the ILO-IPEC Study on the Costs and Benefits of the Elimination of Child Labour.
- McCulloch, N. / B. Baulch 1999: Tracking Pro-poor Growth." ID21 insights No. 31. Sussex: Institute of Development Studies.
- Morazán, Pedro 2005: Sustainable Growth and Equality. A Study on Pro-Poor Growth Policies in Honduras, EED, Bonn.
- Neuber, Harald 2005: Deutschland, dein Armutszeugnis.
- Okidi, John A. / Ssewanyana, Sarah / Bategeka, Lawrence / Muhumuza, Fred 2004: Operationalizing Pro-Poor Growth: A Case Study on Uganda. Prepared as part of the Operationalizing Pro-Poor Growth research program, World Bank.
- Ökumenischer Rat der Kirchen 2005: Alternative Globalisierung im Dienst von Menschen und Erde (AGAPE – Alternative Globalisation Addressing People and Earth), Hintergrunddokument, Team für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfung, Ökumenischer Rat der Kirchen, Genf.
- Pernia, Ernesto M. 2003: Pro-Poor Growth: What is It and How is It Important?
- Ravallion, Martin 2004: Pro-Poor Growth: A Primer, World Bank.
- Ravallion, Martin 2005: Inequality is bad for the poor, World Bank.
- Rawls, John (Revised Edition) 1999: A Theory of Justice, Cambridge, Massachusetts.
- Reddy, G. Sanjay / Pogge, Thomas W.: How not to Count the Poor, Version vom 26.3.2003
- Reformierter Weltbund 2004: Bund für wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit, (Covenanting for Justice in the Economy and the Earth), DOKUMENT 28-g1, 24. Generalversammlung, Accra, Ghana, 30. Juli – 13. August 2004.
- Schlotzhauer, M. 2002: Die Tradition des Neoliberalismus als Paradigma gesellschaftlicher Ausgrenzungsprozesse. Vorgelegt als Diplomarbeit an der Fachhochschule Düsseldorf.
- Schmid, Klaus-Peter 2004: Nur die Reichen werden reicher, in: Die Zeit 12/08/2004.
- Sen, Amartya 2002: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München.
- Stiglitz, Joseph 2002: Die Schatten der Globalisierung, Berlin 2002
- SÜDWIND 2003 (Hrsg.): Wer bestimmt den Kurs der Globalisierung? Die Rolle der Weltorganisationen. SÜDWIND-Dekadeband 1, Siegburg 2005
- SÜDWIND 2003a (Hrsg.): Nadelstiche von VerbraucherInnen: Modemultis in Bewegung, Siegburg.
- SÜDWIND 2004 (Hrsg.): Argentinien: Tangotanz auf dem Vulkan – Interne und externe Ursachen der Schuldenkrise, Siegburg.
- Sußebach, Henning / Willke, Stefan 2005: Operation Lohndrücken, in: Die Zeit 11/05.

- Taake, Hans-Helmut 2001: Globalisierung: Eine oder keine Chance für die Entwicklungsländer.
- UN (United Nations) 2004: Equity, Inequalities and Interdependence - United Nations Secretariat DESA / Division for Social Policy and Development.
- UN (United Nations) 2005: The Inequality Predicament. Report on the World Social Situation 2005. New York.
- UN (United Nations) 2005a: The Millennium Development Goals Report 2005, New York.
- UNCTAD 2002 (United Nations Conference on Trade and Development): World Investment Report 2002 – Transnational Corporations and Export Competitiveness, Genf / New York.
- UNCTAD 2004 (United Nations Conference on Trade and Development): World Investment Report 2004 – The Shift towards Services, Genf / New York.
- UNDP (United Nations Development Program) 1997: Bericht über die menschliche Entwicklung 1997, Bonn.
- UNDP (United Nations Development Program) 2001: New Atlas of Human Development in Brazil 1991-2000.
- UNDP (United Nations Development Program) 2002: Bericht über die menschliche Entwicklung 2002, Bonn.
- UNDP (United Nations Development Program) 2004: Human Development Report 2004, Genf.
- UN-Millennium Project 2005: Fast Facts: The Faces of Poverty.
- UN-Millennium Project 2005a: Investing in Development – A Practical Plan to Achieve the Millennium Development Goals.
- Vandemoortele, Jan 2004: The MDGs and Pro-Poor Policies: Related but not Synonymous, UNDP International Poverty Centre, Working Paper number 3.
- Von Weiszäcker, Ernst Ulrich 2002: Was ist Globalisierung und wie erklärt sie sich?
- Weisbrot, Mark / Baker, Dean / Naiman, Robert / Neta, Gils: Growth May Be Good for the Poor - But are IMF and World Bank Policies Good for Growth?
- Werner, Klaus / Weiss, Hans 2003: Das neue Schwarzbuch Markenfirmen: Die Machenschaften der Weltkonzerne, Wien.
- WHO (World Health Organization) 2005: Health and the Millennium Development Goals.
- Wick, Ingeborg 2005: Nähen für den Weltmarkt: Frauenarbeit in Freien Exportzonen und der Schattenwirtschaft - Länderbeispiele China, Indonesien und Sri Lanka, SÜDWIND-Dekadeband 5, Siegburg.
- Ferenschild, Sabine / Wick, Ingeborg 2004: Globales Spiel um Knopf und Kragen – Das Ende des Welttextilabkommens verschärft soziale Spaltungen, Siegburg.
- World Bank 2005: Global Monitoring Report 2005 – Millennium Development Goals: From Consensus to Momentum, Washington.
- World Bank 2005a: Pro-Poor Growth in the 1990s: Lessons and Insights from 14 Countries, Prepared as part of the Operationalizing Pro-Poor Growth Research Program.
- Wuppertal Institut 2005: Fair Future – Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit, München.
- Zeppernick, Ralf 2003: Wie wird die Globalisierung heute beurteilt? Ein Beitrag zu einer „rationaleren“ Diskussion, Sankt Augustin.

Glossar und Abkürzungsverzeichnis

■ BIP:

(Bruttoinlandsprodukt). Gibt an, wie viele Waren und Dienstleistungen in einer Nation in einem bestimmten Zeitraum (in der Regel ein Jahr) produziert wurden. Das BIP ist eine der wichtigsten ökonomischen Kennziffern.

■ HDI (Human Development Index):

Der HDI ist der einfache Durchschnitt der Einzelindikatoren für (1) Lebenserwartung bei der Geburt, (2) Alphabetisierungsrate, (3) kombinierte Einschulungsrate aus Primar-, Sekundar- und tertiärer Stufe und (4) das reale bereinigte BIP pro Kopf. Länder mit einem HDI von 0,800 und höher werden als Länder mit einer hohen menschlichen Entwicklung eingestuft. Länder mit einer mittleren menschlichen Entwicklung sind jene mit einem HDI von 0,500 bis 0,799, während jene Länder, die darunter liegen, als Länder mit einer niedrigen menschlichen Entwicklung eingestuft werden.

■ ILO:

Internationale Arbeitsorganisation (ILO: International Labour Office), UN-Sonderorganisation in Genf, zuständig für die Entwicklung von Vorschlägen für die weltweite Verbesserung der Arbeitsbedingungen, darunter die Vereinbarung und Überwachung international gültiger Mindeststandards in den Arbeitsbeziehungen (Löhne, Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit, Gewerkschaftsfreiheit etc.)

■ IWF (Internationaler Währungsfonds):

Der IWF wurde 1944 gegründet, um Staaten bei akuten Zahlungsschwierigkeiten kurzfristig aus der Not zu helfen. Inzwischen haben fast alle Staaten Anteile am Internationalen Währungsfonds. Bei allen wichtigen Entscheidungen ist jedoch zu beachten, dass sich die Stimmrechte am Anteil der jeweiligen Staaten an den Einlagen orientieren.

■ Kaufkraftparitäten (KKP)

drücken Preisverhältnisse zwischen Preisen für ein und dieselbe Ware oder Dienstleistung in verschiedenen Ländern in deren jeweiliger Landeswährung aus. Für die Preiserhebungen wird ein Korb vergleichbarer Waren und Dienstleistungen verwendet. Um

einen Bezugswert für das Berechnungsverfahren der KKP festzulegen, wird gewöhnlich die Währung eines Basislands als 1 gesetzt (auf internationaler Ebene ist das in der Regel der US-Dollar). Für internationale Einkommensvergleiche ermitteln internationale Organisationen (z.B. Weltbank, UNDP) solche Kaufkraftparitäten empirisch, um Verzerrungen durch Wechselkursschwankungen zu eliminieren. Da viele Entwicklungsländer (nach der Kaufkraftparitätentheorie) unterbewertete Währungen aufweisen, stellt sich ihr Pro-Kopf-Einkommen in US-Dollar Kaufkraftparitäten zumeist höher dar als mit offiziellen Wechselkursen umgerechnet.

■ NRO:

Nichtregierungsorganisation

■ OECD:

(Organisation for Economic Cooperation and Development). Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Wurde 1961 zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik ihrer Mitgliedsstaaten gegründet. Darüber hinaus ist sie u.a. auf den Gebieten des Handels, des Kapitalverkehrs und der Entwicklungspolitik tätig. Mitglieder der OECD sind zur Zeit 30 Industrie- und Schwellenländer, darunter die EU-Staaten, die Türkei, Australien, Japan, Südkorea, Neuseeland und Nordamerika.

■ Öffentliche Entwicklungshilfe (Official Development Assistance ODA):

Öffentliche Gelder zur Entwicklungsfinanzierung aus den Haushalten der Industrienationen oder multilateraler Institutionen. Diese Gelder haben folgende Besonderheiten: a) sie tragen zur ökonomischen Entwicklung bei (nicht hinzu gezählt werden Militärhilfe, Privatinvestitionen und öffentlich garantierte Exportkredite), b) sie haben ein Zuschusselement von mindestens 25% gegenüber kommerziellen Kreditbedingungen. Einige Länder, darunter die Schweiz und einige skandinavische Länder, vergeben ihre Entwicklungshilfe als reinen Zuschuss, d.h. nicht in Form von Krediten.

■ Pro-Poor Growth:

Wirtschaftswachstum, das hauptsächlich den Armen zu Gute kommt. Deren Einkommen wachsen schnell-

ler als die der reicheren Bevölkerungsschichten. Details siehe Seite XX.

■ **Strukturanpassungsprogramm (SAP):**

Mit dem Begriff »Strukturanpassungsprogramm« (SAP) wird ein Bündel wirtschaftspolitischer Maßnahmen bezeichnet, die die Länder der Dritten Welt und Osteuropas im Gegenzug für Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank seit Beginn der 80er Jahre durchführen. Die Durchführung von Strukturanpassungsprogrammen ist darüber hinaus auch die Voraussetzung für einen Schuldenerlass im Rahmen der HIPC-Initiative. Die haushalts-, finanz-, handels- und arbeitsmarktpolitischen Vorgaben (sog. Konditionalitäten) der Programme stellen weitreichende Eingriffe in die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen der Kredit nehmenden Länder dar.

■ **UN:**

Vereinte Nationen (auch UNO: United Nations Organisation). 1945 gegründet mit dem Ziel, einen dauerhaften Frieden in der Welt zu schaffen.

■ **UNCTAD:**

Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD: United Nations Conference on Trade and Development), zuständig für die Formulierung einer Entwicklungsstrategie der Vereinten Nationen und Förderung der Handelsbeziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.

■ **UNDP:**

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP: United Nations Development Program), Koordinierung aller UN-Hilfsprogramme. Arbeitsschwerpunkte sind die Armutsbekämpfung, die Regenerierung der Umwelt, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Gleichstellung der Frau.

■ **Weltbank:**

Die »Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung«, kurz Weltbank genannt, wurde zusammen mit dem IWF 1944 gegründet. Ähnlich wie beim IWF müssen Anteile erworben werden, um dann ein Mehrfaches dieser Anteile als Kredit anfordern zu können. Auch die Stimmrechte sind ähnlich verteilt wie beim IWF. Ein Land kann nur dann Mit-

glied der Weltbank werden, wenn es auch Mitglied des IWF ist. Die Weltbank ist mittlerweile für viele Entwicklungsländer der mit Abstand größte Kreditgeber.

■ **WTO:**

World Trade Organisation, löste 1995 das GATT ab als institutionelle Dachorganisation vieler Abkommen, darunter Warenhandel (GATT), Handel mit Dienstleistungen (GATS) und Patente, Urheberrechte, Marken usw. (TRIPS). Ziel ist die Organisation der Welthandelsbeziehungen nach für alle derzeit 144 Mitgliedsstaaten verbindlichen Regeln. Die WTO setzt sich für die Liberalisierung des Marktes und den Abbau der Zölle und der Handelsbeschränkungen ein.

SÜDWIND – forscht für gerechte Wirtschaftsbeziehungen....



Die Arbeit von SÜDWIND gründet auf der Überzeugung, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Reichtum in den Industrieländern und der Armut breiter Bevölkerungsschichten in Entwicklungsländern gibt.

In zahlreichen Forschungsbereichen weisen die SÜDWIND-Studien nach, dass wir in Deutschland – die Politik, Wirtschaft und auch die VerbraucherInnen – eine Mitverantwortung für Missstände in Entwicklungsländern haben.

Über die Analyse der Probleme hinaus sucht SÜDWIND auch nach Handlungsmöglichkeiten: Wie kann die Situation im Interesse der Armen hin zu weltwirtschaftlicher Gerechtigkeit geändert werden?

... und erarbeitet Aktionsvorschläge

Unsere Lösungsvorschläge sind vielfältig. Dazu gehören:

- Öffentlichkeitsarbeit, um Unternehmen oder politische Entscheidungsträger unter Druck zu setzen.
- Direkte Verhandlungen mit den Verantwortlichen.
- Kooperation mit, sowie Zuarbeit zu Kampagnen wie »erlassjahr.de«, »Gerechtigkeit jetzt« oder der »Kampagne für Saubere Kleidung«.

SÜDWIND arbeitet dabei eng mit anderen Instituten, Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, Initiativen, Verbänden und Gemeinden zusammen, in Deutschland und weltweit.

SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene

Lindenstr. 58–60
53721 Siegburg
Tel.: 02241 / 536 17 oder 02241-678 01
Fax: 02241 / 51308
E-Mail: info@suedwind-institut.de
Homepage: www.suedwind-institut.de

Dekade zur Überwindung von Gewalt

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK), ein Zusammenschluss von rund 400 Millionen Christen vertreten durch mehr als 340 Kirchen, Denominationen und Gemeinschaften in 120 Ländern und Gebieten in der ganzen Welt, hat für die Jahre 2000 bis 2010 eine **Dekade zur Überwindung von Gewalt** ausgerufen. Dazu ist mittlerweile auch eine Vielzahl von Materialien erschienen.

Kontaktadresse: Dekade zur Überwindung von Gewalt, Ökumenischer Rat der Kirchen, Postfach 2100, 1211 Genf 2, Schweiz,
Tel. 0041-22-791 60 47 Fax 0041-22-791 64 09
E-Mail: dov@wcc-coe.org,
Homepage: www2.wcc-coe.org/dov.nsf/fs_standard_ge

Schriften der katholischen Kirche

Eine Reihe von Stellungnahmen von Papst Johannes Paul II. wie auch der deutschen Bischofskonferenz äußert sich dezidiert zu weltwirtschaftlichen Fragestellungen.

Kontaktadresse: Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz, Bonner Talweg 177, 53129 Bonn, Tel: 0228-103 205, Fax 0228-103 330, E-Mail: Sekretariat@dbk.de,
Homepage: <http://dbk.de>

Internationale Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit zu Gunsten der Kinder der Welt (2001–2010) der Vereinten Nationen

Die von den Vereinten Nationen ausgerufene Dekade wird vor allem von der UNESCO (Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation) thematisiert.

Kontaktadresse: UNESCO: Colmantstraße 15, 53115 Bonn, Tel. 0228-60 497 0,
Fax: 0228-60 497 30, E-Mail: info@unesco.de,
Internet: www.unesco.org/iycp sowie www.uno.de/frieden/kultur/

SÜDWIND Edition

Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen

Band 7:

WACHSTUM ZU LASTEN DER ARMEN?

**Armutsbekämpfung und soziale Gerechtigkeit
im Zeitalter der Globalisierung**

Klappentext.....

Der vorliegende Band ist der sechste einer ganzen Reihe:

- 1. Wer bestimmt den Kurs der Globalisierung? Die Rolle der Weltorganisationen**
- 2. Kongo: Handys, Gold & Diamanten.
Kriegsfinanzierung im Zeitalter der Globalisierung**
- 3. Argentinien: Tangotanz auf dem Vulkan.
Interne und externe Ursachen der Schuldenkrise**
- 4. Kamerun: Die Kehrseite der Globalisierung.
Koloniales Erbe, Armut und Diktatur**
- 5. Nähen für den Weltmarkt. Frauenarbeit in Freien Exportzonen und
der Schattenwirtschaft. Länderbeispiele China, Indonesien und Sri Lanka.
Modemutis auf dem Prüfstand**
- 6. Indonesien: West-Papua fordert Autonomie.
Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte eines gefährdeten Volkes**
- 7. Wachstum zu Lasten der Armen?
Armutsbekämpfung und soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung**

Flankierend zu den Broschüren gibt es noch online-Materialien, Folien für Vorträge, power-point-Präsentationen, Plakate und Seminarangebote.

ISBN: 3-929704-20-XXX

Abbildung 1:
Weltreise einer JEANS – mehr als 50.000 Kilometer bis zur deutschen Ladentheke

- 1** Km 0 **Nord-Indien:** Anbau der Baumwolle, Pflücken in Handarbeit oder unter Einsatz von Entlaubungschemikalien und Maschinen
- 2** Km 4.800 **Türkei:** Verspinnen der Baumwolle zu Garn
- 3** Km 15.000 **Taiwan:** Färben des Garns mit chemischer Indigofarbe aus Deutschland
- 4** Km 27.000 **Polen:** Weben des Garns zu Stoff
- 5** Km 42.300 **Philippinen:** der Stoff sowie Innenfutter und Schildchen mit Wasch- und Bügelhinweisen aus **Frankreich** werden zusammengenäht und Knöpfe und Nieten aus **Italien** angebracht.
- 6** Km 54.000 **Griechenland:** Endverarbeitung mit Bimsstein
- 7** Km 56.000 **Deutschland:** Lieferung über den Großhandel an Bekleidungsgeschäfte und Verkauf an EndkundInnen

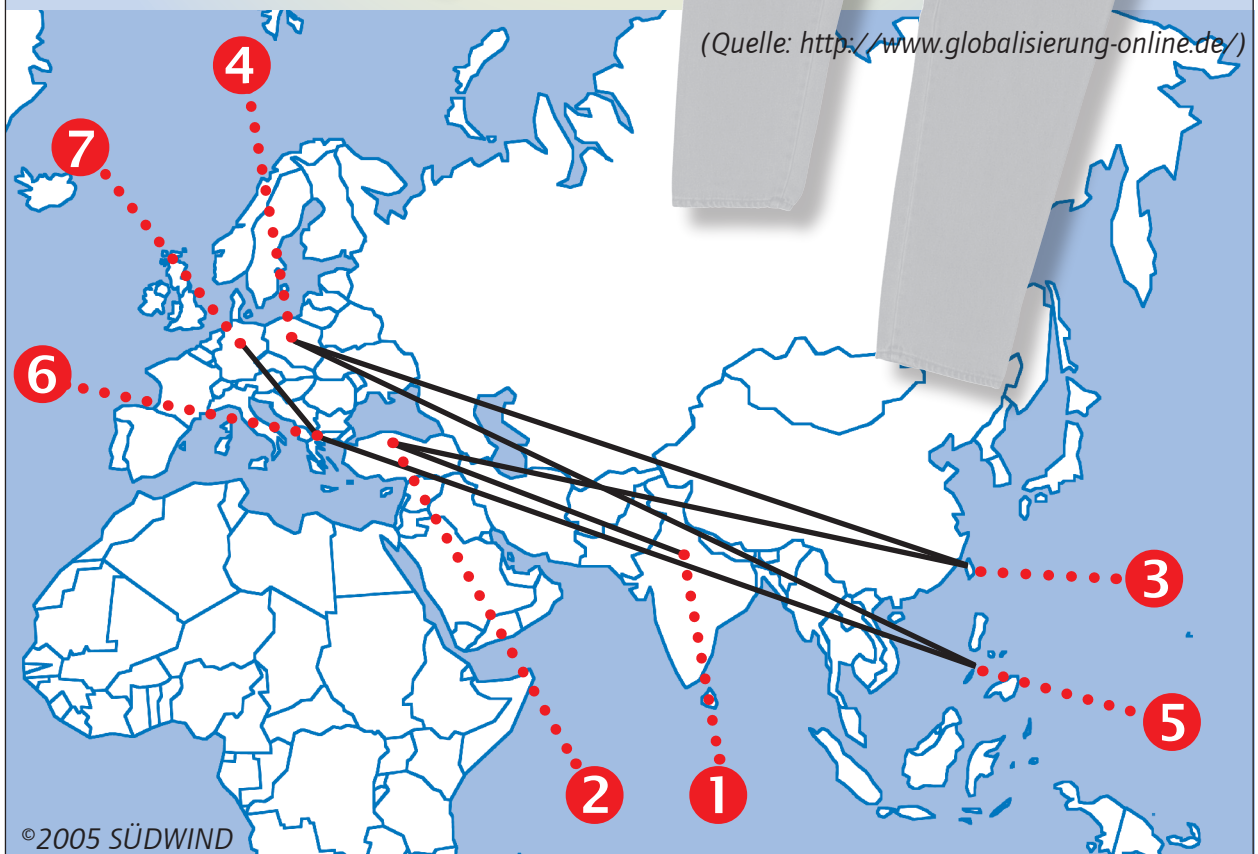


Abb.2:
Kosten für Transport und Kommunikation 1930–2000 (in 1990 US-Dollar)

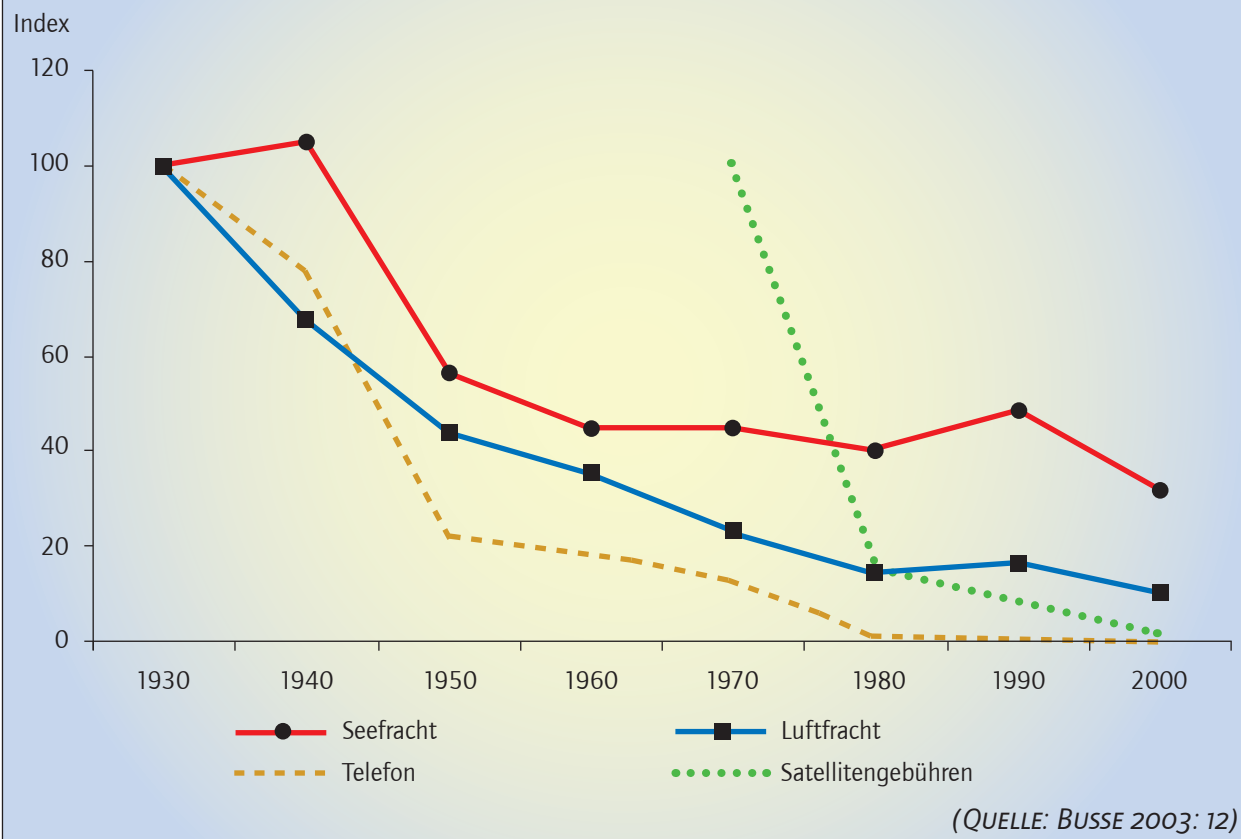


Abbildung 3:
Entwicklung von Produktion und Exporten 1950–2003

©2005 SÜDWIND

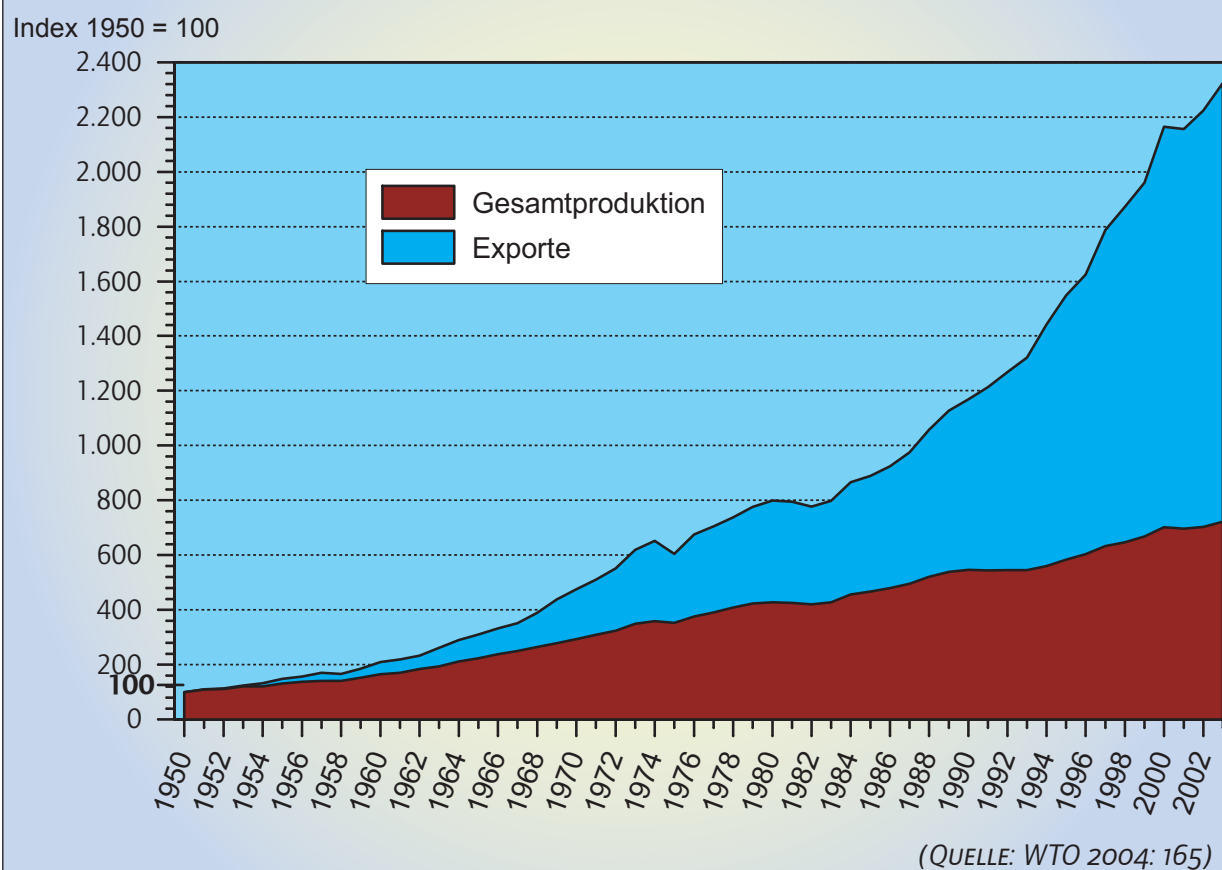


Abbildung 4: ©2005 SÜDWIND
Vergleich des Einkommens Frauen – Männer
2002 in US-Dollar (Kaufkraftparitäten) (1)

	Pro-Kopf-Einkommen	
	Frauen	Männer
USA	27.338	43.797
Schweden	23.781	28.700
Deutschland	18.763	35.885
Brasilien	4.594	10.879
Bolivien	1.559	3.463
Honduras	1.402	3.792
China	3.571	5.435
Indonesien	2.138	4.161
Vietnam	1.888	2.723
Indien	1.442	3.820
Südafrika	6.317	14.202
Uganda	1.088	1.651
Sambia	571	1.041

(1) Die Statistiken beruhen auf Schätzungen des Arbeitseinkommens von Frauen und Männern unter Ausschluss des Agrar- und des informellen Sektors. Auch Hausarbeit wurde nicht berücksichtigt, da dazu keine verlässlichen Daten erhältlich sind.

(Quelle: UNDP 2004: 255–258)

Abbildung 5:
Zahl der Menschen, die von weniger als 2 oder 1 US-Dollar (1) pro Tag leben

©2005 SÜDWIND

Regionen	2 US-Dollar pro Tag		1 US-Dollar pro Tag	
	1981	2001	1981	2001
Afrika südlich der Sahara	287,9	516,0	163,6	315,8
Ostasien und Pazifikraum	1169,8	864,3	795,6	271,3
davon China	875,8	593,6	633,7	211,6
Südasien	821,1	1063,7	474,8	431,1
davon Indien	630,0	826,0	382,4	358,6
Lateinamerika und Karibik	98,9	128,2	35,6	49,8
Osteuropa und Zentralasien	20,2	93,5	3,1	17,6
Naher Osten und Nordafrika	51,9	69,8	9,1	7,1
Insgesamt	2450,0	2735,6	1481,8	1092,7

(1) Diejenigen, die von 1 US-Dollar am Tag leben, sind in der Zahl derer enthalten, die von weniger als 2 US-Dollar leben.

(Quelle: Chen/Ravallion 2004: 29)

Abbildung 6: Anteil der Bevölkerung, der pro Tag mit weniger als 2 oder 1 US-Dollar lebt (Durchschnittswert 1990-2002) in Prozent (1) ©2005 SÜDWIND

	weniger als 2 US-Dollar	weniger als 1 US-Dollar
Brasilien	22,4	8,2
Bolivien	34,3	14,4
Honduras	44,4	23,8
China	46,7	16,6
Indonesien	52,4	7,5
Vietnam	63,7	17,7
Indien	79,9	34,7
Südafrika	23,8	7,1
Sambia	87,4	63,7
Mali	90,6	72,8

(1) Diejenigen, die von 1 US-Dollar am Tag leben, sind in der Zahl derer enthalten, die von weniger als 2 US-Dollar leben.

(Quelle: UNDP 2004: 185–187)

Abbildung 7:

©2005 SÜDWIND

Index der menschlichen Armut und Einkommen pro Kopf (für das Jahr 2003)

	HDI-Rang (1) Weltweiter Vergleich	HDI-Index	Einkommen (2) in US-Dollar
Norwegen	1	0,963	37.670
USA	10	0,944	37.562
Deutschland	20	0,930	27.765
Brasilien	63	0,792	7.790
Bolivien	113	0,687	2.587
Honduras	116	0,677	2.665
China	85	0,755	5.003
Indonesien	110	0,697	3.361
Vietnam	108	0,704	2.490
Indien	127	0,602	2.892
Bundesstaat Bihar		0,37	
Bundesstaat Kerala		0,64	
Südafrika	120	0,658	10.346
Uganda	144	0,508	1.457
Sambia	166	0,394	877
Niger	177	0,281	835

(1) Der HDI (Human Development Index – Menschlicher Entwicklungsindex) wurde vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen entwickelt und errechnet sich aus einer Reihe von Sozialdaten, darunter Lebenserwartung, Wissen, Lebensstandard.

(2) Das Pro-Kopf-Einkommen wurde errechnet aus dem Bruttoinlandsprodukt (Waren und Dienstleistungen, die eine Nation in einem Jahr produziert) und umgerechnet in Kaufkraftparitäten.

(Quelle: UNDP 2005: 273–276 sowie für Bihar und Kerala: Bronger/Wamser 2004: 387–388)

Abbildung 8:
Pro-Kopf-Einkommen in US-Dollar (Durchschnitt 1960–1962 sowie 2000–2002)

©2005 SÜDWIND

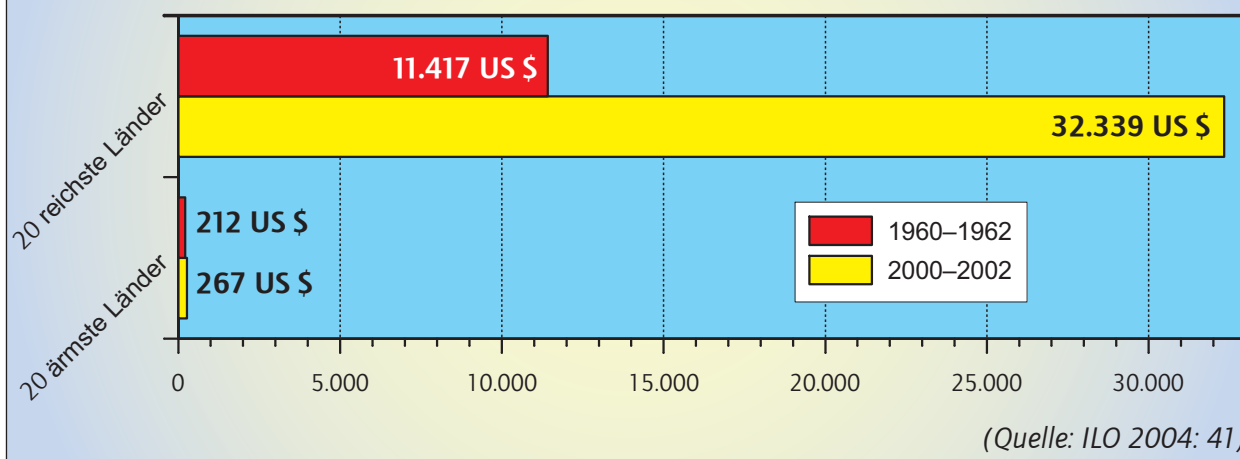


Abbildung 9:

©2005 SÜDWIND

Regionales Pro-Kopf-Einkommen als Anteil am Pro-Kopf-Einkommen der Hocheinkommensländer der OECD-Staaten (1) in Prozent

Region	1980	1991-1995	2001
Sub-Sahara Afrika	3,3	2,1	1,9
Südasien	1,2	1,4	1,6
Naher Osten und Nordafrika	9,7	7,1	6,7
Lateinamerika und Karibik	18,0	13,5	12,8
Ostasien und Pazifikregion	1,5	2,5	3,3
Hocheinkommens-OECD-Staaten	100	100	100

(1) Zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gehören 30 Staaten.
Diejenigen, deren Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 2000 über 9.266 US-Dollar lag, werden Hocheinkommensländer genannt.

(Quelle: UN 2005: 46)

Abbildung 10: Anteil am Bruttoinlandsprodukt der reichsten und ärmsten 10% der Bevölkerung sowie Gini-Index ©2005 SÜDWIND

	Anteil am BIP (1)		Gini-Index (2)
	ärmste 10 Prozent	reichste 10 Prozent	
Schweden	3,6	22,2	25,0
Deutschland	3,2	22,1	28,3
USA	1,9	29,9	40,8
Brasilien	0,5	46,7	59,1
Bolivien	1,3	32,0	44,7
Honduras	0,9	42,2	55,0
China	1,8	33,1	44,7
Indonesien	3,6	28,5	34,3
Vietnam	3,6	29,9	36,1
Indien	3,9	27,4	32,5
Südafrika	0,7	46,9	59,3
Uganda	2,3	34,9	43,0
Sambia	1,1	41,0	52,6
Namibia	0,5	64,5	70,7

(1) Das BIP (Bruttoinlandsprodukt) gibt an, wie viele Waren und Dienstleistungen eine Nation in einem Jahr produziert.

(2) Der Gini-Index misst die Einkommensungleichheit in einer Gesellschaft. Die Ungleichheit ist umso größer, je näher der Gini-Wert an 100 heranreicht.

(QUELLE: UNDP 2004: 226–229)

Abbildung 11:
Entwicklung der ungleichen Besitzverteilung (»Gini-Koeffizient«)
innerhalb von 73 Staaten zwischen den 1950er und 1990er Jahren

©2005 SÜDWIND

Die Ungleichheit ist	Zahl der Länder in der Gruppe	Anteil dieser Staaten an der Weltbevölkerung
gestiegen	48	47%
gefallen	9	4%
gleich geblieben	16	29%

(QUELLE: UN 2005: 48)

Abbildung 12:

©2005 SÜDWIND

Zuflüsse an ausländischen Direktinvestitionen (FDI) 1992–2003 in Millionen US-Dollar

	1992–1997 im Durchschnitt	1999	2000	2001	2002	2003
Welt insgesamt	310.879	1.086.750	1.387.953	817.574	678.751	559.576
<i>Industrienationen</i>	<i>180.750</i>	<i>828.352</i>	<i>1.107.987</i>	<i>571.483</i>	<i>489.907</i>	<i>366.573</i>
<i>Entwicklungsländer</i>	<i>118.596</i>	<i>231.880</i>	<i>252.459</i>	<i>219.721</i>	<i>157.612</i>	<i>172.033</i>
Afrika	5.936	11.590	8.728	19.616	11.780	15.033
Lateinamerika & Karibik	38.167	107.406	97.537	88.139	51.358	49.722
Asien und Pazifik	74.494	112.884	146.195	111.966	94.474	107.278
Zentral- und Osteuropa	11.533	26.518	27.508	26.371	31.232	20.970
Deutschland	6.042	56.077	198.276	21.138	36.014	12.866
USA	60.268	283.376	314.007	159.461	62.870	29.772
Brasilien	6.615	28.578	32.779	22.457	16.590	10.144
Bolivien	339	1.010	822	832	1.044	160
Honduras	72	237	282	193	176	198
Bermuda-Inseln	2.426	9.470	10.627	13.346	2.711	8.500
China	32.799	40.319	40.715	46.878	52.743	53.505
Indonesien	3.518	-1.866	-4.550	-2.977	145	-597
Vietnam	1.586	1.484	1.289	1.300	1.200	1.450
Indien	1.676	2.168	2.319	3.403	3.449	4.269
Südafrika	1.045	1.502	888	6.789	757	762
Uganda	95	222	275	229	249	283
Sambia	93	163	22	72	82	100

(QUELLE: UNCTAD 2004: S. 367–371)

SÜDWIND-Materialien »Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen«

Band 7: Wachstum zu Lasten der Armen? –

Armutsbekämpfung und soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung



Abbildung 13:
Die drei Pole für ein Wachstum zu Gunsten der Armen

©2005 SÜDWIND



Literatur: Wachstum zu Lasten der Armen

Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland e.V. 2005: Freisinger Agenda zur Überwindung von Gewalt für die Jahre 2005 bis 2010 in der Dekade zur Überwindung von Gewalt – Kirchen auf der Suche nach Versöhnung und Frieden:

<http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file538.pdf?PHPSESSID=8b00b8856e221a7e27d15c6c6599bf2e>

Assheuer, Thomas 2003: Schattenboxen im leeren Ring, in: Die Zeit 28/05/03.

Besley, Timothy / Burgess Robin / Esteve-Volart, Berta 2004: Operationalizing Pro-Poor Growth: A Case Study on India. Prepared as part of the Operationalizing Pro-Poor Growth research program. World Bank: <http://siteresources.worldbank.org/INTPGI/Resources/342674-1115051237044/oppgindia.pdf>

BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) 2004: Post-Washington-Consensus – Einige Überlegungen, Bonn: <http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/diskurs/diskurs003.pdf>

Bourguignon, F. 2004: Développement et réduction de la pauvreté. Revoir le passé penser l'avenir, Worldbank, Washington.

Bronger Dirk / Wamser Johannes 2004: Indien - China: Vergleich zweier Entwicklungswege. Teil IV , in: Indien 2004. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Hamburg, Institut für Asienkunde

Busch, Andreas 2003: Staat und Globalisierung, Wiesbaden.

Busse, Matthias 2003: Tariffs, Transport Costs and the WTO Doha Round: The Case of Developing Countries: http://www.hwwa.de/Forschung/Handel_&_Entwicklung/docs/Archiv/TariffsTransportCosts.pdf

Chang, Ha-Joon 2002: Kicking Away the Ladder – Development Strategy in Historical Perspective, London.

Chen, Shaohua / Ravallion, Martin 2004: How have the world's poorest fared since the 1980s?: http://www.worldbank.org/research/povmonitor/MartinPapers/How_have_the_poorest_fared_since_the_early_1980s.pdf

Datt, Gaurav / Ravallion, Martin 1998: When is Growth Pro-Poor? Evidence from the Diverse Experiences of India's States, World Bank.

Datt, Gaurav / Ravallion Martin 2002: Is India's Economic Growth Leaving the Poor Behind?, Policy Research Working Paper, World Bank: http://wdsbeta.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/IW3P/IB/2002/07/16/000094946_02060404051087/Rendered/PDF/multi0page.pdf

Deiningner, K. / Lyn, S. 1996: Measuring Income Inequality: A New Database, Harvard Institute for International Development, Harvard University.

Duchrow, U. / Hinkelammert, F. 2002: Leben ist mehr als Kapital. Alternativen zur globalen Diktatur des Eigentums, Publik Forum, Oberursel.

EKD (Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland) (Hrsg.) 2005: Schritte zu einer nachhaltigen Entwicklung – Die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten

Nationen – Eine Stellungnahme der Kammer für nachhaltige Entwicklung der EKD zur Sondervollversammlung der Vereinten Nationen im September 2005:
http://www.ekd.de/download/ekd_texte_81.pdf

Evangelische Kirche von Westfalen 2005: Globalisierung - Wirtschaft im Dienst des Lebens – Stellungnahme der Evangelischen Kirche von Westfalen zum Soesterberg-Brief, Bielefeld: http://www.ekvw.de/fileadmin/sites/ekvw/Dokumente/Synode/2004/wirtschaft_im_dienst_syn04.pdf

Europäische Kommission 2004: Die soziale Lage in der europäischen Union 2004 – Kurzfassung, Brüssel.

Ferenschild, Sabine / Wick, Ingeborg 2004: Globales Spiel um Knopf und Kragen – Das Ende des Welttextilabkommens verschärft soziale Spaltungen, Siegburg.

FIAN 2005: Viel Land für Wenige - wenig Land für Viele:
<http://www.fian.de/fian/index.php?option=content&task=view&id=93&Itemid=127>.

Fry, Lucia / Jellema, Anne / Lawson, Max 2005: Schulden, Schulen und hehre Ziele, in: afrika süd 1/05, S. 27-29.

Gerster, Richard 2005: Globalisierung und Gerechtigkeit, Bern.

Grinspun, Alejandro 2005: Chinese Boxes: whatever happened to poverty? UNDP International Poverty Centre, One Pager Number 13: <http://www.undp-povertycentre.org/newsletters/OnePager13.pdf>

Grupp, Claus D. 1992: Welt im Wandel: Brauchen Entwicklungsländer unsere Hilfe? Köln.

Hackenberg, Roland 2004: Inside the Black Box: Der Internationale Währungsfonds und die USA, Passau.

Herr, H.-J. / Priewe, J. 2003: The Macroeconomic Framework of Poverty Reduction. An Assessment of the IMF/Worldbank Strategy, FHW, Berlin.

Hütz-Adams, Friedel 2003: Kongo: Handys, Gold & Diamanten: Kriegsfinanzierung im Zeitalter der Globalisierung, SÜDWIND-Dekadeband 3, Siegburg.

Hütz-Adams, Friedel 2004: 60 Jahre nach der Bretton-Woods-Konferenz: Gründung, Ziele, Macht und Reformbedarf bei IWF und Weltbank: <http://www.suedwind-institut.de/downloads/60-jahre-iwf-und-wb.pdf>.

ICFTU (International Confederation of Free Trade Unions) 2002: Internationally recognised core Labour Standards in India. Report for the WTO General Council Review of Trade Policies of India. Genf:
<http://www.icftu.org/www/pdf/corelabourstandardsindia.pdf>

ILO (International Labour Organization) 1996: Economically Active Populations: Estimates and Projections, 1950-2010:
<http://www.ilo.org/public/english/bureau/stat/child/actrep/ecacpop.htm>

ILO (International Labour Organization) 2004: Eine faire Globalisierung – Chancen für alle schaffen, Genf.

Internationaler Währungsfonds 2005: Cultivating Minds – How investing in education boosts development, Finance and Development, Ausgabe June 2005, Washington.

Kakwani, Nanak / Khandker, Shahid / Son, Hyun H. 2004: Pro-poor Growth: Concepts and Measurement with Country Case Studies, UNDP International Poverty Centre, Working Paper number 1: <http://www.undp-povertycentre.org/newsletters/WorkingPaper1.pdf>

Kakwani, Nanak / Pernia, Ernesto M. 2000: What is Pro-Poor Growth?, Asian Development Review 18(1): 1–16.

Kappel, Robert / Lay, Jann / Steiner, Susan 2004: The Missing Links – Uganda's Economic Reforms and Pro-Poor Growth. Report commissioned by Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Eschborn, February 2004: http://www2.gtz.de/wbf/doc/Pro-poor%20growth_Version_April_2004_final.pdf

Kappel, Robert 2005: Wirtschaftsreformen und Armutsbekämpfung in Afrika, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 4/2005, S. 17-25.

Klasen, Stephan 2004: In Search of the Holy Grail: How to Achieve Pro-Poor Growth? In M. Krakowski (ed.), Attacking Poverty: What Makes Growth Pro-Poor? Baden-Baden, S. 63-93.

Leitner, Sigrid / Ostner, Ilona 2000: Frauen und Globalisierung: Vernachlässigte Seiten der neuen Arbeitsteilung.

Lopez, Humberto J. 2004: Pro-Poor Growth: A Review of What We Know (and of What We Don't). Prepared as part of the Operationalizing Pro-Poor Growth research program. Processed. World Bank: <http://poverty.worldbank.org/library/view/15163/>

Matz, Peter 2002: Costs and benefits of education to replace child labour, Research paper in conjunction with the ILO-IPEC Study on the Costs and Benefits of the Elimination of Child Labour: http://www.ilo.org/public/english/standards/ipec/publ/download/edu_costben_2003_en.pdf

McCulloch, N. / B. Baulch 1999: Tracking Pro-poor Growth." ID21 insights No. 31. Sussex: Institute of Development Studies. <http://www.id21.org/insights/insights31/insights-iss31-art03.html>

Morazán, Pedro 2005: Sustainable Growth and Equality. A Study on Pro-Poor Growth Policies in Honduras, EED, Bonn.

Neuber, Harald 2005: Deutschland, dein Armutszeugnis: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/19/19586/1.html>.

Okidi, John A. / Ssewanyana, Sarah / Bategeka, Lawrence / Muhumuza, Fred 2004: Operationalizing Pro-Poor Growth: A Case Study on Uganda. Prepared as part of the Operationalizing Pro-Poor Growth research program, World Bank: [http://siteresources.worldbank.org/INTPGI/Resources/342674-1115051237044/oppgUganda\(June2005\).pdf](http://siteresources.worldbank.org/INTPGI/Resources/342674-1115051237044/oppgUganda(June2005).pdf)

Ökumenischer Rat der Kirchen 2005: Alternative Globalisierung im Dienst von Menschen und Erde (AGAPE – Alternative Globalisation Addressing People and Earth), Hintergrunddokument, Team für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfung, Ökumenischer Rat der Kirchen, Genf: <http://www.weltwirtschaft-und->

entwicklung.org/cms/assets/s2dmain.html?http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/cms/wearchiv/500188964b13c6f01.html

Pernia, Ernesto M. 2003: Pro-Poor Growth: What is It and How is It Important?

Ravallion, Martin 2004: Pro-Poor Growth: A Primer, World Bank:
http://povlibrary.worldbank.org/files/15174_Ravallion_PPG_Primer.pdf

Ravallion, Martin 2005: Inequality is bad for the poor, World Bank:
<http://ssrn.com/abstract=780485>

Rawls, John (Revised Edition) 1999: A Theory of Justice, Cambridge, Massachusetts.

Reddy, G. Sanjay / Pogge, Thomas W.: How not to Count the Poor, Version vom 26.3.2003: <http://www.columbia.edu/~sr793/count.pdf>

Reformierter Weltbund 2004: Bund für wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit, (Covenanting for Justice in the Economy and the Earth), DOKUMENT 28-g1, 24. Generalversammlung, Accra, Ghana, 30. Juli – 13. August 2004.

Schlotzhauer, M. 2002: Die Tradition des Neoliberalismus als Paradigma gesellschaftlicher Ausgrenzungsprozesse. Vorgelegt als Diplomarbeit an der Fachhochschule Düsseldorf.

Schmid, Klaus-Peter 2004: Nur die Reichen werden reicher, in: Die Zeit 12/08/2004.

Sen, Amartya 2002: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München.

Stiglitz, Joseph 2002: Die Schatten der Globalisierung, Berlin 2002

SÜDWIND 2003 (Hrsg.): Wer bestimmt den Kurs der Globalisierung? Die Rolle der Weltorganisationen. SÜDWIND-Dekadeband 1, Siegburg 2005

SÜDWIND 2003a (Hrsg.): Nadelstiche von VerbraucherInnen: Modemultis in Bewegung, Siegburg.

SÜDWIND 2004 (Hrsg.): Argentinien: Tangotanz auf dem Vulkan – Interne und externe Ursachen der Schuldenkrise, Siegburg.

Sußebach, Henning / Willke, Stefan 2005: Operation Lohndrücken, in: Die Zeit 11/05.

Taake, Hans-Helmut 2001: Globalisierung: Eine oder keine Chance für die Entwicklungsländer: <http://www.bpb.de/veranstaltungen/KBA540.html>.

UN (United Nations) 2004: Equity, Inequalities and Interdependence - United Nations Secretariat DESA / Division for Social Policy and Development:
<http://www.un.org/esa/socdev/IFSD/documents/Background%202004.pdf>

UN (United Nations) 2005: The Inequality Predicament. Report on the World Social Situation 2005. New York: <http://www.un.org/esa/socdev/rwss/media%2005/cd-docs/fullreport05.htm>

UN (United Nations) 2005a: The Millennium Development Goals Report 2005, New York: <http://www.un.org/summit2005/MDGBook.pdf>

UNCTAD 2002 (United Nations Conference on Trade and Development): World Investment Report 2002 – Transnational Corporations and Export Competitiveness, Genf / New York.

UNCTAD 2004 (United Nations Conference on Trade and Development): World Investment Report 2004 – The Shift towards Services, Genf / New York.

UNDP (United Nations Development Programme) 1997: Bericht über die menschliche Entwicklung 1997, Bonn.

UNDP (United Nations Development Programme) 2001: New Atlas of Human Development in Brazil 1991-2000:
http://hdr.undp.org/reports/detail_reports.cfm?view=743.

UNDP (United Nations Development Programme) 2002: Bericht über die menschliche Entwicklung 2002, Bonn.

UNDP (United Nations Development Programme) 2004: Human Development Report 2004, Genf: http://hdr.undp.org/reports/global/2004/pdf/hdr04_HDI.pdf.

UNDP (United Nations Development Programme) 2005: Bericht über die menschliche Entwicklung 2005, Bonn

UN-Millennium Project 2005: Fast Facts: The Faces of Poverty:
<http://www.unmillenniumproject.org/facts/index.htm>.

UN-Millennium Project 2005a: Investing in Development – A Practical Plan to Achieve the Millennium Development Goals: <http://www.unmillenniumproject.org/reports/index.htm>.

Vandemoortele, Jan 2004: The MDGs and Pro-Poor Policies: Related but not Synonymous, UNDP International Poverty Centre, Working Paper number 3:
<http://www.undp-povertycentre.org/newsletters/WorkingPaper3.pdf>

Von Weizsäcker, Ernst Ulrich 2002: Was ist Globalisierung und wie erklärt sie sich?:
<http://www.globalisierung-online.de/info/text2.php>.

Weisbrot, Mark / Baker, Dean / Naiman, Robert / Neta, Gils: Growth May Be Good for the Poor - But are IMF and World Bank Policies Good for Growth?

Werner, Klaus / Weiss, Hans 2003: Das neue Schwarzbuch Markenfirmen: Die Machenschaften der Weltkonzerne, Wien.

WHO (World Health Organization) 2005: Health and the Millennium Development Goals:
http://www.who.int/mdg/publications/mdg_report/en/.

Wick, Ingeborg 2005: Nähen für den Weltmarkt: Frauenarbeit in Freien Exportzonen und der Schattenwirtschaft - Länderbeispiele China, Indonesien und Sri Lanka, SÜDWIND-Dekadeband 5, Siegburg.

World Bank 2005: Global Monitoring Report 2005 – Millennium Development Goals: From Consensus to Momentum, Washington:
<http://siteresources.worldbank.org/GLOBALMONITORINGEXT/Resources/complete.pdf>

World Bank 2005a: Pro-Poor Growth in the 1990s: Lessons and Insights from 14 Countries, Prepared as part of the Operationalizing Pro-Poor Growth Research Program:

http://siteresources.worldbank.org/INTPGI/Resources/342674-1119450037681/Pro-poor_growth_in_the_1990s.pdf

WTO (World Trade Organization) 2004: International trade statistics 2004:
http://www.wto.org/english/res_e/statis_e/its2004_e/its04_toc_e.htm

Wuppertal Institut 2005: Fair Future – Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit, München.

Zeppernick, Ralf 2003: Wie wird die Globalisierung heute beurteilt? Ein Beitrag zu einer „rationaleren“ Diskussion, Sankt Augustin.